

IMPULSE AUS NRW

# **NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen**

Dokumentation der Veranstaltungsreihe 2005

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

ISBN 3-89892-477-7

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung Gesellschaftspolitische Information  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

*Verantwortlich:* Petra Wilke

*Redaktionelle  
Bearbeitung:* Susanne Hermen  
Daniel Strube

*Fotos:* Abteilung GPI

© 2005 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Printed in Germany 2005

# Inhalt

---

<b>I. Editorial</b> .....	<b>6</b>
<b>II. NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen</b> .....	<b>8</b>
Veranstaltungsimpressionen: Düsseldorf, 10. Mai 2005	
Beiträge von:	
Gesine Schwan	16
Rainer Klingholz	30
Stefan Schneider	42
Christoph Butterwegge	48
<b>III. Generationengerechtigkeit</b> .....	<b>52</b>
Veranstaltungsimpressionen: Bochum, 1. Juni 2005	
Beiträge von:	
Birgit Fischer	60
Cornelia Daheim	72
Karl W. Lauterbach	74
<b>IV. Nachhaltige Familienpolitik</b> .....	<b>80</b>
Veranstaltungsimpressionen: Mettmann, 8. September 2005	
Beiträge von:	
Kerstin Griese	86
Stefan Freitag	96
Uta Meier-Gräwe	104
<b>V. Bürgerschaftliches Engagement</b> .....	<b>110</b>
Veranstaltungsimpressionen: Mülheim a.d.R., 20. Oktober 2005	
Beiträge von:	
Dagmar Mühlenfeld	116
Adrian Reinert	120
Thomas Niermann	126
Norbert Krüger	132
Andrea Hankeln	134
<b>VI. Schlussbetrachtung und Ausblick</b> .....	<b>138</b>
<b>VII. Referentenübersicht</b> .....	<b>140</b>



Im Laufe der nächsten 40 Jahre, so die Prognose des Statistischen Bundesamtes in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, wird die Bevölkerung in Deutschland ohne Zuzug von derzeit 82 Millionen auf ca. 67 Millionen abschmelzen. Drei Faktoren prägen den Bevölkerungsaufbau und die Bevölkerungsentwicklung: die zurückgehenden Geburtenziffern, die längere Lebenserwartung und das Wanderungssaldo.

Vor diesem Hintergrund lautet die zentrale Frage: Wie sieht die gerechte Gesellschaft in der Gegenwart und Zukunft aus bzw. wie können wir den Zusammenhalt der Gesellschaft sichern und erhalten? Wie verändert sich das Gleichgewicht zwischen den Generationen und welche Auswirkungen sind in der Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik und den sozialen Sicherungssystemen zu erwarten?

Die deutschen Regionen sind dabei in sehr unterschiedlichem Ausmaß von den Folgen des demografischen Wandels betroffen, was eine differenzierte Betrachtung und angepasste Konzepte erforderlich macht. Nordrhein-Westfalen, das mit 18 Millionen Menschen bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Bundesland, hat viel Erfahrung mit Zuwächsen und Rückgängen der Bevölkerung und mit der Integration von Zugewanderten. Aktuelle Trends zeigen, dass in vielen ländlichen Räumen durch Suburbanisierung Familienzonen entstehen, während große Städte, besonders im Ruhrgebiet, von Abwanderung und Bevölkerungsrückgang betroffen sind.

Das Ruhrgebiet, mit 5,4 Millionen Einwohnern noch immer einer der größten Ballungsräume in Europa, spielt beim demografischen Wandel eine besondere Rolle: Hier steht der Wandel nicht erst bevor, sondern er vollzieht sich seit Jahren. Nordrhein-Westfalen hat alle Chancen zum Musterbeispiel für die Bewältigung des demografischen Wandels zu werden, von dem andere Regionen lernen können.

Die Diskussion zum demografischen Wandel ist oft von Pessimismus und Sorge geprägt. Mit unseren Veranstaltungen und dieser Dokumentation der Reihe „Der demographische Wandel in Nordrhein-Westfalen – Die Chancen der Zukunft nutzen“ haben wir versucht, einen Beitrag zum Diskussionsprozess zu leisten und die Perspektiven konstruktiv und kontrovers zu erörtern sowie gemeinsam nachhaltige Lösungswege für die politische Praxis zu entwickeln.

Im Laufe des Jahres 2005 wurden Schwerpunktveranstaltungen zu den Themen Generationengerechtigkeit, Familienpolitik und bürgerschaftliches Engagement durchgeführt, die zeigen, wie sich einzelne Kommunen und Städte schon heute den Herausforderungen stellen. Die Veranstaltungsorte Düsseldorf, Bochum, Mettmann und Mülheim an der Ruhr sind vor dem Hintergrund der differenzierten Entwicklungen in NRW ausgewählt worden und spiegeln die unterschiedlichen Herausforderungen von bevölkerungsreichem Zentrum, Familienzone und Abwanderungsgebiet wider.

Es ist an der Zeit, die Informationen über künftige Entwicklungen nicht nur in unser Bewusstsein aufzunehmen, sondern darüber hinaus geeignete Handlungskonzepte zu entwickeln. Handlungskonzepte, die den jeweiligen demografischen Gegebenheiten der Kommunen angepasst sind und darüber hinaus Bestpractice-Modelle einschließen.

Petra Wilke  
Friedrich-Ebert-Stiftung

Tel.: 0228/883-337/340

Fax: 0228/883-491

E-Mail:

[Petra.Wilke@fes.de](mailto:Petra.Wilke@fes.de)

13. April 2005

## EINLADUNG UND PROGRAMM

### NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Reihe Impulse aus NRW möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung engagierte Bürgerinnen und Bürger, politische Akteure, Vertreter/innen von Verbänden und Initiativen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Medien zur Diskussion über die Chancen des Demografischen Wandels in NRW einladen.

Wir freuen uns, dass Frau **Professor Dr. Gesine Schwan**, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, ihre Überlegungen und Thesen vorstellen wird zum Thema:

### NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen.

**Dienstag, 10. Mai 2005, um 18.00 Uhr**  
**Rheinterrasse Düsseldorf**  
**Joseph-Beuys-Ufer 33, 40479 Düsseldorf**

Die Gesprächspartner auf dem Podium sind:

**Herr Prof. Dr. Christoph Butterwege**, Leiter der Abteilung Politikwissenschaft, Universität zu Köln

**Frau Dr. Monika Goldmann**, Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund, Dortmund

**Herr Dr. Reiner Klingholz**, Direktor des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, Berlin

**Herr Stefan Schneider**, Deutsche Bank Research, Frankfurt am Main

Moderation: **Elita Wiegand**, Journalistin, Düsseldorf

Wir würden uns freuen, Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen, und bitten Sie, die ausgefüllte Antwortkarte bis zum **06. Mai 2005** zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Petra Wilke".

Petra Wilke

Abt. Gesellschaftspolitische Information  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



## II. NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen

---

Veranstaltungsimpressionen

Düsseldorf, 10. Mai 2005

Die Auftaktveranstaltung „NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen“ fand am 10. Mai 2005 mit 250 interessierten Teilnehmern in der Rheinterrasse Düsseldorf statt. Düsseldorf zählt neben Köln und Bonn zu den Städten der Rheinschiene, die unter anderem aufgrund der Dienstleistungswirtschaft, der Industrie und der Ansiedlung innovativer Zukunftsbranchen, zu den wichtigen Zentren in NRW geworden sind. Dies hat durchaus Einwanderungsbewegungen bewirkt, die jedoch künftig nicht ausreichen werden, um die mangelnden Geburten auszugleichen. In NRW ist bereits seit Mitte der 1970er Jahren ein natürliches Wachstum durch Geburtenüberschuss nicht mehr zu verzeichnen.



v.l.: Stefan Schneider, Gesine Schwan und Moderatorin Elita Wiegand

Foto: FES

In ihrem Eröffnungsvortrag betonte Professorin **Gesine Schwan**, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, zunächst wesentliche Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen. Zum einen erklären ökonomische Veränderungen, wie z.B. der **Aufbau staatlich organisierter Alterssicherungssysteme**, dass die Familie im Zeitverlauf funktional etwas entwertet wurde. Darüber hinaus spielt die **mentale Einstellung**, die **Zukunftszuversicht**, der Bevölkerung insgesamt eine wichtige Rolle. Die Unterschiede im mentalen Befinden der Bevölkerungen in verschiedenen Ländern

äußern sich zum Teil ganz konkret in Dynamik und Zuversicht der Menschen. Für Deutschland ist eher eine Grundeinstellung des Mangels an Zukunftszuversicht zu verzeichnen, die auch mit der deutschen kulturellen und politischen Tradition zusammenhängt. Auch veränderte Normen und Werte, wie Individualisierung der Gesellschaft, höherer Bildungsstand der Frauen oder veränderte Rollenmodelle in den Partnerschaften, müssen als Erklärungsmodelle sinkender Geburtenziffern betrachtet werden.

Unter den modernen Bedingungen eines partnerschaftlichen Geschlechterverhältnisses und geforderter ökonomischer Mobilität wird es eine zentrale Herausforderung sein, trotzdem verlässliche Lebensgemeinschaften zu gründen, die kommende Generationen so aufwachsen lassen, dass sie in eine positive demokratische Zukunft gehen können. Eine Möglichkeit besteht darin, **Erziehungszeit und Karrierehöhepunkt zu entzerren** und damit wichtige frühe Jahre mit dem Nachwuchs zu verbringen und berufliche Erfolge im Hinblick auf künftig längere Arbeitszeiten zu verschieben. „Es ist viel vernünftiger, Berufsarbeit in Ruhe graduiert zu gestalten, die erste Zeit langsamer angehen zu lassen, mehr Zeit für die Kinder zu haben und zwar von Seiten beider Elternteile.“

In vielen Bereichen wird dies künftig Veränderungen nach sich ziehen müssen. Dazu zählt auch die Entwicklung eines neuen Rollenverständnisses hin zu einer ausbalancierten Beziehung zwischen Mann und Frau: „Also ich meine, dass es gut wäre, wenn das Verhältnis zwischen Männern und Frauen entkrampfter und partnerschaftlicher werden würde und der Erwartungsdruck gegenüber den Männern gesenkt würde.“

Die Wirtschaft ist aufgefordert den Verschleiß der Jugend zu stoppen, der oftmals Familiengründungen im Wege steht. Die Unternehmen sollten stattdessen verstärkt **Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf** entwickeln und zugleich auch die **Beschäftigungschancen für ältere Erwerbspersonen** verbessern. „Denn Lebenserfahrung führt auch zu Kreativität, wenn ein allgemeines geistiges Klima herrscht, das neu Lernen, umlernen, sich umbesinnen akzeptiert und belohnt.“ Durch eine veränderte Gestaltung der Lebensabschnitte besteht die Möglichkeit, sich der Potentiale bewusst zu werden und eine mentale Offensive zu starten, die Zukunftsängsten und Unsicherheiten entgegengesetzt werden kann.

Für Dr. **Reiner Klingholz** vom Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung in Berlin stand zunächst eine detaillierte Bestandsaufnahme und die Realisierung der demografischen Veränderungen im Vordergrund. Die Kinderzahl mit einem Wert von 1,4 Kindern pro Frau bleibt seit den 70er Jahren konstant, so dass in

Zukunft die fehlenden jungen Menschen die Bevölkerungsstruktur wesentlich verändern werden. Er betonte die dramatische Situation im **Ruhrgebiet**, die durch extrem niedrige Geburtenraten, Abwanderung und Überalterung geprägt ist und diese Region schon heute zum **rentnerreichsten Großraum Deutschlands** macht. Als eine der alten Industrieregionen wurden ins Ruhrgebiet lange Zeit Subventionen gezahlt, die den Strukturwandel verlangsamten, so dass regionale Verschiebungen und Abwanderung bis heute prägend sind.

Studien des Berlin Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (auch unter [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)) haben in Bezug auf die Geburtenraten im europäischen Vergleich ergeben, dass in Westeuropa dort am meisten Kinder geboren werden, wo **Gesellschaften die Gleichstellung der Geschlechter am besten gewährleisten**. Hinzu kommt, dass heute zumeist der Bildungsstand der Frauen höher ist als der Bildungsstand der Männer. Es existiert jedoch noch immer die Erwartungshaltung gegenüber den Männern, in einer Beziehung eine höhere Qualifikation als die Partnerin anzustreben. Die Folge ist, dass höher qualifizierte Männer für Partnerschaften fehlen, was im Osten Deutschlands bereits unter dem Stichwort „**zurückgelassenen Männer**“ beobachtet wird. In Zukunft wird es deshalb darauf ankommen, gezielt in Bildung zu investieren und gleichzeitig die Erwartungshaltungen in Paarbeziehungen zu verändern. Darüber hinaus müssen auch im Hinblick auf die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, gleiche Möglichkeiten geschaffen werden und Verantwortlichkeiten angeglichen werden.



v.l.: Monika Goldmann, Rainer Klingholz und Christoph Butterwegge

Foto: FES

Die Betrachtung der ökonomischen Konsequenzen des demografischen Wandels übernahm **Stefan Schneider** von der Deutsche Bank Research in Frankfurt/Main, der

die Effekte auf das Wachstum und die Sozialversicherung in seinem Vortrag betonte und massive Reformen forderte. Ein wesentlicher Effekt ist ein niedrigeres Wachstum, denn generell gilt: **Höheres Bevölkerungswachstum bedeutet mehr Arbeitsangebot und damit mehr Wachstum.** Das Angebot an Erwerbspersonen ist der wichtigste Faktor für das Wachstumspotential, so dass bereits nach 2010, wenn die Baby-Boomer vermehrt in den Ruhestand gehen, der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials deutlich stärker ausfällt als die Abnahme der Bevölkerung. Zwei Annahmen in diesem Bereich zeigen, dass das Wachstumspotential auf weitere Verlangsamung angelegt ist: Die „Status Quo“ Annahme geht davon aus, dass bei einer konstanten Geburtenrate von 1,4, einer Nettozuwanderung von 200.000 pro Jahr, einer konstanten Erwerbspersonenquote bei knapp 72%, einem unveränderten tatsächlichen Renteneintrittsalter bei 60,5 Jahren und konstantem Beitrag des technischen Fortschrittes und des Kapitals zum Wachstum, das Trendwachstum auf lange Sicht bestenfalls 1% pro Jahr und um 2025 sogar nur 0,5% pro Jahr betragen wird. Die „**Worst Case**“-Annahme sagt sogar ein **Schrumpfen der deutschen Wirtschaft** voraus, sofern auf Migration verzichtet wird und man davon ausgeht, dass der Beitrag des technischen Fortschrittes und des Kapitals nur noch halb so hoch ist wie in den 90er Jahren.

Der zweite Effekt wird mehr Umverteilung in der Sozialversicherung sein, was sich bereits durch den zunehmenden Druck auf die Rentenversicherung seit Jahrzehnten andeutet. Bei ungebremstem Anstieg der Lebenserwartung muss das Renteneintrittsalter entsprechend um ca. 1,5 Jahre pro Dekade steigen, was künftig erhebliche Reformen in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik aber auch in den Unternehmen notwendig macht, um ältere Erwerbspersonen in Erwerbstätigkeit zu halten. Es zeigt sich im internationalen Vergleich, dass der **deutsche Arbeitsmarkt erhebliche strukturelle Defizite aufzeigt** und wesentliche Ziele, wie eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer aber auch niedrig qualifizierter Arbeitnehmer angestrebt werden muss. Darüber hinaus sind für den Bildungsbereich in Deutschland niedrige und stagnierende Anteile von Menschen mit Universitätsabschluss zu verzeichnen, so dass **Deutschland nicht durch eine verbesserte Humankapitalausstattung die retardierenden demografischen Effekte abfedern** kann. Verstärkte internationale Arbeitsteilung infolge der Globalisierung macht **Bildung zur Schlüsselgröße für die Schaffung und Erhalt von gut bezahlten Arbeitsplätzen.** Auch die Weiterbildung muss stärker in den Vordergrund treten, da das lebenslange Lernen mit zunehmender Lebenserwartung immer wichtiger wird.

Die Perspektiven für die nächsten 25 Jahre kann man zusammenfassend unter der Status-quo-Annahme so beschreiben, dass das Erwerbspersonenpotential (ceteris paribus) um durchschnittlich 0,4% p.a. zurück gehen wird und das BIP- Wachstum dann

nur noch bei 1,2% p.a. liegt. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung ungebrochen weiter, so dass jemand, der heute in Rente geht, bereits im Durchschnitt 21 Jahre lang Rentenzahlungen beziehen wird. Um die Belastungen für die Wirtschaft zu dämpfen, müssen die Erwerbsbeteiligung Älterer und das Renteneintrittsalter erhöht werden. Daher sind künftig **höhere Investitionen in Humankapital im Rahmen der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung nötig**, während der **Arbeitsmarkt gleichzeitig weiter flexibilisiert** werden muss.

Mit Blick auf die Unternehmen zeigte Dr. **Monika Goldmann** vom Landesinstitut Sozialforschungsstelle in Dortmund, dass weiterhin ein ungebrochener Trend hin zu **schlanken Belegschaften und Jugendzentrierung in den Betrieben** besteht. Noch immer werden kontinuierlich Höchstleistungen gefordert und es existiert weiter eine Diskriminierung älterer Arbeitnehmer. Zahlreiche Betriebe stellen keine älteren Arbeitnehmer ein, da man diesen die Innovationsfähigkeit bereits von vornherein abspricht. Auch entzerrte Biografien sind kaum zu finden, da Frauen meist dann in Führungspositionen sind, wenn die „biologische Uhr“ tickt. Zudem möchten ihre männlichen Partner häufig keine Kinder, um einen Karriereknick zu vermeiden. Daher ist die Förderung weiterer Initiativen sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene wichtig, die unter anderem Konzepte für **Qualifikationsmanagement, stärkeren Erfahrungstransfer zwischen den Generationen, positive Leitbilder des Alters und familienfreundliche Gestaltungsmöglichkeiten unterstützen**. Die Betriebe müssen sich auf die neuen personalpolitischen Vorstellungen einlassen, denn in der Vielfalt der Unternehmen steckt ein enormes Potential, das für eine zukunftsfähige Gesellschaft genutzt werden muss.

Für Professor **Christoph Butterwegge**, Leiter der Abteilung Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, stand die kritische Betrachtung der aus seiner Sicht nur bis zu einem gewissen Grad wissenschaftlich exakt zu prognostizierende Veränderung der Bevölkerungs- und Altersstruktur im Vordergrund. „Statt darüber zu diskutieren, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur erwachsende Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden können, missbraucht man die angeblich drohende „Vergreisung“ zur Durchsetzung von Renten- und Sozialkürzungen.“

Was laut Professor Butterwegge bisher fehlt, ist eine **soziale Umverteilung von oben nach unten**, die der **Bekämpfung sowohl von öffentlicher wie von privater Armut** dient. Dabei müssen auch Auffassungen stärker hinterfragt werden, die von mangelnder Generationengerechtigkeit sprechen. Denn dies wird meist als semantisches Ablenkungsmanöver genutzt, um über die soziale Ungleichheit in jeder Altersgruppe schweigen zu können. „Gerade wer in den Ruf nach Generationengerechtigkeit einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch Heranwachsende noch einen

entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bisherige Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt es weiter zu verringern!“ Zudem werden im Bereich des gesellschaftlichen Engagements negative Folgen auftreten, worunter schließlich die jüngeren Altersgruppen leiden. Er befürchtet zudem, dass auch die geplante Erhöhung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre die Arbeitsmarktchancen der kommenden Generationen verschlechtern wird.

Im Anschluss an die Vorträge wurde durch eine kontroverse Diskussion auf dem Podium und mit dem interessierten Publikum deutlich, dass vielfältige Aspekte von den künftigen Veränderungen betroffen sein werden und dass zunehmend Bedarf besteht, aus den Prognosen und Daten konkrete Lösungskonzepte zu entwickeln.

## Beiträge:

Prof. Dr. Gesine Schwan

### **Chancen in einer Gesellschaft des langen Lebens – Demographischer Wandel in NRW.**

Ganz herzlichen Dank für die Einführung und auch für die Einladung. Ich wurde gebeten zu Ihnen zu kommen, obwohl ich ja nur ein Amateur auf diesem Gebiet bin. Aber ein Amateur hat vielleicht den Vorteil, dass er die Dinge liebt, wie das ja in dem Wort „Amateur“ enthalten ist. Und der gerade zitierte Plato war nicht der Einzige, der gesagt hat, dass die Liebe auch die Erkenntnis fördert.



Gesine Schwan

Foto: FES

Ich bin gebeten worden, etwas allgemeiner zu dem Thema, das Sie sich heute gestellt haben, zu sprechen. Wir betrachten den demographischen Wandel - und das finde ich sehr schön - als Herausforderung und als Chance, und nicht als etwas, was uns alle depressiv machen soll. Das ist schon mal eine ganz, ganz wichtige Entscheidung.

Das Thema ist nur langsam eingedrungen in die gesellschaftlichen und politischen Debatten und es ist zunächst eher als Warnung, fast als bedrohliches Großszenario übermittelt worden. Wenn man davon spricht, dass die Gesellschaft überaltert sei, so heißt das, dass man nicht mehr so viel taugt wenn man alt ist, oder dass einem alles weh tut, oder man sich nicht mehr bewegen kann. Wobei das Alter auch eine sehr relative Sache ist.

Ich habe mal ein Ausstellungsplakat über Alter in der Gesellschaft gesehen und da wurden zwei Frauen gegenübergestellt. Zum einen die Mutter von Albrecht Dürer - die Ihnen vielleicht aus Museumsbesuchen vertraut ist - ein verhutztes Weibchen, das sehr ausgemergelt aussieht. Zum anderen wurde eine gleichaltrige 63-Jährige Frau heutiger Zeit dargestellt. Dürers Mutter war nämlich offenbar erst 63 als er sie gemalt hat, und man wird wohl nicht annehmen, dass er irgendeinen Sohneskomplex gegen die Mutter abgearbeitet hat, sondern dass diese Mutter in ihrem Alter wirklich sehr viel verbraucher war. Das bedeutet, dass das Alter eine sehr relative Sache ist.

Ich gehe gern und offensiv damit um, dass ich 61 bin und das Gefühl habe, dass ich immer noch etwas dazulernen kann. Das ist nicht nur bei den 28-Jährigen so. Manchmal glaube ich sogar, dass ich noch ein bisschen schneller dazulerne als manche 28-Jährige und das tue ich einfach provokant und offensiv, um den Begriff des Alters ein wenig zu relativieren, denn wir haben uns angewöhnt, da doch etwas Negatives zu verbinden. Das ist - denke ich - falsch.

Die Überalterung der Gesellschaft ist also das, was man oft mit dem demographischen Wandel verbindet. Dabei wird häufig auch auf die Frage des Nachwuchses, insbesondere bei akademischen Frauen, hingewiesen. Und dahinter steht die unbewusste Annahme, dass eine normale Gesellschaft eigentlich quantitativ ein bestimmtes, normatives Verhältnis von Alt und Jung hat, und auch, dass die normale Gesellschaft - das verbindet sich mit dem, was jetzt eben auch mit der Einwanderungsdebatte wieder angesprochen worden ist - eigentlich eine relativ homogene, in sich einheitliche Gesellschaft ist, nicht eine mit so vielen unterschiedlichen Kulturen. Wobei sich das Kulturelle nicht nur auf das Ethnische oder das Nationale bezieht, sondern auf sehr vieles darüber Hinausgehendes. Ich werde darauf zurückkommen.

Wir haben nun zum einen eingesehen, dass wir erstens in der Zukunft deutlich mehr ältere Menschen haben werden. Wir werden vermutlich auch weniger Menschen haben und wir werden des Weiteren in Deutschland eine weniger einheitliche Gesellschaft haben. Die Frage ist deshalb vielleicht zunächst diese: Woher kommt das denn? Woher kommt diese Entwicklung?

Ich würde die Gründe dafür gerne in drei Komplexe zusammenfassen. Der eine ist ein langfristiger Trend, nämlich dass Sozialversicherungen, die ich als eine gute Sache erachte, die Rolle übernommen haben, die früher Familien übernommen haben. Deshalb sind in gewisser Weise familiäre Beziehungen scheinbar weniger wichtig, vielleicht sogar überflüssig geworden. Und nun merken wir, dass in dem Moment, in dem Sozialversicherungen etwas mehr in die Krise kommen, plötzlich wieder der Urtypus der Sicherung, nämlich die Familie, in den Blick rückt.

Die rückt auch aus anderen Gründen wieder in den Blick. Aber ich glaube schon, dass mit der Sozialversicherung eine durchaus positive wohlfahrtstaatliche Entwicklung stattfand, dass - eben nicht - wie in den Romanen des 19. Jahrhunderts - die alte Cousine, die nicht verheiratet war, zwischen den Familien hin und her geschoben wurde, weil sie irgendwie von diesen Familien leben musste. Dies ist heute nicht mehr so. Es hatte ja früher auch etwas Entwürdigendes. Aber umgekehrt wurde mit der Sozialversicherung natürlich die Familie auch funktional etwas entwertet.

Der zweite Punkt ist einer, der - denke ich - ganz besonders für Deutschland gilt. Wir haben zwar in den Industriegesellschaften generell diese Entwicklung, aber es gibt durchaus Unterschiede zwischen den Ländern. Wir sind in Deutschland ziemlich schlusslichtartig. Ich glaube nun, dass eine Grundeinstellung des Mangels an Zukunftszuversicht bei uns eine große Rolle spielt, die mit der deutschen kulturellen und politischen Tradition, um nicht partiell auch Hypothek zu sagen, zusammen hängt. Denn wenn man Familien gründet, Bindungen eingeht, dann hat das zumeist diffuse Motive, die nicht immer ganz rational durchkalkuliert sind.

Eine Grundfrage ist, ob man im Grundansatz eher meint, dass man die Zukunft schon hinbekommen wird, oder ob man eher Angst und Sorge vor der Zukunft hat. Wir leben in einem Land - aus Gründen, die ich jetzt nicht alle einzeln erläutern will, weil ich dann endgültig von Thema abweiche -, das diese Zukunftszuversicht nicht in so großem Maße aufweist. Dies sehe ich auch gerade im Kontrast zu Polen an der Grenze, in Slubice. Slubice, auf der anderen Seite der Brücke, früher die so genannte Frankfurter Damm-Vorstadt, jetzt eine polnische Stadt, wurde auf europäischer Ebene von Künstlern zu einem „Slubfurt“ mit Frankfurt zusammen gebracht, um auf diese Weise zu zeigen: Man kann es hinkriegen der europäischen Ebene die Städte wieder zusammenzubringen.

In diesem Slubice und in dieser polnischen Bevölkerung, was auch durch Umfragen belegt ist, besteht sehr viel mehr Zukunftszuversicht als in Ost-Brandenburg. Das ist schon ganz interessant, obwohl wir geographisch ganz dicht beieinander leben. Das hat u.a. Rückwirkungen auf die Wirtschaft und das hat auch Rückwirkungen auf das

Familienleben. Obwohl auch in Polen die Geburtenrate sinkt. Dieser Mangel an Zukunftszuversicht, den ich auch ursächlich mit Tradierungen von depressiven Erfahrungen, die noch aus der Nazizeit stammen, in Zusammenhang bringe - aber das würde, wie gesagt, sehr weit führen - spielt eine Rolle.

Ja und dann natürlich die eine zentrale Frage nach der Vereinbarung von partnerschaftlicher Familie und Beruf - und ich unterstreiche partnerschaftlich. Ich selbst hatte zwar eine so emanzipierte Mutter, das mir das eine Zeit lang auf den Geist ging, und ich das nicht nachmachen, sondern zu Hause schön für die Kinder sorgen wollte. Mein Mann hat mir damals gesagt: Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Du nur zu Hause bleibst. Du sollst schön im Beruf bleiben.

Ich war später dafür auch sehr dankbar. Ich war immer berufstätig und habe somit eine Rolle übernommen, die ich ursprünglich gar nicht wollte. Jetzt bin ich aber jetzt davon überzeugt, dass das Modell einer partnerschaftlichen Familie, in der beide mit dem Beruf und mit der Kinderversorgung zu tun haben, das Beste ist. Und darauf wird nachher auch ein Akzent meiner Ausführungen liegen, weil ich glaube, dass das sehr weit reichende, nicht nur einzelne sozialtechnische, Voraussetzungen hat, wenn wir zu einer solchen partnerschaftlichen Familie gelangen wollen. Ich habe jedenfalls auch beobachtet, dass gerade solche Ehen, in denen gelungen ist, Familie und Beruf zu verbinden, oft haltbarer waren als die der traditionellen Rollenteilung, wo sich die Männer nach zwanzig Jahren dann häufig das Selbe in Jung genommen haben, weil es nicht mehr so interessant war, wenn die Frau immer nur über Familiendinge gesprochen hat.

Die Berufstätigkeit der Frau hat somit sogar Rückwirkungen auf interessante, kreative und lebendige partnerschaftliche Ehebeziehungen. Und deswegen habe ich inzwischen das neue Rollenmodell gern übernommen - dank auch meiner Mutter, wie ich dann indirekt wieder gelernt habe, hatte ich ihr doch sehr viel zu verdanken, obwohl man als Kind zwischenzeitlich ja so undankbar ist, aber nachher merkt man das wieder - dank der Erfahrung, dass man als Frau alleine in die Welt kann und das alles erreichen kann.

Welche Folgen, das wäre mein zweiter Schritt, wenn wir diese Fragen nach den Ursachen behandelt haben, hat denn dieser demographische Wandel? Da werden normalerweise - und glücklicherweise hier nicht so sehr - in erster Linie Sorgen vorgetragen, etwa dass der Generationenvertrag bei den Versicherungen nicht mehr klappt, was allerdings natürlich auch wieder an der hohen Arbeitslosigkeit liegt. Dann der Mangel an Jugend und damit der Mangel an Kreativität. Das ist ein Motiv, das Helmut Schmidt immer wieder in die Debatte bringt.

Das kann man partiell akzeptieren und dann trotzdem sagen: Es ist nicht notwendig nur auf die Kreativität der Jugend, zu setzen. Denn Lebenserfahrung führt auch zu Kreativität, wenn ein allgemeines geistiges Klima herrscht, das neu Lernen, umlernen, sich umbesinnen akzeptiert und belohnt. Wo nicht nur das, was immer schon gegolten hat, ein gesellschaftliches Ansehen genießt.

Fürchtet man des weiteren eine Steigerung der Heterogenität durch verstärkte, oder gar gezielte Einwanderung, damit ein verstärktes Konfliktpotential. Und so haben wir, so ist die Sorge, dann immer mehr Konflikte, die mit diesem demographischen Wandel einhergehen. Es kämen ganz fremde Kulturen auf uns zu. Es entstünden Parallelgesellschaften und es würden dann immer mehr unlösbare nationale bzw. ethnische Konflikte damit einhergehen. Wenn wir es also noch ein bisschen dramatisieren, dann stehen wir sozusagen in Deutschland vor einer Angst erzeugenden Zukunft eines latenten Bürgerkrieges und die Folgen der Angst.

Damit bin ich bei einem wichtigen weiteren Punkt. Ich bin der festen Überzeugung, dass Angst vor zukünftiger Entwicklung, und die wird sehr oft, gerade von den Pionieren der Demographieproblematik unterstrichen, ein ganz schlechter Ratgeber ist, und konstruktiv mit Problemen umzugehen, mit Herausforderungen umzugehen und vor allen Dingen blind macht für die Potentiale, für den Reichtum, für die Chancen von Herausforderungen. Das ist für mich sogar eine ganz grundsätzliche, nicht nur sozialwissenschaftliche Position, die auch möglicherweise genährt ist durch ein Leben, in dem man eine Reihe von Tiefen und eine Reihe von Höhen durchlebt hat. In meinem persönlichen Leben konnte ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass sich irgendwo eine positive Zukunft öffnen konnte, und siehe da, es kam ganz anders, als ich das als endlicher Mensch kalkuliert hatte. Und daraus kann man lernen und sagen: Wir denken manchmal, dass wir von lauter Wänden umgeben sind. In Wirklichkeit übersehen wir dann leicht die Chancen, die es doch gibt.

Und deswegen - denke ich - sollten wir, das ist mein dritter Schritt, anstatt in eine hysterische oder in eine ängstliche oder eine bedrückte Reaktion zu geraten, die sozusagen zu selbsterfüllenden Prophezeiungen führt, anders handeln. Sie kennen dieses Wort der Self-Fulfilling-Prophecy. Anstatt durch Angst die schlechte Konsequenz, die man sich in der Angst vorherdenkt herbeizuführen, sollten wir es umgekehrt machen, also in jeder schwierigen Entwicklung die Herausforderung erkennen und als Chance begreifen.

Sie liegt in meiner Sicht darin, dass auch diejenigen, die sich bisher wenig um den Kern des Problems gekümmert haben, nun Sorgen haben. Und der Kern des Problems ist - so sehe ich es - unter modernen Bedingungen eines partnerschaftlichen

Geschlechterverhältnisses und unglaublicher geforderter ökonomischer Mobilität durch ökonomische Globalisierung noch mehr gefordert trotzdem verlässliche Lebensgemeinschaften zu gründen, die die kommenden Generationen so aufwachsen lassen, dass sie auch in eine positive demokratische Zukunft gehen können. Somit partnerschaftliche Lebensverhältnisse zu erhalten, in denen die neuen Generationen psychisch und materiell gedeihlich aufwachsen können. Das ist - wir haben es auch gerade gehört - ein ganz überwiegender Wunsch von Menschen und es ist auch nach der historischen Erfahrung eine ganz wichtige Voraussetzung für ein gelingendes Leben.

Familien, die heut nur noch partnerschaftlich gelingen können, sind vor allen Dingen auch soziologisch zentral für den Zusammenhalt von Gesellschaften und die kulturelle Basis für eine demokratische Gesellschaft und eine demokratische Politik. In dieser Zusammenfassung steckt viel. Es ist zentral für ein gelingendes Leben, weil ich sehr wenige Menschen kenne, die in einer isolierten und atomisierten Lebensweise glücklich geworden sind. Die allermeisten, selbst wenn sie sich ganz autark geben, haben irgendwo tief im Inneren einen Kummer, wenn sie ganz allein leben müssen.

„Es ist dem Menschen nicht gut allein zu sein“ ist eine Aussage aus dem alten Testament. Und ich glaube, das ist richtig. Wir brauchen Beziehungen, die uns stärken. Es ist eine wichtige Sache für uns, das Leben als sinnvoll verstehen zu können. Aber dazu braucht es Beziehungen, in die wir nicht gezwängt sind, die wir freiwillig eingehen können. Es ist eine wichtige Aufgabe, die Voraussetzungen für solche stabilen Lebensverhältnisse zu schaffen, um die Generationenweitergabe, wie man das vielleicht etwas technisch sagen kann, auch zum Gelingen zu bringen, insbesondere wenn sich die Generationen miteinander weiterentwickeln und auch aneinander abarbeiten.

Jeder, der Kinder hat, weiß, wie man sich als Eltern an den Kindern abarbeitet, dass die im Grunde dann die Stärkeren sind, weil sie mehr Energie haben. Und wenn wir uns öffnen, der Herausforderung standhalten, dann sind sie uns hinterher, nachdem sie anständig gestänkert haben, auch wieder dankbar. Allerdings nicht, wenn man nur stur war. Aber wenn man auf sie eingegangen ist und damit auch die eigene Position reflektiert sowie vielleicht auch verändert hat und sich so langsam mit den Herausforderungen der Zukunft gemeinsam entwickelt hat, dann gibt es eine gute Chance des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Dann gibt es auch eine gute Chance in allen Handlungen, auch in politischen Wahlhandlungen, in die Zukunft hineinzudenken und nicht nur in der Gegenwart verhaftet zu bleiben.

Und schließlich sind solche gedeihlichen Verhältnisse der Generationenweitergabe auch eine entscheidende Voraussetzung für die Stärkung einer demokratischen politischen Kultur, die darauf angewiesen ist, dass Menschen mit einer guten Selbstsicherheit, nicht mit einer aufgesetzten, schon gar nicht mit Arroganz, mit einer Selbstwertschätzung, die sie gelernt haben, von ihren Eltern, die auch die Fremdwertschätzung immer einschließt - das ist ja ein Doppelverhältnis - aufeinander zugehen, miteinander kooperieren und sich auch durchaus kontrollieren. Das gehört auch zur Demokratie, sich eben nicht grundsätzlich mit Misstrauen oder mit Ängstlichkeit zu begegnen.

Die säkulare Änderung des Geschlechterverhältnisses mit gravierenden materiellen und vor allen Dingen auch psychischen Folgen wurde lange Zeit als eine Frauenfrage definiert und im Frauen- und Familienministerium untergebracht. Jetzt immerhin ist es weitgehend im Sozialministerium untergebracht. Das umfasst schon die ganze Gesellschaft. Und ich denke mir, wenn die Rente der Männer richtig unsicher wird, dann haben wir die Chance, dass das mit der Familienpolitik funktioniert. Dann haben wir doch etwas Gutes erreicht.

Wobei ich übrigens sehr für Männer bin. Einige werden vielleicht wissen, dass ich frisch verheiratet bin. Schon aus diesem Grund bin ich durchaus für Männer, jedenfalls für meinen Mann, und finde, dass Frauen und Männer auch in der Familie arbeiten sollen. Das ist, wenn sie so wollen, auch eine wissenssoziologische Beobachtung: Nur wer aus eigener Erfahrung Probleme kennt, der geht damit dann auch dynamisch um. Wer sie nicht aus der eigenen Erfahrung kennt, weil die Doppelbelastung doch immer noch wieder von den Frauen abgenommen wird, der fühlt sich nicht so angestachelt, Lösungen zu finden. Aber die jüngeren Generationen fühlen sich angestachelt.

Was ist nun ein positives Zukunftsszenario? Zunächst einmal ist es für mich ein zentrales Anliegen, die Dinge ganzheitlich zu betrachten: Ganzheitlich, was den Lebensablauf angeht, aber auch ganzheitlich, was die verschiedenen gesellschaftlichen Teilgebiete und ihren Zusammenhang angeht. Ich möchte diesen Blick auf das Ganzheitliche, wenn sie so wollen, pointieren, indem ich den Gedanken der Veränderung unserer Biographien in den Mittelpunkt stelle. Wir haben gelernt, die Wissenschaft sagt das seit langem, dass wir deutlich älter werden, nicht nur die Frauen, auch die Männer werden deutlich älter. Die Frauen sind ja bekanntermaßen ein bisschen zäher und leben noch ein bisschen länger. Wir werden auch durchaus länger gesund älter werden. Wir werden länger mobil bleiben können. Deswegen möchte ich auch jetzt nicht den Akzent auf eine geschickte Art, psychisch gedeihlich das Seniorenalter zu gestalten, legen, sondern auf neue, langsam sich entwickelnde, „entzerrte“ Biographien.

Wenn wir Leben aufwachsen wollen, wenn wir partnerschaftliche Familien gründen wollen, wenn wir berufstätig sein wollen, dann können wir jedenfalls nicht den Höhepunkt der Karriere und den Höhepunkt der Familie in eine Zeit legen. Das ist - meine ich - definitiv nicht möglich. Das konnte man so lange noch tun, wo man mangelnder Weise behauptet, zwar partnerschaftliche Beziehungen anzustreben. Wenn die Männer aber so richtig Karriere machen wollen, dann muss die Frau schon, so heißt es dann oft trotzdem den Männern den Rücken frei halten.

In professoralen Dankesvorworten lese ich immer besonders gerne, wie der Verfasser des klugen Buches darauf hinweist, wie wichtig es war, abends am Kamin weiterführende und bereichernde Gespräche mit der Frau zu führen und zuweilen dann auch nicht so viel mit den Kindern zu tun zu haben, denen gegenüber man ein schlechtes Gewissen hat. Da bleibt das alte Rollenverhältnis erhalten. Es geht also nicht - und das sage ich immer offensiver, ich hoffe nicht aggressiver, aber offensiver - dass Sie zwischen dem 25. und dem 45. Lebensjahr alles machen: Kinder bekommen, Karriere machen und kurz vor dem Vorstandssitz ankommen. Und es ist auch gar nicht nötig, weil wir das zeigt die Altersforschung, sehr viel länger lernfähig sind - auch im kreativen Bereich - und neue Paradigmen aufnehmen können, als viele denken.

Es gibt gewisse Dinge, aber auch das ist wissenschaftlich noch nicht mal ganz eindeutig, die man vielleicht eher zwischen 25 und 35 schafft. Aber es gibt sehr vieles, und die Lebenserfahrung gehört eben als eine wichtige Ressource dazu, was wir mit 55 - und ich sage jetzt mal provokant, mit 65 - besser machen können als mit 35. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass ich meine Universität mit 35 hätte wirklich vernünftig leiten können, u. a. weil ich gar nicht die Geduld gehabt hätte, die verschiedenen Macken, die man immer bei sich selbst und bei den Anderen findet, in Ruhe hinzunehmen. Ich hätte dann gedacht, dass man die doch schnell wegbekommen muss. Nein. Die kann man besser langsam beseitigen. Nicht so schnell, dann ruft man lauter Aggressivitäten hervor.

Ich glaube, dass die Ruhe, durch viele Schwierigkeiten und Lebenserfahrungen gegangen zu sein, gerade für Führungsaufgaben, die ja in der Regel auf der Karriereleiter weiter oben stehen, sehr günstig und sogar absolut notwendig sind. Deswegen plädiere ich dafür, Karrierehöhepunkt und Familie für beide Elternteile zu entzerren. Um es deutlich zu sagen: Es funktioniert nur, Kinder gedeihlich aufwachsen zu lassen, wenn die Eltern sich nicht nur gekonnt organisatorisch die Klinke in die Hand geben und einteilen, wann jemand in den Kindergarten fährt und wann zur Elternversammlung und dann Abends allenfalls noch ein viertel Rotes trinkt und - aber das wäre ja schon Luxus - man auch miteinander noch den nächsten Tag bespricht. Das funktioniert nicht. So können Familien und Ehe kaum gelingen.

Ich denke, dass die Gesellschaft als ganze begreift: Wir werden älter, wir haben länger Zeit. Es ist nicht vernünftig, dass wir normalerweise zwischen 60 und 63 aufhören und dann nach Mallorca fahren oder den Psychiater besuchen, weil wir Sinnlosigkeitssyndrome haben. Es ist viel vernünftiger, Berufsarbeit in Ruhe graduiert zu gestalten, die erste Zeit langsamer angehen zu lassen, mehr Zeit für die Kinder zu haben und zwar von Seiten beider Elternteile. Wobei eine große politische Herausforderung darin liegt, dass man in diesem Lebensabschnitt eigentlich ein bisschen mehr Geld braucht als später, denn das ist ja die Zeit in der man das Geld ausgibt.

Das Normale beim Einkommen ist, dass es steigt je älter man wird. Das ist nicht sehr vernünftig. Da müssen wir uns etwas anderes, oder kompensatorische Wege ausdenken, jedenfalls solange man als ältere Generation nicht für die Nachkommen als Subventionsbehörde wirkt. Wenn das nicht der Fall ist, muss sich das Einkommen im Alter nicht immer steigern. Ich plädiere für ein Leben ohne Angst, gleich alles verpasst zu haben, wenn man nicht sofort immer auf dem neuesten Zug ist, für ein Leben, in dem man Familien in Ruhe gründen kann, wo weder Universitäten, noch Wirtschaftsunternehmen meinen, sie müssten Altersgrenzen festsetzen, weil Leute, die mit 40 in den Beruf einsteigen, nicht mehr gut denken könnte, für ein Leben, das man in Ruhe auch ausklingen lassen kann, in dem man seinen Karrierehöhepunkt erreicht, wenn die Kinder ungefähr ihren Weg gefunden haben, in dem man dann auch langsam wieder aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Ein solches Leben ist organischer, ist sinnvoller, ist beglückender, ist für den Nachwuchs richtiger, und wir müssen dazu mental einiges begreifen und wir müssen natürlich dann auch politisch und sozial einiges anders organisieren.

Das Mentale ist übrigens - wie ich glaube - für die Männer letztlich viel schwieriger als für die Frauen. Man hat sich angewöhnt, das Los der Frauen zu beklagen. Das ist ja auch in vieler Hinsicht verständlich, aber mental - und das sage ich überhaupt nicht ironisch - ist das Los der Männer oft schwieriger, weil sie sozusagen als die Verlierer gelten. Sie hatten früher eine klar überlegene Position gegenüber der Frau. Die war vom Lebensstandard her sozial abgesichert. Zunächst hatten sie sogar den Finger auf dem Portemonnaie. Es gab auch Zeiten, zu denen Männer der Frau erlauben mussten, berufstätig zu sein. Daran erinnern wir uns kaum noch. Das ist gar nicht so lange her. Den entsprechenden Gesetzesparagrafen gab es noch in der Bundesrepublik. Männer hatten in Allem das Sagen und doch sind sie eigentlich nur Menschen, wie Du und ich.

Männer müssen sich an die neue Partnerschaftlichkeit gewöhnen, weil sie oft denken, dass sie die Überlegenheitserwartungen, die an sie gestellt sind, erfüllen, dass sie also

eigentlich immer überlegen sein müssen. Mit dem Rollenmodell sind sie meistens aufgewachsen. Und wenn sie nicht mit 45 Jahren eine große Karriere gemacht haben und nicht immer überlegen und souverän sind, dann taugen sie nicht viel. Auf ihnen lastet ein unglaublicher Erwartungsdruck, der häufig die Partnerinnen, die erkennen, dass das so gar nicht funktionieren kann, auch noch eine Zusatzbelastung aufbürden, weil sie die Männer so entlasten müssen, dass sie das ihrerseits möglichst nicht merken. Das ist auch nicht immer ganz einfach. Also ich meine, dass es gut wäre, wenn das Verhältnis zwischen Männern und Frauen entkrampfter und partnerschaftlicher werden würde und der Erwartungsdruck gegenüber den Männern gesenkt würde.

Jeder Mensch mit Verstand und ein bisschen Selbstbeobachtung und Selbstreflexion weiß doch, dass man nicht - ob Mann oder Frau - immer überlegen sein kann. gibt es Diese Entkrampfungen sind wichtig. Und da ist das Rollenmodell der Männer schwieriger. Dazu gibt es natürlich auch richtig seriöse wissenschaftliche Untersuchungen. Zum Beispiel im Rechtsextremismus ist es ganz deutlich, dass gerade junge Männer zu Rechtsextremismus neigen, die mit Ihrer neuen Rolle nicht klar kommen. Und das kann man auch relativ leicht nachvollziehen. Das ist dann - wenn Sie so wollen - nur im Brennglas eine Problematik, die aber auch darüber hinaus besteht. Diese mentale Dimension der partnerschaftlichen Familie - finde ich - ist ganz besonders wichtig, damit man sich auch etwas eingesteht, was oft - unter der Decke - bleibt, worüber man nicht so gerne spricht, weil man immer indirekt etwas vom eigenen Leben, von der eigenen Erfahrung, verrät, wenn man solche informellen persönlichen Beobachtungen preisgibt.

Ich habe mir angewöhnt zu sagen: Es gibt Grenzen, jenseits dessen verrate ich Ihnen nicht, was mein persönliches Leben angeht. Aber es gibt Erfahrungen, die kann man ruhig verraten, weil sie fast anthropologisch konstant sind und es anderen Menschen ganz genau so geht und deren Offenlegung notwendig ist, wenn man etwas ändern will.

Wir müssen für das von mir propagierte Modell der neuen Biographien im Einzelnen sicher - aber da bin ich kein Experte - Versicherungssysteme ändern, insbesondere werden wir sie auch aus anderen Gründen partiell von den Arbeitseinkommen entkoppeln müssen. Ich glaube das wird gar nicht anders gehen. Da müssen wir in die Zukunft schauen und wir müssen sie vermutlich partiell über Steuern, aber von allen Einkommen, die es in dieser Gesellschaft gibt, finanzieren, um die Flexibilität hinzubekommen, die nötig ist für diese neuen Biographien.

Wir müssen den Verschleiß der Jugend in der Wirtschaft, der den Familiengründungen im Wege steht, stoppen. Ich sage das auch überall, wo ich bei großen Unternehmen

bin: Dieser Kult der Jugendlichkeit bei vielen Unternehmern ist rein egoistisch-ökonomistisch, im negativen Sinne ökonomistisch.

Die jungen Leute werden so lange, wie sie noch flexibel sind, wie sie nicht gebunden sind, wie sie nicht irgendwelche „Störfaktoren“ haben und die Frauen keine Kinder bekommen, genutzt. Und wenn sie dann „ausgepowert“ sind und oft psychisch gar nicht mehr gut funktionieren, dann kann man sie fallen lassen. Das ist eine funktional verständliche, aber menschlich und langfristig auch volkswirtschaftlich und soziologisch ganz kurze und sehr enge Sicht. Und ich glaube, da liegt eine Hauptaufgabe für Wirtschaft und Politik gemeinsam, bessere, menschlichere Regelungen zu finden.

Sie haben davon gesprochen, dass es jetzt hier in Nordrhein-Westfalen Projekte gibt, den Unternehmen das klar zu machen. Die gibt es übrigens auch schon anderswo. Auch in Amerika hat man festgestellt, dass soziale Kompetenz nicht nur in irgendeinem Managerkurs, sondern selbst für Männer auch in der Familie, erlernbar ist. Ich behaupte sogar besser. Und wenn Sie mich fragen, welches die beste Voraussetzung dafür gewesen ist, dass ich Universitätspräsidentin geworden bin, - dann antworte ich: natürlich auch , dass ich lange Professorin war - aber für die Leitungsaufgabe war die Tatsache, das ich als Mutter in der Familie, mit Älteren und Nachwachsenden, immer moderieren musste, die vorzüglichste Voraussetzung. Dabei lernt man wichtige soziale Kompetenzen. Und die können Männer dabei auch lernen. Das wissen amerikanische Unternehmungen und rechnen das inzwischen an.

Das ist auch alles nicht furchtbar revolutionär, das ist ja alles für die, die ihre wohlverstandenen langfristigen Interessen kalkulieren wollen, sehr klar und Unternehmen verstehen, dass sie mehr davon haben, wenn bei ihnen psychisch gesunde Menschen arbeiten, als wenn sie im Grunde psychisch sehr belastete Mitarbeiter haben, die eine ganze Weile funktionieren und dann ausgebrannt sind. Dann kann man nicht mehr mit ihnen arbeiten.

Wir müssen die politische Verbindung von Grundsicherung und Flexibilität finden. Es ist übrigens vielleicht nicht uninteressant, dass der Nestor, der in der Ideengeschichte über politische Freiheit gesprochen hat und den liberalen Rechtsstaat mit begründet hat, die politische Freiheit als das Gefühl definiert; das die Bürger von ihrer Sicherheit haben. Er meinte damals, - ich rede von Montesquieu - Sicherheit gegen Obrigkeitwillkür. Das Sicherheitsgefühl ist eine Voraussetzung für politische Freiheit, weil man sich sonst nicht in das politische Leben hinauswagt.

Es gibt also für mehr gelungene und menschliche Beziehungen durchaus Chancen; auch dafür, die Konflikte zwischen den Generationen anders und in Ruhe zu lösen. Wir

haben die Chance für ein organischeres Leben, wo nicht mehr alles in einem Teil des Lebens zusammengestaut wird. In Wirklichkeit bedauert es aber doch oft zu spät, dass man die Kinder in Ihrer Entwicklung nicht wahrnehmen konnte, dass die Beziehungen leer gebrannt sind, weil man die Probleme nicht wahrhaben wollte.

Dies alles können wir ändern, wenn wir die Chancen des Älterwerdens ergreifen. Wir können merken, dass wir, in einer besseren Selbstbestimmung als früher, unser Leben gestalten können. Wir können die Angst verringern, dass wir in dem rasanten Wettbewerb nicht bestehen können. Diese Angst soll man nicht unterschätzen. Sie wird sehr selten ausgesprochen, aber sie besteht. Wir können auch die Angst davor verringern, dass man im Alter nichts mehr taugt, oder nicht mehr angesehen ist. Wenn die Wertschätzung vor dem Alter in der Kombination von Beitrag zur Gesellschaft und Lebenserfahrung wieder zunimmt, dann nimmt auch die Angst vor dem Älterwerden ab. Wir können einen stärkeren Zusammenhalt zwischen den Generationen schaffen, weil die Lebenssphären nicht mehr so deutlich getrennt sind. Wir können die Chancen der Integration der Gesellschaft vergrößern.

Es wird manchmal diskutiert, dass es ganz günstig wäre die Zukunft der Gesellschaft durch ein Wahlrecht, in denen Familien mehr Stimmen haben als allein Lebende, zu sichern. Das ist - glaube ich - ein falscher Ansatz. Wir müssen in einer Gesellschaft in der wir leben, auch bei dem Grundansatz des gleichen Wahlrechts für jeden, die verschiedenen Bedürftigkeiten, Notwendigkeiten der Gesellschaft immer wieder neu herausarbeiten. Wenn wir das vorab durch Veränderung des Wahlrechts machen wollten, würden wir zu viel fixieren. Wir müssten pausenlos das Wahlrecht wieder ändern, weil wir dann plötzlich vielleicht für eine andere Alters- oder soziale Gruppe ein Wahlrecht verstärken müssten. Das würde nicht gut gehen. Ich bin dafür, es beim gleichen Wahlrecht zu belassen, aber eben durch den sozialen Zusammenhalt auch die Akzente in der Politik sicher zu stellen.

Wir haben eine Tendenz, die schon seit dem 19. Jahrhundert andauert, die uns aber jetzt ganz besonders stark auffällt. Eine Tendenz zur Differenzierung, Individualisierung und zur Säkularisierung der Gesellschaft. Diese Tendenz stellt rasant und brisant die Frage, wie der Zusammenhalt unserer Gesellschaft denn gestaltet werden kann. Die tendenzielle Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist gleichsam durch die Freiheitsentwicklung entstanden. Das war aber eine positive Entwicklung. In dem Maße jedoch, wie frühere historische Netzwerke des sozialen Zusammenhalts, die durch Tradition und Selbstverständlichkeiten, durch ein Interessengeflecht oder durch die Arbeitsteilung gehalten waren, auch durch legale Bindungen, (die heute auch komplizierter geworden sind), und tradierte Werte, in dem Maße wie alle diese Bindungen durch eine Individualisierung, die als Zunahme individueller Freiheit zu

begreifen ist, sich auflösen, stehen wir vor der großen Herausforderung, Bindungen die jede Gesellschaft braucht, freiwillig einzugehen, dazu aber die sozialen und politischen Bedingungen so gut wie möglich zu schaffen.

Ich glaube, man darf jetzt neuerdings in der Philosophie auch wieder von anthropologischen Konstanten, das heißt von menschlichen Eigenschaften oder Einstellungen sprechen, die sich im Geschichtsverlauf durchhalten. Eine Zeit lang war dies völlig verpönt, weil man der Auffassung war, das sei irgendetwas enorm Konservatives oder man übersähe den kulturellen historischen Wandel. Man kann von Konstanten eigentlich nur sprechen, wenn man auch Wandel im Blick hat. Aber ich bin mehr denn je überzeugt, dass es einige anthropologische Konstanten gibt, auch über die Kulturen hinweg, die übrigens auch die unterschiedlichen kulturellen Einflüsse in unserer Gesellschaft kreativ zu handhaben erlauben. Und dazu gehört das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Anerkennung, aber auch nach Selbstbestimmung und die Möglichkeit in einer psychischen Sicherheit als Voraussetzung von politischer Freiheit zu leben.

In den allerletzten Tagen oder Wochen ist dieser Aspekt, den ich bisher nicht direkt eingebracht habe, den ich aber zum Schluss noch kurz berühren wollte, mit dem Begriff ‚Multi-Kulti‘ benannt worden. Der Aspekt, dass sich unsere Gesellschaft in sehr viele Teilgesellschaften gliedert, infolge der Individualisierung, der Flexibilisierung, der Ausdifferenzierung, wenn nun so manche sagen ‚Multi-Kulti‘ sei passé, und damit suggerierten, als hätten diejenigen, die meinten, dass wir in verschiedenen Kulturen gedeihlich zusammen leben sollen, naiv angenommen, es werde ein einziges Vergnügen sein mit Menschen, die ganz anders denken oder zum Beispiel auch eine ganz andere Kultur der Lautstärke haben, immer zusammen zu leben – dann irrt er.

Meine Tochter hat mehrere Jahre in Wedding in einem Bezirk gelebt, wo sie im Vorderhaus-Seitenflügel-Hinterhaus nachher die einzige Deutsche war. Und sie ist eigentlich in einem Haus aufgewachsen, in dem es sehr viele Nicht-Deutsche zu Gast gab. Sie ist also ein aufgeschlossener Mensch. Sie konnte aber einfach mit dem Lautstärkepegel nicht mehr zurecht kommen. Man muss allerdings auf der anderen Seite hinzufügen, dass der Lautstärkepegel auch daran lag, dass da sieben- bis achtköpfige Familien in zwei Zimmern zusammen lebten. Da wird es auch unter Deutschen lauter. Das wissen wir. Das müssen wir in dem Zusammenhang von sozialen und ethnischen und nationalen Konflikten immer beachten.

Aber ich denke, es ist naiv zu meinen, dass das Zusammenleben von sehr unterschiedlichen Menschen, auch hinsichtlich des Alters oder des Geschlechts, einfach, ein reines Zuckerlecken ist, und dass man sich immerfort nur berauscht am

Reichtum der Vielfalt. Das ist nicht so. Man kann aber den Reichtum der Vielfalt genießen, wenn man sich auf den Weg der Verständigung begibt und wenn man auch fordert, dass es Maßstäbe gibt, die alle anerkennen, was ich nicht eine deutsche, sondern eine demokratische Leitkultur, nenne.

Ich meine insgesamt - das knüpft an das an, was ich über die Familie gesagt habe - dass Demokratie und freiheitliches Zusammenleben ohne kulturelle, ohne normative Implikation nicht funktionieren kann. Das Zusammenleben kann man nicht nur legalistisch nach dem Gesetz gestalten. Die Idee, mit dem Begriff ‚Multi-Kulti‘ das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen einfach auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen, ist naiv, denn das suggeriert als könnten wir in ein „Paradies“ der Homogenität zurückkehren. Wer weiß, ob es solche Homogenität je gab. Das geht gar nicht mehr. Wir leben nun mal in immer komplexeren Gesellschaften. Es kommt vor allem darauf an, sie gemeinsam zu gestalten. Dazu brauchen wir natürlich auch Regeln. Aber die Grundtendenz hin zur kulturellen Vielfalt können wir nicht ändern und die ist übrigens auch in Europa gar nicht so neu.

Also wenn es uns gelingt, ohne Angst, mit Zuversicht auch mit einer gewissen Wärme - das sage ich so ganz unakademisch, ich glaube, die ist aber wichtig - mit Wärme gegenüber den Mitmenschen, die Probleme anzunehmen, darauf zu vertrauen, dass wir alle einen erheblichen Funken Vernunft haben, auch einen Funken, miteinander positiv umgehen zu wollen, mit der Bereitschaft, persönliche, gesellschaftliche und politische Bindungen aus Freiheit einzugehen und sie mit den notwendigen Flexibilitäten sowohl der Arbeitswelt als auch der pluralen Gesellschaft zu verbinden, dann haben wir, angestoßen durch ein Problem - und das ist immer so, dass Probleme uns anstoßen zu etwas positivem Neuen - die Chance, unser Leben im Grunde viel reicher und sinnvoller zu gestalten, als das den voran gegangenen Generationen möglich war. Ich finde es fabelhaft, dass wir das machen könnten. Jetzt müssen wir es aber auch tun, und dürfen uns nicht an überkommenden Vorstellungen festhalten. Wir können mit Zuversicht in die Zukunft gehen, die uns dann auch eine positive Gestaltung ermöglicht.

Schönen Dank!

Dr. Reiner Klingholz

## Deutschland 2020 – Die demografische Zukunft der Nation\*



Reiner Klingholz

Foto: FES



Steffen Kröhnert, Nienke van Olst, Reiner Klingholz

# Deutschland 2020

Die demografische Zukunft der Nation

Dieses Projekt wurde unterstützt von der

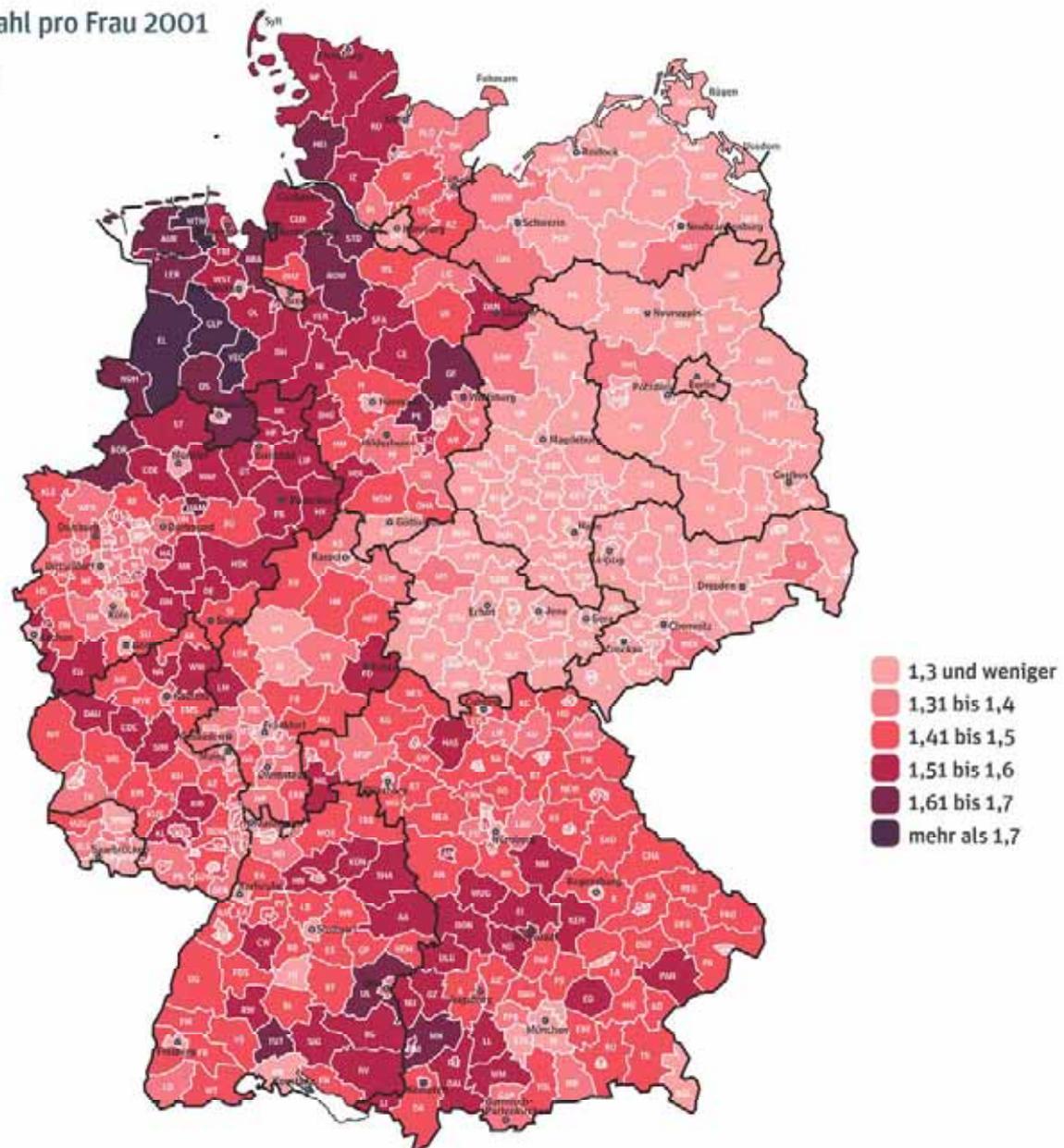
**ROBERT BOSCH STIFTUNG**

---

\* Die folgenden Abbildungen wurden dem Vortrag von Herrn Klingholz auf der genannten FES-Veranstaltung entnommen.

## Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2001

Quelle: Statistisches Bundesamt,  
Statistik Regional 2003,  
eigene Berechnungen

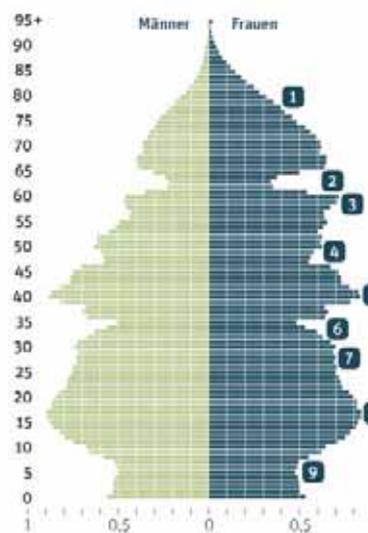


### Zahl der Geburten in Deutschland

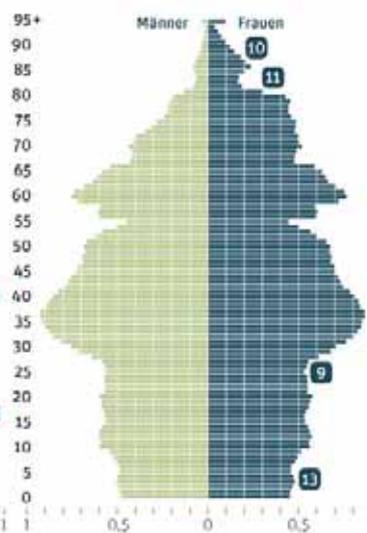
	Ost	West	Deutschland
1965	281.058	1.044.328	1.325.386
1970	236.929	810.808	1.047.737
1980	245.132	620.657	865.789
1990	178.476	727.199	905.675
2000	111.267	655.732	766.999
2001			734.475
2002			719.250
2003			706.721

Quelle: Statistisches Bundesamt

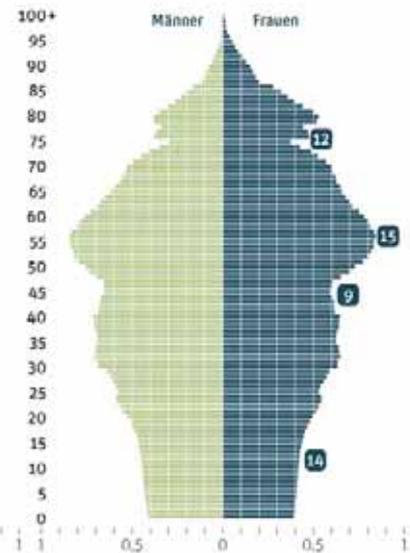
Bevölkerung im Jahr 1980



... im Jahr 2000



... im Jahr 2020



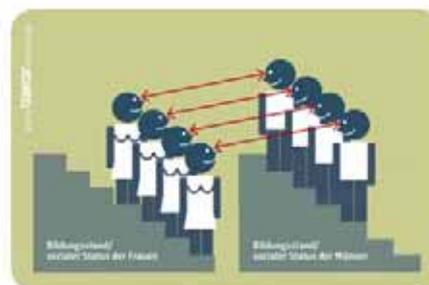
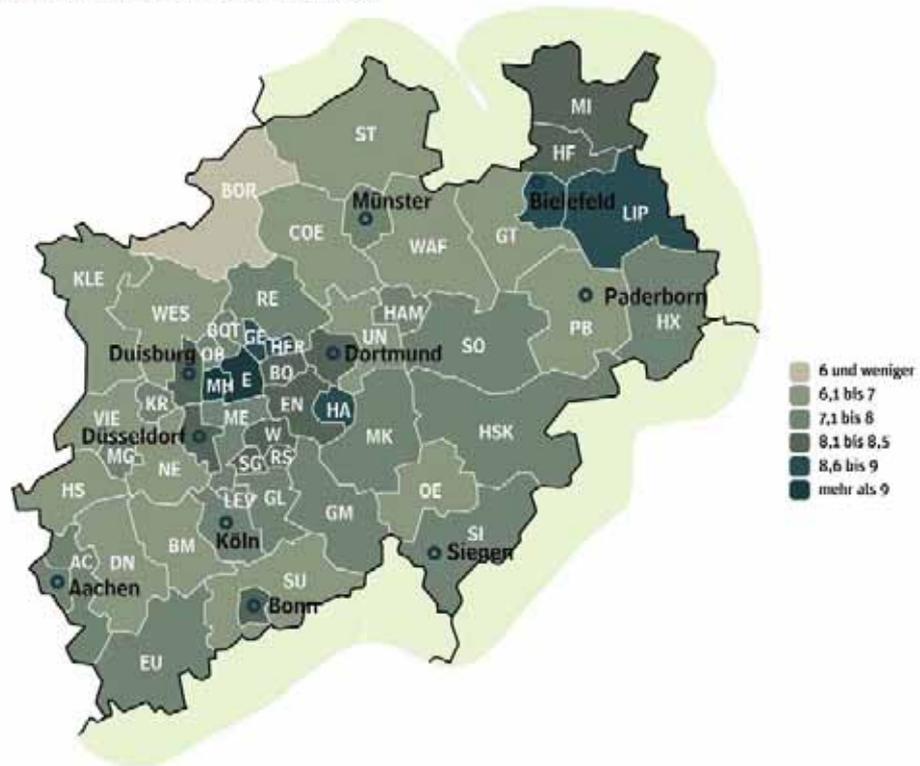
Anteil der jeweiligen Altersklassen in Prozent der Gesamtbevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt, BBR INKAR Prognose 2020. Eigene Berechnungen. Alle Daten für Gesamtdeutschland.

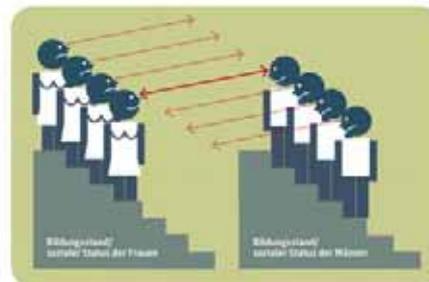
## Hochbetagte in Nordrhein-Westfalen in Prozent

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

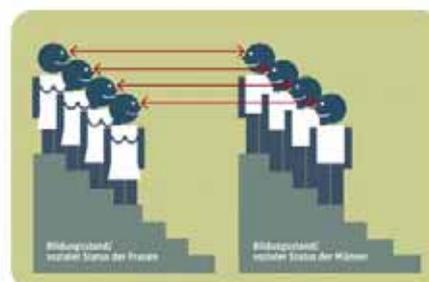
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung



FRÜHER



HEUTE



WAS TUN?

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

weitere Informationen finden Sie im Internet unter: [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

# NORDRHEIN- WESTFALEN



## Das Revier steigt ab

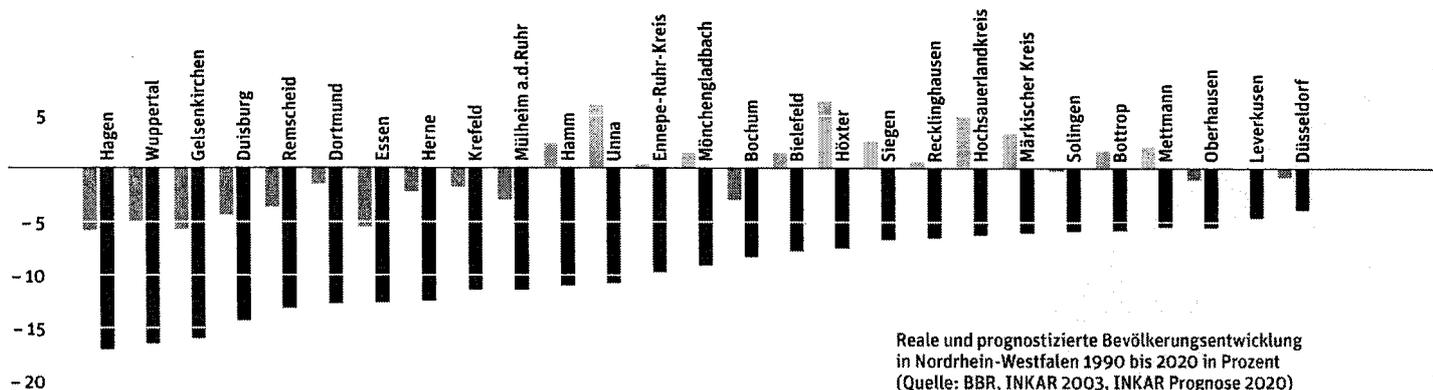
Mit 18 Millionen Menschen ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Flächenland – und die bedeutendste Industrieregion Deutschlands. Im Jahr 2002 erwirtschaftete das Land 22 Prozent des realen Bruttoinlandsproduktes der Republik. Das wirtschaftliche Herz Nordrhein-Westfalens schlug lange Zeit im Ruhrgebiet – mit 5,4 Millionen Einwohnern noch immer einer der größten Ballungsräume Europas und eines der traditionsreichsten Industriegebiete der Welt. Der „Ruhrpott“ vereinigt elf Großstädte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern.

### Flucht aus den grauen Städten

Während fast alle Städte des rheinisch-westfälischen Ballungsraumes mit erheblichen Bevölkerungsverlusten rechnen müssen, entwickelt sich im ländlichen Nordrhein-Westfalen eine Familienzone. Neben dem nördlich des Ruhrgebiets liegenden Kreis Borken profitiert vor allem der neben Bonn gelegene Rhein-Sieg-Kreis von der Binnenwanderung.

Der Aufstieg des Ruhrgebiets begann mit der Kohle. Der teilweise offen an der Erdoberfläche zu Tage tretende Rohstoff wurde in bescheidenem Umfang schon im 14. Jahrhundert abgebaut. Doch erst die Erfindung der Dampfmaschine im 19. Jahrhundert setzte eine Aufwärtsspirale aus Kohleförderung, Eisen- und Stahlproduktion, Maschinenbau und Verbesserung der Fördertechnik in Gang. Während der industriellen Revolution stieg die Region zum bedeutendsten europäischen Schwerindustriegebiet auf. Zunächst belebte der europaweite Eisenbahnbau die Nachfrage nach Stahl. Anfang des 20. Jahrhunderts ließ auch die Rüstungsindustrie die Belegschaften wachsen. Allein Alfred Krupps Stahlwerke beschäftigten 1917 über 150.000 Menschen. Damals prägten Zechen, Schachtanlagen und Stahlwerke die Landschaft des gesamten Reviers. Durch die Industrie stieg der Bedarf an Arbeitskräften so stark, dass er nicht mehr mit Einheimischen gedeckt werden konnte. Tausende Ostpreußen, Nieder- und Oberschlesier, Polen, Tschechen, Slowaken und Slowenen zogen an die Ruhr.

Die zwei Weltkriege trieben die Unternehmen des Ruhrgebietes jeweils in den Ruin. Doch jedes Mal ließ der Bedarf an Kohle und Stahl das Revier wieder auferstehen. Auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders 1957 förderten im Ruhrgebiet rund 500.000 Bergleute Steinkohle.<sup>32</sup> Die Hälfte aller Arbeitsplätze der Region hing direkt oder indirekt von den Zechen ab – bis billige Importkohle und die zunehmende Nutzung von Erdöl dem Ruhrpott einen ersten schweren Schlag versetzten. Zwar fingen neue Wachstumsbranchen wie der Fahrzeugbau, die Petrochemie und die Elektrotechnik die Arbeitsplatzverluste zunächst noch auf. Doch seit der Stahlkrise der 1970er Jahre war der Niedergang nicht mehr aufzuhalten.



Reale und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen 1990 bis 2020 in Prozent (Quelle: BBR, INKAR 2003, INKAR Prognose 2020)

## Der schwere Abschied von Kohle und Eisen

Die alte Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets drückt Nordrhein-Westfalen bis heute ihren Stempel auf. Zu viele Menschen haben zu lange direkt oder indirekt von Kohle und Stahl gelebt. Beim Strukturwandel tut sich Nordrhein-Westfalen bis heute schwer: Nicht High-Tech-Betriebe, sondern vorwiegend Firmen aus der mittleren Stufe der Wertschöpfungskette wie Chemie, Maschinenbau und Metallverarbeitung zählen zu den exportstärksten des Bundeslandes.<sup>33</sup> Trotz Moder-

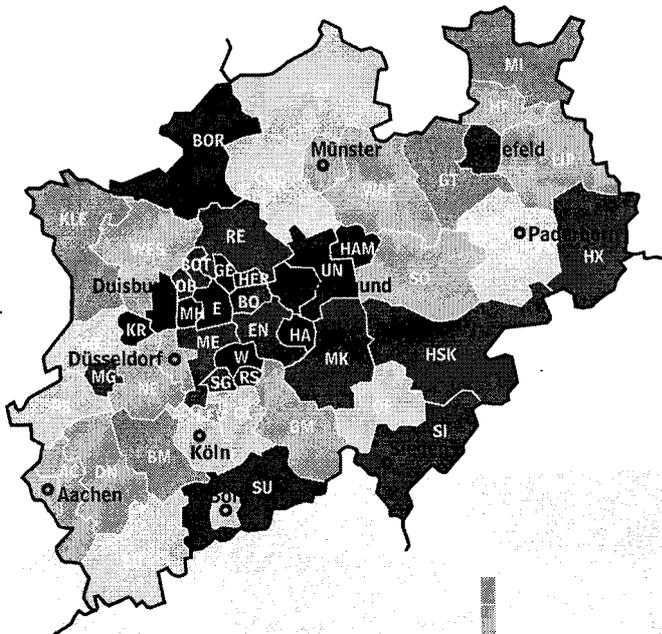
nisierung bleibt Nordrhein-Westfalen im wesentlichen auf stagnierende Branchen ausgerichtet. Im Bereich der Spitzentechnologie kann das Land mit Bayern und Baden-Württemberg nicht mithalten. Zwischen 1993 und 2001 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens um 9,5 Prozent – nur halb so stark wie in Bayern und weniger als in jedem anderen westdeutschen Bundesland.<sup>34</sup>

An der schwachen Entwicklung Nordrhein-Westfalens dürfte die Bundes- und Landespolitik nicht ganz unschuldig sein. Sie hat über Jahrzehnte versucht, die anstehende Modernisierung der Wirtschaft sozialverträglich und mit Subventionen abzufedern – und damit gebremst. Seit 1980 hat der deutsche Staat rund 100 Milliarden Euro aufgewendet, um den sterbenden Steinkohleabbau am Leben zu halten. Noch heute arbeiten im Ruhrgebiet etwa 50.000 Kohlekumpel, obwohl der Preis einheimischer Steinkohle um ein Vielfaches über dem der Importkohle liegt. Im Jahr 2001 kostete jeder einzelne Steinkohlen-Beschäftigte den Steuerzahler 82.000 Euro.<sup>35</sup>

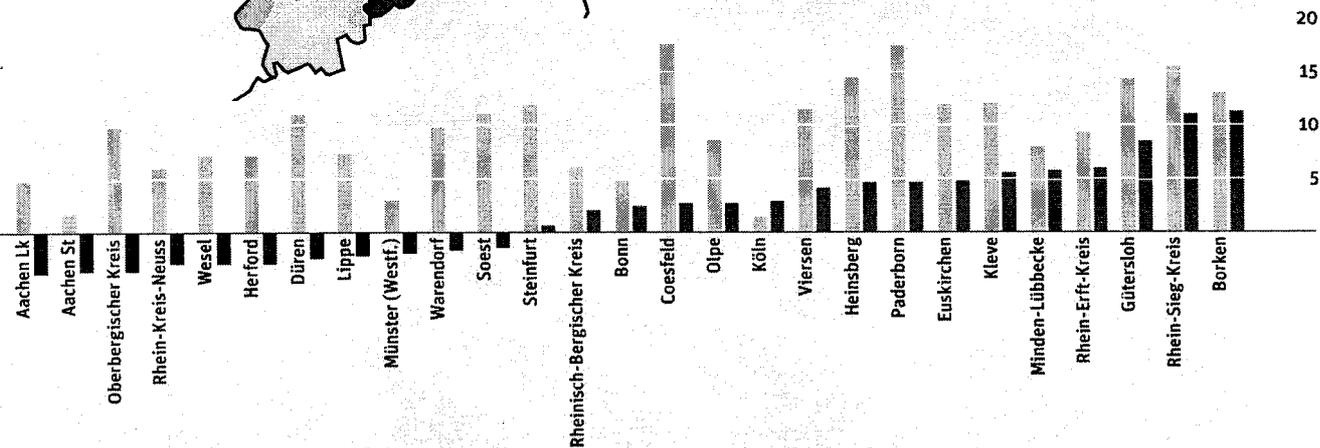
Dennoch ist heute in vielen Großstädten der Region die Arbeitslosigkeit extrem hoch. Gelsenkirchen, die Schlusslichtstadt der Landes-Gesamtwertung, hatte im Jahr 2002 mit mehr als 17 Prozent die nach Bremerhaven zweithöchste Arbeitslosigkeit ganz Westdeutschlands.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020 in Prozent

- - 15 und weniger
- - 14,9 bis - 10
- - 9,9 bis - 5
- - 4,9 bis 0
- 0,1 bis 5
- 5,1 bis 10
- 10,1 bis 15



reale Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2001 | prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2020



NORDRHEIN-  
WESTFALEN

## Weg aus dem Pott und raus aufs Land

Das Ruhrgebiet gehörte jahrzehntlang zu den menschenreichsten Ballungsräumen der Welt. Doch seit Kohle und Stahl keinen Wohlstand mehr schaffen, sind immer weniger Menschen bereit, in der geschundenen Landschaft zu leben. Die junge Mittelschicht drängt ins Grüne und verlässt das Ruhrgebiet. In Gelsenkirchen und Essen ist die Einwohnerzahl binnen elf Jahren bereits um fast sechs Prozent zurückgegangen. Auch außerhalb des unmittelbaren Ruhrgebiets, in Hagen und Wuppertal, sank die Einwohnerzahl in vergleichbarer Größenordnung. Der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung prognostizierte Bevölkerungsrückgang übersteigt in zwölf Kreisen Nordrhein-Westfalens die Zehn-Prozent-Marke, darunter in Duisburg, Dortmund, Krefeld und Unna. Die Städte Wuppertal, Hagen und Gelsenkirchen sollen gar 16 bis 17 Prozent ihrer Einwohner verlieren – gleichermaßen durch Geburtenmangel und Abwanderung.

Suburbanisierung und Familienwanderungen ins Umland sind in allen deutschen Ballungsräumen zu beobachten. Doch häufig wird der Schwund kompensiert durch den Zuzug junger Studierender und Auszubildender. Nicht jedoch in Essen, Duisburg und Herne. Die Städte üben offenbar wenig Anziehung auf junge Menschen aus. Zurück bleiben dann jene, die wenig mobil sind: Arme, Alte und Ausländer. Das Ruhrgebiet ist schon heute der rentnerreichste Großraum Deutschlands. Während in Berlin 14,6 Prozent und in Hamburg 16,9 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre sind, leben in Duisburg 19, in Essen 19,9 und in Mülheim an der Ruhr 20,6 Prozent Menschen dieser Altersgruppe. Bis zum Jahr 2020 wird im Ruhrgebiet der Anteil junger Menschen unter 20 Jahren um fast 25 Prozent sinken, die erwerbsfähige Bevölkerung (im Alter zwischen 20 und 60 Jahren) um 15 Prozent. Umgekehrt werden in den Regionen Emscher/Lippe, Duisburg/Essen, Düsseldorf und Bochum/Hagen 2020 fast ein Viertel mehr über 60-Jährige leben als heute. Das ehemalige Zentrum der deutschen Schwerindustrie wird dann eine der ältesten Regionen Westdeutschlands sein.

## Kinder ziehen Wirtschaft an

Dagegen können ländliche Regionen Nordrhein-Westfalens noch Bevölkerung hinzugewinnen. In Borken, nördlich des Ruhrgebietes, sind etwa ein Viertel der Zugezogenen „Ruhrgebietsflüchtlinge“.<sup>36</sup> Dort ist eine regelrechte Familienzone entstanden. Einerseits lassen sich viele junge Familien nieder, die zuvor in Städten gelebt haben. Andererseits zeigt sich hier ein Trend zu vergleichsweise hohen Kinderzahlen, wie er in den ebenfalls katholisch geprägten niedersächsischen Nachbarkreisen um Cloppenburg zu beobachten ist. Sechs der 30 Kreise mit der höchsten Fertilität in Deutschland liegen im ländlichen Nordrhein-Westfalen.

Nicht nur die Kinderfreundlichkeit macht den Kreis Borken zum Spitzenreiter in der nordrhein-westfälischen Gesamtwertung. Neben den höchsten Kinderzahlen je Frau weist der Kreis mit einem Anteil von 7,5 Prozent unter Sechsjähriger auch die höchste Kinderdichte in Nordrhein-Westfalen auf. Gleichzeitig leben dort die relativ wenigsten Hochbetagten. Bis 2020 prognostiziert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung für Borken ein weiteres Bevölkerungswachstum von mehr als zehn Prozent. Dieser Boom scheint für eine eigene Wirtschaftsentwicklung zu sorgen: In der Region leben nicht nur Berufspendler des Ruhrgebiets, hier finden die Menschen auch Arbeit vor Ort. Während das Ruhrgebiet zwischen 1990 und 2000 etwa neun Prozent seiner Arbeitsplätze verlor, nahm die Zahl der Beschäftigten in Borken, Coesfeld, Warendorf und Soest zwischen zehn und 20 Prozent zu. Borken selbst hat heute einen fast ausgeglichenen Pendlersaldo.

Zweitbesten Kreis in Nordrhein-Westfalen ist Gütersloh, das für eine ländliche Region ungewöhnlich gute Wirtschaftsdaten aufweist. Vor allem die Unternehmen Bertelsmann, der zweitgrößte Medien-Konzern der Welt, und der Haushaltsgerätehersteller Miele bieten einigen zehntausend Angestellten Arbeit. Die Region Ostwestfalen-Lippe konnte darüber hinaus in der Vergangenheit ihre Bevölkerungsstruktur durch eine starke Zuwanderung von Aussiedlern auffrischen. In den Jahren 1987 bis 2002 haben sich 163.000 Deutschstämmige zwischen Minden und Paderborn niedergelassen.

## Junge Ausländer und alte Deutsche

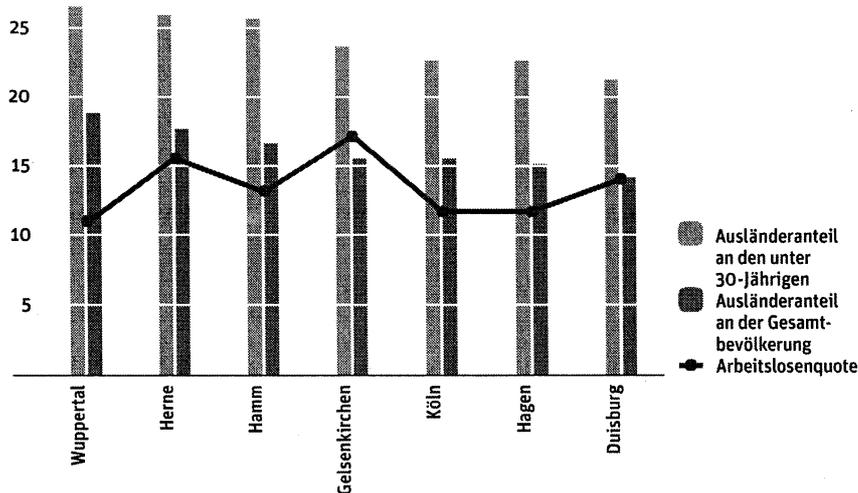
Insgesamt haben elf Prozent der Einwohner Nordrhein-Westfalens keinen deutschen Pass. In den Städten des Ruhrgebiets ist der Ausländeranteil vor allem in den jüngeren Altersklassen oft erheblich höher. In Duisburg sind 26 Prozent der unter 30-Jährigen Nicht-Deutsche – bei einem Gesamtausländeranteil von lediglich 16,6 Prozent. Zwei Gründe gibt es für den Überhang an jungen Ausländern: Zum einen bekommen Ausländer mehr Kinder als Deutsche. Zum anderen verlassen vermehrt junge Menschen, die es sich erlauben können, die tristen Städte des Reviers – und das sind eher die Einheimischen. Bei den Zurückbleibenden mischen sich oft Armut und Arbeitslosigkeit zu sozialem Sprengstoff. Schlechte Ausbildung, fehlende Jobs und mangelhafte soziale Integration führen in den Städten mit den höchsten Anteilen an unter 30-jährigen Ausländern zu einem hohen Maß an Gewaltkriminalität.<sup>38</sup> In zwei Jahrzehnten wird, Prognosen zufolge, in vielen Städten des Ruhrgebiets die Mehrheit der Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben.<sup>39</sup> Angesichts ethnischer Ghettos, die schon heute das Zusammenwachsen der Kulturen behindern, wird klar, vor welcher Herausforderung die um Integration bemühten Behörden aber auch die gesamte Gesellschaft stehen.

### Drohende Spaltung

In nordrhein-westfälischen Städten mit einem hohen Ausländeranteil vor allem in der jüngeren Bevölkerung ist häufig auch die Zahl der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger besonders groß. 2020 wird hier die Mehrzahl der unter 30-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Ohne Jobs und bessere Integration birgt diese Situation enormen sozialen Sprengstoff. Hier droht die soziale Spaltung in junge chancenlose Migranten und alte Deutsche.

## Die Schwerindustrie geht – die Freizeitgesellschaft kommt

Deutschlandweit versuchen Stadtplaner und Investoren auf Industriebrachen Freizeitparks, Edutainment-Center oder Sport-Arenen anzusiedeln. Das Ruhrgebiet war Vorreiter dieser Entwicklung. Als zum Beispiel 1992 in Oberhausen die Thyssen-Hütte geschlossen wurde, entstand auf dem Gelände für eine Bausumme von zwei Milliarden Euro der gigantische Konsum- und Unterhaltungspark „Centro“. Die „Kulturwirtschaft“ avancierte zum Hoffnungsträger der Region. Mit der Zeche Zollverein in Essen, der Arena Oberhausen, einem „Alpincenter“ mit ganzjährigem Kunstschnee in Bottrop, dem RheinRuhr-Zentrum in Mülheim oder dem Ruhr-Park in Bochum eröffnete ein Tempel der Spaßgesellschaft nach dem anderen seine Pforten. Die Zahl der Arbeitsplätze in Bottrop stieg zwischen 1991 und 2001 gegen den Trend um vier Prozent – zum Teil durch Jobs in der Freizeitindustrie.<sup>37</sup> Nicht alle Einrichtungen arbeiten profitabel, doch regional scheint das Konzept aufzugehen. Immerhin wohnen im Umkreis von drei Stunden Fahrtzeit zu diesen Anlagen 30 Millionen Konsumenten. Beliebiger auf andere Regionen übertragbar ist der Ansatz jedoch nicht: Wo bei der Planung nicht auf demografische Faktoren geachtet wurde, kam es bereits zu Pleiten. So musste die Rennstrecke „Lausitzring“ im dünn besiedelten Brandenburg Konkurs anmelden. Das „Space-Center“ in Bremen steht kurz nach seiner Eröffnung bereits wieder vor dem Aus. Und andere Vorhaben, wie ein riesiger Natur-Erlebnispark im Harz, mussten schon in der Planungsphase auf Eis gelegt werden.



Ausländeranteile und Arbeitslosenquote in ausgewählten Städten Nordrhein-Westfalens in Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)

## Kopfprämien für Junge

Die grauen Ruhrgebietsstädte haben nie einen großen Reiz besessen. Doch seit sie nicht einmal mehr Arbeit versprechen, drohen manche von ihnen zu zerfallen. Nach Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung werden 2020 nur noch 4,8 Millionen Menschen im Pott leben – zehn Prozent weniger als im Jahr 2000. Besonders betroffen ist die einstige Ruhrmetropole Essen. Seit Anfang der 1960er Jahre hat die Stadt bereits 20 Prozent ihrer Einwohner eingebüßt. Bis 2020 prognostiziert das Bundesamt einen weiteren Schwund von 12,6 Prozent. In der einstigen dreiviertel Millionen-Stadt werden dann noch 524.000 Menschen wohnen. Zwei Drittel des Verlustes gehen auf das Konto des Geburtendefizits, ein Drittel ist durch Abwanderung verursacht. Für die betroffenen Kommunen hat das verheerende Folgen: Mit jedem einkommensteuerpflichtigen Abwanderer gehen pro Jahr etwa 1.100 Euro an direkten Einnahmen und 15.000 Euro an Kaufkraft verloren.<sup>40</sup> Gleichzeitig verursacht die dichte Infrastruktur eines Ballungsraumes Kosten, die bleiben, auch wenn weniger Menschen in den Städten wohnen.

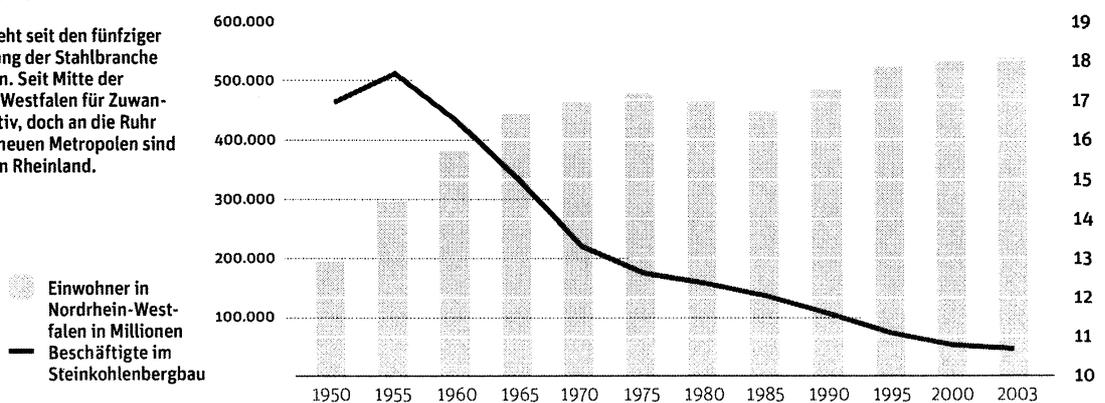
1998 hat sich die Stadt Essen deshalb dazu entschlossen, junge Familien, die sich Wohneigentum zulegen wollen, mit einer sogenannten „Bleibeprämie“ zu fördern. Damals hatte Essen in einem einzigen Jahr 3.000 Menschen durch Abwanderung verloren. Zwar leidet die Stadt chronisch unter der Finanzmisere, dennoch sieht die Verwaltung in der Förderung eine unverzichtbare Zukunftsinvestition. Eine vierköpfige Familie kann, dank des Zuschusses, eine Hypothek von 30.000 Euro mit monatlich 175 Euro bedienen. Reich wird dadurch zwar niemand, doch möglicherweise trägt die Förderung erste Früchte: 2001 verließen per Saldo nur noch 500 Menschen die Stadt an der Ruhr.

## Das Rheinland blüht

Zwischen 1975 und 1985 verlor Nordrhein-Westfalen aufgrund der schlechten Wirtschaftsentwicklung etwa eine halbe Million Einwohner. Seither aber ziehen wieder mehr Menschen in das Bundesland als es verlassen. Allerdings schlägt das Herz Nordrhein-Westfalens nicht mehr an der Ruhr, sondern in den Städten der „Rheinschiene“, in Düsseldorf, Köln und Bonn. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wie auch die einstige Bundeskapitale Bonn sind seit Jahrzehnten Zentren der Dienstleistungswirtschaft. Die Industriestadt Köln hat zusätzlich zu ihrem linksrheinischen Braunkohlerevier, den Ford-Automobilwerken und einem ganzen Ring von Unternehmen der Chemie innovative Branchen angesiedelt. Als eine der wenigen deutschen Großstädte ist Köln in den zwölf Jahren zwischen 1990 und 2001 noch gewachsen – um 1,5 Prozent.

## Strukturwandel geschafft?

Die Zahl der Kohlekumpel geht seit den fünfziger Jahren zurück. Der Niedergang der Stahlbranche begann in den 1970er Jahren. Seit Mitte der 1980er Jahre ist Nordrhein-Westfalen für Zuwanderer wieder leidlich attraktiv, doch an die Ruhr zieht es sie nicht mehr. Die neuen Metropolen sind die Dienstleistungsstädte im Rheinland.



Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigte im nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau 1950 bis 2003 (Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.)

Erschreckend ist allerdings der hohe Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in Köln, einer ansonsten wirtschaftlich prosperierenden Stadt, deren Kaufkraft und Bruttoinlandsprodukt mit Note eins bewertet werden. Obwohl die Zahl der Beschäftigten in Köln zwischen 1995 und 2001 um 8,6 Prozent wuchs, hat die Stadt am Rhein den drittschlechtesten Indikatorwert für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Nordrhein-Westfalen. Das Problem Kölns ist die alte Industriestruktur der Stadt: Weil die Unternehmen der Chemie- und Metallindustrie in den letzten Jahren versucht haben, durch Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau profitabel zu bleiben, haben Arbeiter vor allem der rechtsrheinischen Wohngebiete, die zu einem großen Teil keinen deutschen Pass besitzen, ihren Job verloren.

Auf der Kölner Gewinnerseite steht hingegen der Dienstleistungsbereich, die Werbe- und Medienwirtschaft. Diese Branchen haben viele junge qualifizierte Menschen in die Domstadt gelockt. Jeder vierte in Deutschland bei Hörfunk und Fernsehen Beschäftigte arbeitet heute in Köln – das entspricht acht Prozent aller Beschäftigten in der Domstadt. Im nahegelegenen Hürth arbeiten in Deutschlands größtem Studiokomplex 13 Filmstudios. Die Medien- und Kommunikationswirtschaft der Stadt setzt jährlich zwölf Milliarden Euro um.<sup>41</sup>

#### Das Revier ist alt geworden

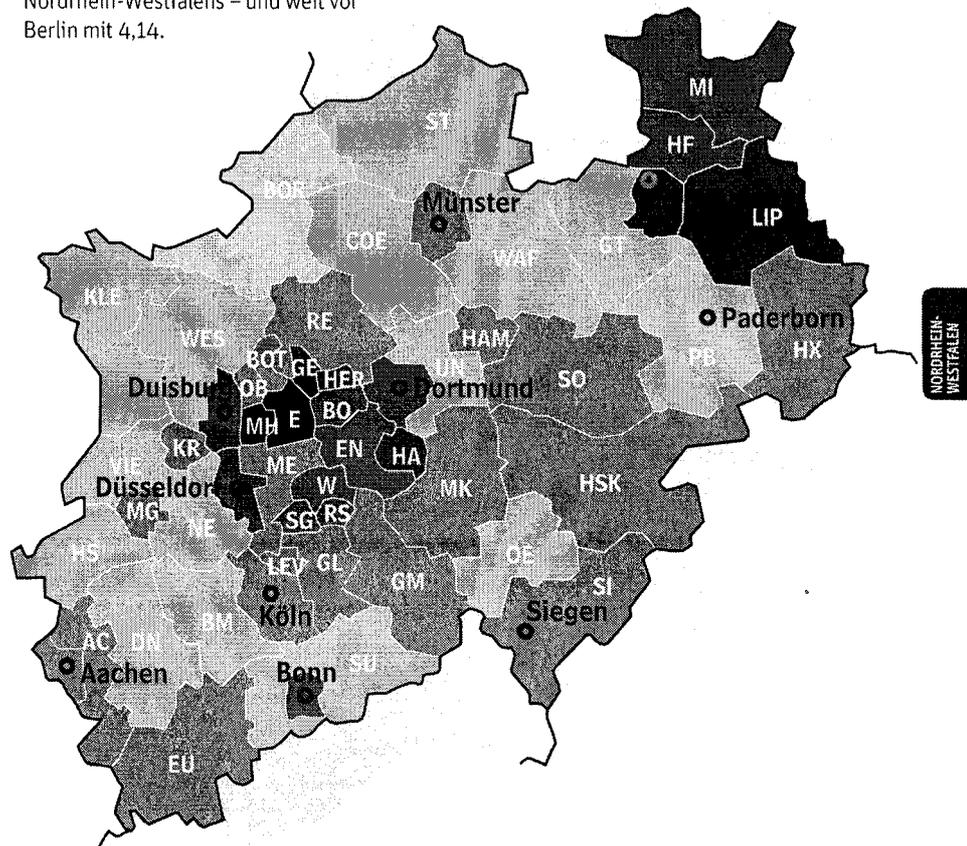
Noch zu Wirtschaftswunder-Zeiten war das Ruhrgebiet ein Magnet für junge Menschen. Heute wandern die Jungen aus Mangel an Perspektiven ab. Entsprechend steigt der relative Anteil der über 75-Jährigen.

Hochbetagte in Nordrhein-Westfalen in Prozent  
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen)



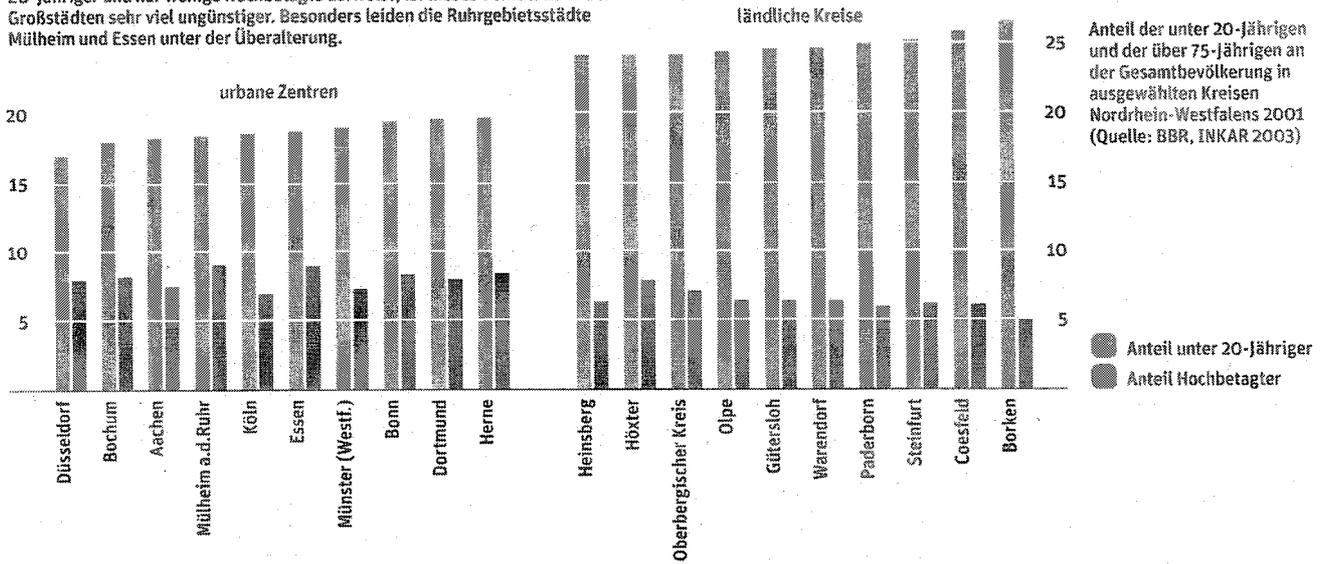
Ängste, die alte Bundeshauptstadt Bonn könnte nach dem Umzug der Regierung nach Berlin zu einer Geisterstadt werden, haben sich nicht bestätigt. Trotz der Abwanderung der Staatsbediensteten stieg die Einwohnerzahl von Bonn zwischen 1990 und 2001 um fast fünf Prozent. Die 2,9 Milliarden Euro schweren „Ausgleichsmaßnahmen“ der Bundesregierung waren offenbar gut angelegt: Die Vereinten Nationen siedelten mehrere Institutionen an, ein „Technologietransfer- und Innovationszentrum“ entstand und erhebliche Mittel wurden in den Auf- und Ausbau wissenschaftlicher Institute gesteckt. Bonn hat an das problembeladene Berlin zwar den Hauptstadttitel, nicht aber das Wachstumspotenzial abgetreten. In der Gesamtwertung liegt Bonn mit der Note 3,73 gleichauf mit Düsseldorf im Mittelfeld Nordrhein-Westfalens – und weit vor Berlin mit 4,14.

In Zukunft wird die Zahl der Einwanderer nach Nordrhein-Westfalen allerdings nicht mehr ausreichen, um die mangelnden Geburten auszugleichen. Ein natürliches Wachstum durch Geburtenüberschuss gibt es in Nordrhein-Westfalen schon seit Mitte der 1970er Jahre nicht mehr. Aufgrund der dadurch entstandenen Überalterung prognostizieren die Wissenschaftler des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung bis 2020 einen Bevölkerungsrückgang um vier Prozent.



## Alte Städte – junges Land

Während das ländliche Nordrhein-Westfalen einen relativ hohen Anteil an 20-Jährigen und nur wenige Hochbetagte aufweist, ist dieses Verhältnis in den Großstädten sehr viel ungünstiger. Besonders leiden die Ruhrgebietsstädte Mülheim und Essen unter der Überalterung.



## Bewertung Nordrhein-Westfalen

	Demografie										Wirtschaft						Integration		Bildung			Familienfr.		Flächenn.		GESAMTNOTE			
	Kinderzahl	Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischenmiete	Kaufkraft	Bruttoinlandpr.	Gestaltungquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl. + Sozials.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischenmiete	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischenmiete	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischenmiete	Singelhushalte	Kindergärten	Zwischenmiete		Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischenmiete
AC Aachen Lk	3	4	2	2	5	3	3,2	3	4	5	5	4	4	4	4,1	5	4	4,5	2	3	4	3,0	3	6	4,5	5	5	5,0	3,4
AC Aachen St	6	5	4	3	3	3	4,0	2	2	6	5	5	4	5	4,1	4	4	4,0	2	3	1	2,0	6	5	5,5	5	5	5,0	4,0
BI Bielefeld	4	5	1	2	4	4	3,3	2	2	6	4	5	5	5	4,1	5	5	5,0	2	4	3	3,0	5	6	5,5	4	5	4,5	3,9
BO Bochum	6	6	2	3	5	4	4,3	2	2	6	5	4	5	6	4,3	4	5	4,5	2	4	2	2,7	4	5	4,5	6	5	5,5	4,23
BN Bonn	6	5	1	2	3	2	3,2	1	2	6	5	4	5	4	3,9	5	5	5,0	1	3	1	1,7	5	6	5,5	5	5	5,0	3,9
BOR Borken	3	3	4	1	2	1	2,3	4	3	3	4	2	2	1	2,7	5	5	5,0	2	2	5	3,0	1	6	3,5	4	5	4,5	3,09
BOT Bottrop	4	5	3	2	4	4	3,7	3	5	5	6	4	4	4	4,4	5	5	5,0	2	6	4	4,0	4	6	5,0	4	6	5,0	4,32
COE Coesfeld	3	3	3	1	3	2	2,5	3	4	2	5	2	3	3	3,1	6	6	6,0	1	2	4	2,3	1	5	3,0	4	5	4,5	3,23
DO Dortmund	5	5	2	3	5	5	4,2	3	3	5	6	6	5	5	4,7	4	4	4,0	3	4	3	3,3	5	6	5,5	5	5	5,0	4,41
DU Duisburg	4	5	2	4	5	5	4,2	4	3	6	6	5	5	5	4,9	5	3	4,0	3	4	5	3,5	5	5	5,0	5	6	5,5	4,55
DN Düren	4	4	4	1	5	3	3,5	3	3	4	5	4	3	3	3,6	5	5	5,0	2	3	4	3,0	2	6	4,0	4	6	5,0	3,79
D Düsseldorf	6	6	1	2	4	3	3,7	1	1	6	2	5	5	5	3,6	3	4	3,5	3	3	1	2,3	6	5	5,5	6	4	5,0	3,73
EN Ennepe-Ruhr-Kreis	5	5	2	2	6	4	4,0	2	4	4	4	3	5	5	3,9	5	4	4,5	2	2	3	2,3	4	6	5,0	6	5	5,5	4,00
E Essen	5	5	1	3	5	5	4,0	2	2	6	5	6	6	6	4,7	5	4	4,5	2	3	3	2,7	5	6	5,5	6	5	5,5	4,36
EU Euskirchen	3	4	3	1	5	2	3,0	3	4	5	5	3	4	3	3,9	5	4	4,5	1	2	5	2,7	2	5	3,5	3	4	3,5	3,49
GE Gelsenkirchen	4	5	2	4	5	6	4,3	4	3	5	6	6	5	6	5,0	4	4	4,0	4	6	5	5,0	6	5	5,5	6	6	6,0	4,86
GT Gütersloh	3	3	2	1	3	2	2,3	2	2	2	2	3	3	2	2,3	5	5	5,0	2	4	5	3,7	3	6	4,5	5	5	5,0	3,18
HA Hagen	3	5	2	5	4	6	4,2	3	3	5	4	4	5	6	4,3	5	4	4,5	2	2	5	3,0	5	6	5,5	4	6	5,0	4,27
HAM Hamm	3	4	4	2	3	5	3,5	4	4	5	6	4	4	4	4,4	6	4	5,0	2	4	5	3,7	2	6	4,0	3	6	4,5	4,09
HS Heinsberg	4	3	2	1	4	2	2,7	4	5	3	6	3	3	2	3,7	5	4	4,5	2	3	5	3,3	1	6	3,5	5	6	5,5	3,9

		Demografie							Wirtschaft							Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE		
		Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl. + Sozialsch.	Hochbetragte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten	Zwischennote	Freifläche		Fremdenverkehr	Zwischennote
HF	Herford	3	4	2	2	4	3	3,0	2	3	3	2	3	5	4	3,1	5	5	5,0	2	2	5	3,0	4	5	4,5	5	5	5,0	3,34
HER	Herne	5	5	3	3	5	5	4,3	4	4	5	6	5	5	6	5,0	5	4	4,5	3	4	5	4,0	5	6	5,5	6	6	6,0	4,77
HSK	Hochsauerlandkreis	3	4	3	3	4	4	3,5	3	3	3	4	3	4	4	3,4	6	5	5,5	3	2	5	3,3	2	6	4,0	3	2	2,5	3,59
HX	Höxter	3	3	4	2	4	4	3,3	4	4	3	5	2	4	3	3,6	5	4	4,5	1	4	5	3,3	3	5	4,0	3	3	3,0	3,55
KLE	Kleve	4	4	3	1	4	2	3,0	3	4	1	6	2	3	3	3,1	5	3	4,0	2	4	5	3,7	1	6	3,5	4	5	4,5	3,31
K	Köln	5	5	1	2	3	2	3,0	1	1	6	3	6	4	4	3,6	4	4	4,0	2	3	1	2,0	6	6	6,0	5	5	5,0	3,50
KR	Krefeld	5	5	1	4	5	5	4,2	2	2	6	5	5	4	5	4,1	4	4	4,0	3	2	3	2,7	4	5	4,5	5	6	5,5	3,99
LEV	Leverkusen	5	5	2	3	5	3	3,8	1	2	4	3	3	4	6	3,3	4	4	4,0	1	4	4	3,0	4	6	5,0	5	5	5,0	3,71
LIP	Lippe	3	4	2	2	4	3	3,0	3	3	4	4	3	5	4	3,7	5	5	5,0	3	2	4	3,0	4	6	5,0	4	4	4,0	3,52
MAR	Märkischer Kreis	3	4	3	3	4	4	3,5	2	3	3	3	3	4	5	3,4	5	4	4,5	3	3	5	3,7	3	6	4,5	5	5	5,0	3,53
ME	Mettmann	5	5	2	2	4	4	3,8	1	3	4	3	3	4	4	3,1	5	5	5,0	2	3	3	2,7	4	6	5,0	6	5	5,5	3,75
MI	Minden-Lübbecke	3	4	3	2	4	2	3,0	3	3	4	3	3	5	3	3,4	5	5	5,0	2	2	5	3,0	3	6	4,5	4	4	4,0	3,53
MG	Mönchengladbach	4	4	1	3	5	4	3,5	2	3	6	5	6	4	5	4,4	4	5	4,5	3	3	4	3,3	4	6	5,0	5	6	5,5	3,79
MH	Mülheim a.d.Ruhr	5	5	1	2	6	5	4,0	1	3	3	5	4	6	5	3,9	5	5	5,0	2	3	3	2,7	4	5	4,5	5	6	5,5	4,00
MS	Münster (Westf.)	6	5	1	3	2	3	3,3	1	2	6	4	4	4	4	3,6	5	6	5,5	1	2	1	1,3	5	6	5,5	3	4	3,5	3,55
GM	Oberbergischer Kreis	3	3	3	2	4	3	3,0	3	3	5	4	2	4	4	3,6	5	4	4,5	2	4	5	3,7	3	6	4,5	4	5	4,5	3,58
OB	Oberhausen	5	5	2	2	5	4	3,8	3	4	6	5	5	4	5	4,6	5	4	4,5	3	3	5	3,7	4	6	5,0	6	6	6,0	4,41
OE	Olpe	3	3	3	2	3	2	2,7	3	3	3	2	3	3	2,9	6	4	5,0	3	3	5	3,7	1	6	3,5	4	4	4,0	3,27	
PB	Paderborn	3	3	2	3	2	2,5	3	3	2	3	3	2	2,7	5	5	5,0	2	4	4	3,3	3	6	4,5	4	5	4,5	3,27		
RE	Recklinghausen	4	4	3	3	5	4	3,8	3	5	4	6	5	4	5	4,6	5	5	5,0	3	4	4	3,7	4	5	4,5	6	6	6,0	4,41
RS	Remscheid	3	4	2	3	5	5	3,7	2	3	3	2	3	5	5	3,3	5	3	4,0	3	2	5	3,3	3	6	4,5	5	6	5,5	3,72
BM	Rhein-Erft-Kreis	5	4	2	1	5	2	3,2	2	3	3	4	3	3	4	3,1	5	4	4,5	2	2	3	2,3	3	6	4,5	5	5	5,0	3,45
GL	Rheinisch-Bergischer Kreis	4	4	3	2	5	2	3,3	1	4	3	4	3	4	4	3,3	5	5	5,0	1	4	2	2,3	2	6	4,0	5	5	5,0	3,55
NE	Rhein-Kreis-Neuss	4	4	2	2	4	3	3,2	1	2	5	3	3	3	3	2,9	4	5	4,5	2	3	3	2,7	2	6	4,0	6	5	5,5	3,43
SU	Rhein-Sieg-Kreis	4	4	2	1	4	1	2,7	2	4	5	5	2	3	3	3,4	5	5	5,0	2	3	3	2,7	2	6	4,0	5	5	5,0	3,52
SI	Siegen	4	4	3	3	4	4	3,7	3	3	3	4	3	4	4	3,4	5	4	4,5	2	3	4	3,0	2	5	3,5	4	5	4,5	3,53
SO	Soest	3	4	3	2	5	3	3,3	3	3	4	4	3	4	3	3,4	5	4	4,5	2	4	4	3,3	2	6	4,0	4	4	4,0	3,50
SG	Solingen	4	5	2	2	5	4	3,7	2	3	*	3	3	5	6	3,7	5	5	5,0	2	2	4	2,7	2	6	4,0	5	6	5,5	3,80
ST	Steinfurt	3	3	3	2	3	2	2,7	4	4	3	4	2	3	2	3,1	5	6	5,5	1	2	5	2,7	1	6	3,5	4	5	4,5	3,30
UN	Unna	4	4	2	2	5	5	3,7	3	4	3	6	4	3	4	3,9	5	5	5,0	2	4	4	3,3	3	6	4,5	6	6	6,0	4,00
VIE	Viersen	5	4	2	1	5	2	3,2	2	3	3	4	3	3	3	3,0	5	4	4,5	2	2	4	2,7	2	5	3,5	5	6	5,5	3,72
WAF	Warendorf	3	3	3	2	3	3	2,8	3	3	3	4	3	3	2	3,0	4	6	5,0	2	3	5	3,3	1	6	3,5	4	6	5,0	3,41
WES	Wesel	5	4	2	2	5	3	3,5	3	4	4	5	3	3	4	3,7	5	4	4,5	2	4	4	3,3	2	6	4,0	5	6	5,5	3,86
W	Wuppertal	5	5	1	4	5	6	4,3	2	3	3	4	5	5	6	4,0	5	5	5,0	3	3	4	3,3	5	6	5,5	5	6	5,5	4,30

AUSGABERHEFT  
 WESTFALEN

\* keine Daten verfügbar

Stefan Schneider

## Demografie und Wirtschaftswachstum\*



Stefan Schneider

Foto: FES

Friedrich Ebert Stiftung: Demografischer Wandel in der Gesellschaft

## Demografie und Wirtschaftswachstum

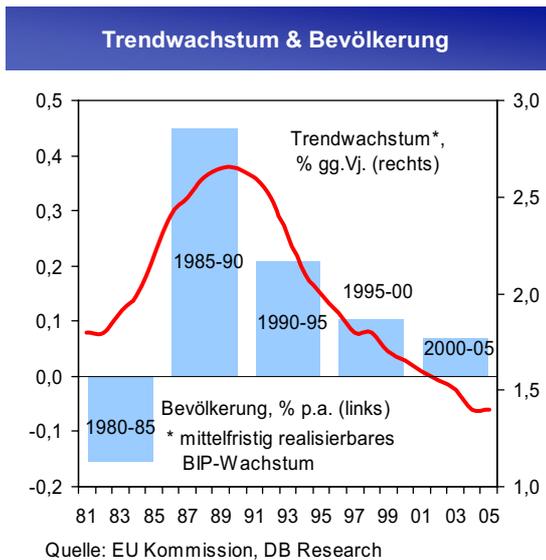
Massive Reformen notwendig, um niedrigeres Trendwachstum zu vermeiden

Stefan Schneider  
Chief International Economist

Deutsche Bank Research 

\* Die folgenden Abbildungen wurden dem Vortrag von Herrn Schneider auf der genannten FES-Veranstaltung entnommen.

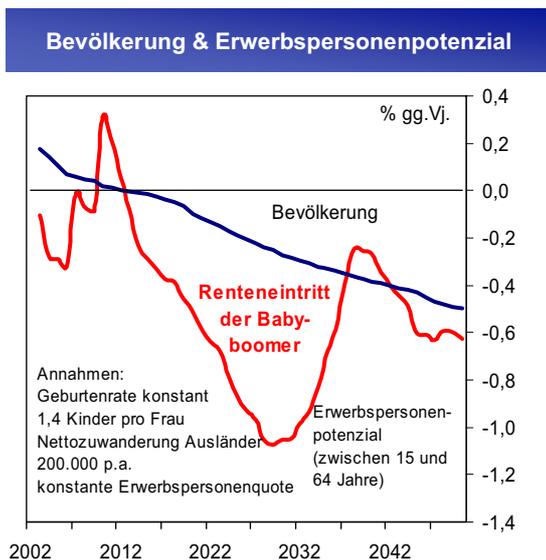
## Effekt I: Niedrigeres Wachstum



- Generell: Höheres Bevölkerungswachstum bedeutet mehr Arbeitsangebot und damit mehr Wachstum.
- Effekt auf BIP/Kopf (Produktivität) schwierig zu erfassen
  - da in fast allen Ländern ein höheres Wirtschaftswachstum (Einkommen) zu einer niedrigeren Geburtenquote führt
  - andererseits dürfte die gleichzeitige Alterung der Bevölkerung tendenziell das Produktivitätswachstum drücken

Deutsche Bank Research 

## Angebot an Erwerbspersonen: wichtigster Faktor für das Wachstumspotenzial

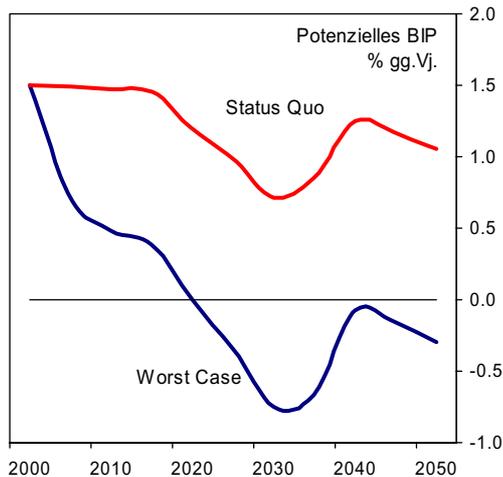


- Nach 2010 gehen die Baby-Boomer vermehrt in den Ruhestand (Kohorteneffekt)
- Damit fällt der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials deutlich stärker aus als die Abnahme der Bevölkerung

Deutsche Bank Research 

## Wachstumspotenzial: weitere Verlangsamung angelegt

Trendwachstum  
"Status Quo" & "Worst Case"



### ■ Annahmen „Status Quo“

- Geburtenrate konstant 1,4
- Nettozuwanderung 200.000 p.a.
- Erwerbspersonenquote konstant bei knapp 72%
- Tatsächliches Renteneintrittsalter unverändert bei 60½ Jahren
- Beitrag technischer Fortschritt und Kapital zum Wachstum konstant

### ■ Ergebnis: **Trendwachstum auf lange Sicht bestenfalls 1% p.a., um 2025 sogar nur ½% p.a.**

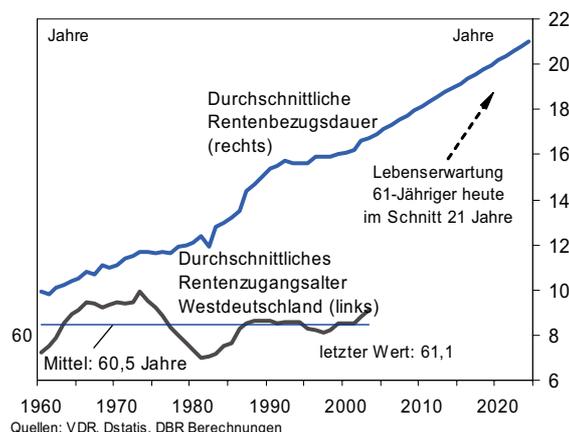
- Wird auf Migration verzichtet und ist der Beitrag des technischen Fortschritts und des Kapitals nur noch halb so hoch wie in den 90er Jahren ("Worst Case"), würde die deutsche Wirtschaft schrumpfen

Deutsche Bank Research



## Effekt II: Mehr Umverteilung in der Sozialversicherung

Rentenbezugsdauer steigt mit  
Lebenserwartung



- Druck auf die Rentenversicherung nimmt seit Jahrzehnten zu

- Bei ungebremstem Anstieg der Lebenserwartung muss das Renteneintrittsalter entsprechend (ca. 1 ½ Jahre pro Dekade) steigen

- Erhebliche Reformen in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik und in den Unternehmen notwendig, um ältere Erwerbspersonen in Erwerbstätigkeit zu halten

Deutsche Bank Research



## Strukturelle Defizite des deutschen Arbeitsmarkts

### Der deutsche Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich

(jeweils 2003)	DE	US	JP	EU-15	CH	SE
Erwerbsbeteil. 15-64 J.	71,3	75,8	72,3	70,3	81,2	78,9
Erwerbsbeteil. 55-65 J.	43,1	62,4	65,8	44,9	67,3	72,5
Anteil Langzeitarbeitslose (mehr als 12 Monate)	50,0	11,8	33,5	43,4	27,0	17,8
Arbeitslosenquote (Abschluss < Abitur)	15,3	10,2	6,6	9,8	4,7	5,8
Jahresarbeitszeit (Std/Erwerbstätigen)	1446	1792	1801	1510	1510 <sup>1)</sup>	1564

1) 2002

#### Ergebnis

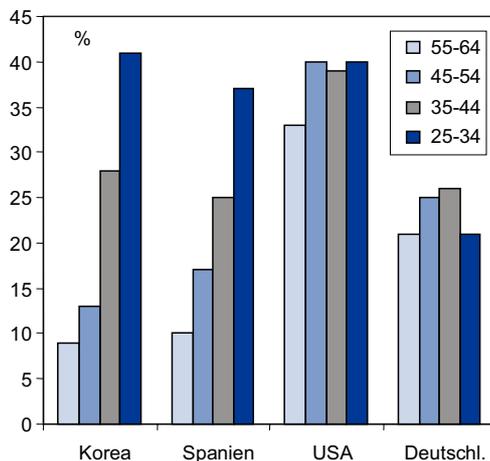
- Im internationalen Vergleich hohe strukturelle Arbeitslosenquote von rund 8%
- Kosten der Kartellpolitik und mangelnder Reformen (Arbeitslosigkeit) werden sozialisiert. Sozialabgabenquote 42%

Deutsche Bank Research



## Zu wenig hoch qualifizierte Menschen in Deutschland

### Bevölkerung mit Hochschulabschluss nach Altersgruppen



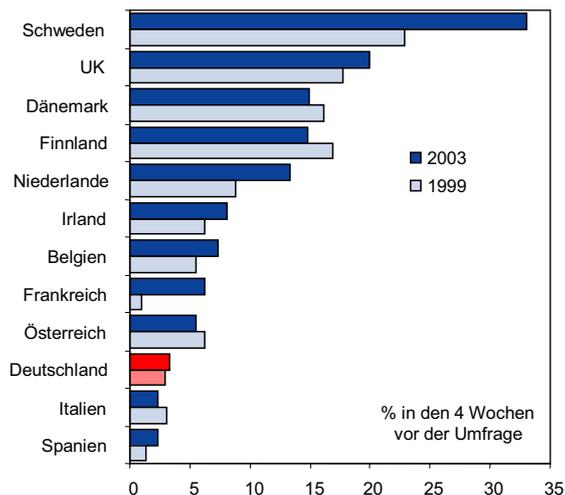
- In Deutschland niedrige & stagnierende Anteile von Menschen mit Universitätsausbildung
- D.h. Deutschland kann nicht durch eine verbesserte Humankapitalausstattung die retardierenden demografischen Effekte abfedern
- Verstärkte internationale Arbeitsteilung infolge der Globalisierung macht Bildung zur Schlüsselgröße für Schaffung und Erhalt von gut bezahlten Arbeitsplätzen

Deutsche Bank Research



## Zu wenig Weiterbildung älterer Menschen

Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen  
45- bis 54-Jährige



- Lebenslanges Lernen wird mit zunehmender Lebenserwartung immer wichtiger
- Bei einem Renteneintrittsalter von 61 Jahren ist der Anreiz zur Weiterbildung bei über 50-Jährigen gering
- Lohnentwicklung darf nicht mehr dem Senioritätsprinzip folgen

Deutsche Bank Research



## Zusammenfassung

- In den nächsten 25 Jahren geht das Erwerbspersonenpotenzial (ceteris paribus) um durchschnittlich 0,4% p.a. zurück. Das BIP-Wachstum liegt dann nur noch bei 1,2% p.a. (Status quo).
- Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung ungebrochen weiter. Jemand, der heute in Rente geht, wird im Durchschnitt 21 Jahre lang Rentenzahlungen beziehen.
- Um die Belastungen für die Wirtschaft zu dämpfen, müssen die Erwerbsbeteiligung Älterer und das Renteneintrittsalter erhöht werden.
- Dazu sind höhere Investitionen in Humankapital im Rahmen der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung nötig. Gleichzeitig muß der Arbeitsmarkt weiter flexibilisiert werden.

Deutsche Bank Research





**Prof. Dr. Christoph Butterwegge**

## **Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit (Thesen)**

Die demografische Entwicklung, d.h. die Veränderung der Bevölkerungs- und der Altersstruktur, kann nur bis zu einem bestimmten Grad wissenschaftlich exakt prognostiziert werden. Deshalb ist manche „bevölkerungswissenschaftliche“ Prognose eher Prophetie als exakte Berechnung. Mit dieser Form der Mathematik bzw. der Statistik wird ganz gezielt Politik gemacht. Dabei geht es nicht nur um objektive Daten und Fakten, sondern vor allem um deren subjektive Einschätzung. Was aus der Sicht eines Betroffenen positiv sein kann, z.B. eine steigende Lebenserwartung, stellt aus der Sicht neoliberaler Ökonomen einen negativen Faktor (Belastung des Wirtschaftsstandortes durch das Steigen der Rentenversicherungsbeiträge bzw. der gesetzlichen Lohnnebenkosten) dar.



**Christoph Butterwegge**

**Foto:FES**

Abgesehen davon, dass die langfristigen Prognosen der Bevölkerungswissenschaft selten zutrafen, weil z.B. die Zuwanderungsraten stark stiegen, ist ein demografischer Defätismus unangebracht, weil der Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen und die Gesetzliche Rentenversicherung im Besonderen auf einem Grundkonsens darüber beruhen, welcher Teil des Bruttoinlandsprodukts für Soziales ausgegeben wird und welche

Gesellschaftsschichten wie viel ihres Einkommens dafür abzweigen müssen. Statt darüber zu diskutieren, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur erwachsende Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden können, missbraucht man die angeblich drohende „Vergreisung“ zur Durchsetzung von Renten- und Sozialkürzungen.

In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die demografische Entwicklung vorwiegend als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Meist wird die demografische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, Rentenkürzungen und andere Maßnahmen. Demografie fungiert dabei als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Die Höhe der Renten hängt aber nicht von der Biologie, sondern der Ökonomie und der Politik ab. Entscheidend ist, wie viel gesellschaftlichen Reichtum eine Volkswirtschaft erzeugt und auf wen, d.h. auch auf welche Altersgruppen, man ihn wie verteilt. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines nicht mehr explosionsartig, aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein.

(Arbeits-)Produktivität, Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen wachsen trotz der Veränderung des Altersaufbaus. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel und seine Folgen solidarisch bewältigen, denn sie ist heute so reich wie nie. Was fehlt, ist eine soziale Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung sowohl von öffentlicher wie von privater Armut dient.

Nicht erst seit Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, mit seiner Forderung, man solle 85-Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke mehr finanzieren, das Sommerloch 2003 füllte, hat das Thema „Generationengerechtigkeit“ enorme Konjunktur. Begründet wird die Forderung nach mehr Solidarität zwischen den Generationen damit, dass die heutigen Alten gut situiert, die heutigen und die künftigen Jungen hingegen zu stark belastet bzw. ohne Aussicht auf eine ähnlich komfortable Absicherung im Wohlfahrtsstaat der Zukunft seien.

Man tut gut daran, die Plausibilität solcher fast schon zum Gemeingut avancierten Auffassungen zu hinterfragen. „Generationengerechtigkeit“ ist ein politischer Kampfbegriff, der dadurch neoliberale Vorstellungen im Hinblick auf einen weiteren Um- bzw. Abbau des Sozialstaates legitimieren hilft, dass ein sich aus anderen Gründen verschärfender Verteilungskampf zwischen gesellschaftlichen Klassen und Schichten zu einem „Generationenkrieg“ umgedeutet wird. Man reduziert soziale auf

demografische Probleme, d.h. letztlich auf biologische Prozesse, was sie einer Lösung im Interesse der großen Bevölkerungsmehrheit entzieht.

Was auf den ersten Blick einleuchtet, weil niemand etwas gegen Gerechtigkeit hat, erweist sich bei genauerem Hinschauen als ein semantisches Ablenkungsmanöver: Man spricht über „mangelnde Generationengerechtigkeit“, um über die soziale Ungleichheit in jeder Altersgruppe schweigen zu können. Die soziale Polarisierung, Folge der neoliberalen Modernisierung fast aller Lebensbereiche, wirkt freilich bei den Jüngeren nicht anders als bei den Älteren: Die zunehmende Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie geradezu dessen Kehrseite.

Rentenkürzungen sind mit Sicherheit kein Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“: Erstens treffen sie nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die gegenwärtig noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Zweitens haben sie negative Folgen im Hinblick auf das gesellschaftliche Engagement und die familialen Unterstützungsleistungen der Betroffenen, worunter die jüngeren Altersgruppen leiden würden. Auch die geplante Erhöhung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen der kommenden Generationen. Gerade wer in den Ruf nach Generationengerechtigkeit einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch Heranwachsende noch einen entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bisherige Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt es weiter zu verringern!

Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln; seine Buchveröffentlichung zum Thema: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen (Verlag Leske & Budrich, jetzt: VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2003.



## EINLADUNG UND PROGRAMM

### NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen

Schwerpunkt: Generationengerechtigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Reihe Impulse aus NRW möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung engagierte Bürgerinnen und Bürger, politische Akteure, Vertreter/innen von Verbänden und Initiativen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Medien zur Diskussion über die Chancen des demografischen Wandels in NRW einladen.

Wir freuen uns, dass **Birgit Fischer**, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, ihre Überlegungen und Thesen vorstellen wird zum Thema:

**Schwerpunkt: Generationengerechtigkeit**

**Mittwoch, 01. Juni 2005, um 17.00 Uhr**

**Gastronomie im Stadtpark Bochum**

**Klinikstraße 41-45, 44791 Bochum**

Die Gesprächspartner auf dem Podium sind:

Frau **Cornelia Daheim**, Trendbüro Z-Punkt GmbH, Essen

Herr **Prof. Dr. Dr. Karl W. Lauterbach**, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie, Universität Köln

Frau **Christiane Schönefeld**, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Düsseldorf

Moderation: **Elita Wiegand**, Journalistin, Düsseldorf

Wir würden uns freuen, Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen und bitten Sie, die ausgefüllte Anmeldung bis zum **25.05.2005** zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Wilke

Abt. Gesellschaftspolitische Information  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



### III. Generationengerechtigkeit

---

Veranstaltungsimpressionen

Bochum, 1. Juni 2005

Die Veranstaltung „NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen – Schwerpunkt: Generationengerechtigkeit“ fand am 01. Juni 2005 mit 100 interessierten Teilnehmern in der Gastronomie im Stadtpark Bochum statt. Bochum ist eine der Ruhrgebietsstädte, die von Bevölkerungsrückgang betroffen ist und in der 2020 fast ein Viertel mehr über 60-Jährige leben werden als heute. Im Rahmen eines räumlichen Entwicklungskonzeptes mit dem Titel „**Perspektive Bochum 2015**“ hat die Stadt bereits räumliche und städtebauliche Leitlinien entwickelt und damit begonnen über die zukünftige Stadtentwicklung mit Bürgern, Verbänden und Institutionen zu diskutieren.



v.l.: Karl W. Lauterbach, Birgit Fischer, Christiane Schönefeld und Elita Wiegand Foto: FES

Die Bevölkerungspyramide weicht dem Bild des Bevölkerungspilzes, das zumindest wird uns bildlich in Studien und Presseberichten vor Augen geführt. Doch was bedeutet dies ganz praktisch für unseren Alltag, für das Zusammenleben der Generationen: Welche Impulse und Rahmenbedingungen können bürgerschaftliches Engagement und aktive Teilhabe generationenübergreifend anregen? Auch die Arbeitsmarktsituation erfordert neue Lösungskonzepte, die in den Betrieben und Unternehmen umgesetzt

werden müssen. Wie kann eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden? Eine gerechte Gesellschaft des langen Lebens wird bisher ungenutzte Potentiale aller Generationen mobilisieren müssen.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die sozialen Sicherungssysteme? In welchen Bereichen lassen sich Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung etablieren?

Die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, **Birgit Fischer**, verdeutlichte in ihrem Eröffnungsvortrag, dass besonders für die Bereiche **Integration, Verbindung von Familie und Beruf und Zusammenhalt der Generationen, in Zukunft zentrale Visionen entwickelt werden müssen**. Die **Gesellschaft des langen Lebens** steht vor der Herausforderung in Zukunft die **Generationengerechtigkeit zu gewährleisten**, generationenübergreifendes Handeln zu ermöglichen und vorhandene Potentiale zu nutzen. Dabei ist das Besondere, dass es erstmals eine ältere Generation gibt, die einen eigenständigen Lebensabschnitt im Alter selbständig und weitgehend gesund erlebt und diesen dazu eigenständig gestalten kann.

**„Generationengerechtigkeit bedeutet, dass jede Generation in unserer Gesellschaft zu ihrem Recht kommen muss.“** Für die junge Generation bedeutet dies schwerpunktmäßig eine Sicherung von Bildung und Ausbildung und für die erwachsene Generation müssen existenzsichernde Tätigkeiten und lebensbegleitendes Lernen angeboten werden, damit die eigenen Lebensentwürfe realisiert und Veränderungsprozesse aktiv gestaltet werden können. Es wird künftig wichtig sein, dass die Politikbereiche zusammenarbeiten und ressortübergreifende Lösungen gefunden werden, was die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit dem Handlungskonzept „Den demografischen Wandel in Nordrhein-Westfalen gestalten“ realisiert hat. Eine Verbindung von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik wurde exemplarisch im Bereich der Seniorenwirtschaft aufgebaut, die Produkte und Dienstleistungen auch für die ältere Generation anbietet und damit auf die verbesserte Lebensqualität im Alter reagiert. Es entstehen in diesen Branchen zukunftsfeste Arbeitsplätze und innovative Kooperationen zwischen neuen Bündnispartnern. So kooperiert zum Beispiel eine Wohnungsbaugesellschaft vor Ort mit Wohlfahrtsverbänden, die Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen präzise einschätzen können. Auch die Gesundheitswirtschaft stellt sich vermehrt auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft ein, was zukünftig zur Sicherung der Lebensqualität im Alter beiträgt und die Sicherung weiterer Arbeitsplätze ermöglicht. Die Ministerin spricht in diesem Zusammenhang für Nordrhein-Westfalen von einem

## **Arbeitskräftepotential in den nächsten 10 Jahren von 100.000 Arbeitsplätzen in der Seniorenwirtschaft und 200.000 Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich.**

Nordrhein-Westfalen ist von den Folgen des demografischen Wandels früher und stärker betroffen als andere Länder, besonders das **Ruhrgebiet** erlebt eine Entwicklung der Gesellschaft, **die dem demografischen Wandel bundesweit ca. um 20 Jahre voraus ist.** „Die Chance liegt darin, dass das, was wir hier an Know-how und Potential entwickeln gleichzeitig dem Standort Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb zu anderen Ländern in Deutschland aber auch im internationalen Vergleich nutzt.“

Besonders im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen im Hinblick auf die niedrige Geburtenrate künftig flexible Konzepte entwickelt werden, die eine neue Balance von Arbeit und Leben, die so genannte **Work-Life-Balance** ermöglicht. Das beinhaltet Ganztagsbetreuungsangebote im Kindergarten, den weiteren Ausbau der offenen Ganztagschulen, der in Nordrhein-Westfalen bereits begonnen hat, aber darüber hinaus auch die Etablierung flexibler und familienfreundlicher Arbeitszeiten.

Eine weitere Herausforderung für die künftige Entwicklung der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen ist die **Integration der Migrantinnen und Migranten**, die ein großes Chancenpotential darstellt. Das Zusammenleben vieler unterschiedlicher Nationalitäten gilt es durch eine zielgerichtete Integrationspolitik zu fördern und dabei eine Anerkennungskultur zu schaffen, die es ermöglicht interkulturelle Erfahrungen tatsächlich einzubringen und zu nutzen.

**Cornelia Daheim**, vom Büro Z-Punkt GmbH in Essen, betone zunächst die Bedeutung der positiven Herangehensweise an Fragen des demografischen Wandels, die erst die Sicht auf Chancen und Perspektiven ermöglichen. Der **demografische Wandel** geht dabei Hand in Hand und steht in **Wechselwirkung mit Wertewandel, Veränderung der Arbeitswelten, gesellschaftlichem Wandel von Lebensstilen und Biografiemustern.** Die positiven Entwicklungen der verlängerten Lebenszeit müssen künftig stärker genutzt werden. Gleichzeitig ist vor dem Hintergrund einer gesünderen und aktiveren älteren Generation eine grundsätzliche Umorientierung in Bezug auf das Älterwerden nötig. Diese neue Reflektion und das Bewusstwerden des Wandels müssen sowohl die Generationenverhältnisse, als auch die Geschlechterverhältnisse einschließen.

Das führt zu neuen Herausforderungen, wie der Unterstützung neuer Familienformen und einer Umstrukturierung der Arbeitswelt. Zur gleichen Zeit ergeben sich neue wirtschaftliche Chancen zum Beispiel im Gesundheitssektor oder in den Bereichen Dienstleistung, Bildung und Freizeit. **Nordrhein-Westfalen steht als „Avantgarde“ für**

**die Mehrzahl der demografischen Entwicklungstendenzen und hat die Chance zu einer Modellregion zu werden.** Es existiert eine **Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum**, so dass Phänomene wie **Suburbanisierung, Flächenfraß, Entleerung und Verödung der Innenstädte** gleichermaßen auftreten und Lösungskonzepte erfordern. Diese werden bereits erfolgreich umgesetzt in Form von Initiativen und neuen Kooperationsformen, wie es die Ministerin am Beispiel der Seniorenwirtschaft deutlich gemacht hat.

**Christiane Schönefeld**, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit in Düsseldorf, sieht trotz einer Vielzahl von Projekten gerade zum Thema der älter werdenden Belegschaften wenig Anzeichen dafür, dass die Veränderungen des demografischen Wandels im Bewusstsein der Menschen angekommen sind. Gerade die **Bedeutung des lebenslangen Lernens** ist in den meisten Betrieben noch nicht realisiert. Es fehlen oftmals geeignete, auf die Betriebe abgestimmte Konzepte, die frühzeitig und konstant Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen, die zudem auf die jeweiligen Qualifikationen der Mitarbeiter zugeschnitten sind. Über die permanente Qualifizierung hinaus gehören auch **Konzepte wie regelmäßige Arbeitsplatzwechsel** zu den künftigen Ansatzpunkten im Bereich der Weiterbildung. Vorausschauende Personalpolitik zeigt sich zudem vornehmlich in erfolgreichen Unternehmen.

Professor Dr. Dr. **Karl W. Lauterbach**, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie an der Universität Köln, legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf **gesundheitsökonomische** bzw. **gesundheitspolitische Handlungsempfehlungen**. Neuste Erkenntnisse zeigen, dass eine höhere Qualifikation von Frauen nicht automatisch zu weniger Kindern führen muss, sondern ein wesentlicher Faktor in diesem Zusammenhang das Wertesystem der Gesellschaft darstellt. Somit gilt: **Je stärker die Gleichberechtigung ausgeprägt ist, um so höher ist die zu erwartende Kinderzahl je Frau.** Außerdem haben Männer, die Arbeitslosigkeit insbesondere in jungen Jahren erlebt haben verbunden mit einer niedrigen beruflichen Qualifikation, ebenso ein hohes Risiko kinderlos zu bleiben. Das bedeutet Bildung und Arbeitslosigkeit spielt eine viel größere Rolle als bisher angenommen, so dass im Bildungssystem zentrale Ansatzpunkte der Zukunft gefunden werden müssen. Dabei ist für Deutschland festzustellen, dass Kinder aus einkommensärmeren Schichten und Migrantenkinder noch immer eine eingeschränkte Chance haben, ihr volles Lern- und Ausbildungspotential zu realisieren. Hinzu kommt, dass Armut und Arbeitslosigkeit die wichtigsten sozialen Risikofaktoren für die Entwicklung chronischer Krankheiten und das Betroffensein von Unfällen darstellen. Um die **Spirale aus niedriger Bildung, hoher Morbidität, Arbeitslosigkeit und Armut zu**

**durchbrechen, ist Chancengleichheit beim Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem entscheidend.**

Die anschließende Diskussion mit dem Publikum führte zu interessanten und konkreten Praxisbeispielen auf kommunaler Ebene. **Cornelia Daheim** zeigte für den Bereich der betrieblichen Erfahrungsweitergabe auf, dass oftmals das Wissenspotential aufgrund fehlender Strukturen nicht weitergegeben kann. Durch die **Bereitstellung von Räumen und Arbeitszeit** besteht jedoch die Möglichkeit, solche Strukturen innerbetrieblich zu etablieren und dadurch Kosten für externe Referenten einzusparen. Des Weiteren ermöglichen **überbetriebliche Zusammenschlüsse**, dass verschiedene Pools ein breites Themenspektrum für die Weiterbildung abdecken können.

Auch **Ministerin Fischer** bemängelte, dass auf kommunaler Ebene oftmals systematische Ansätze fehlen. So existieren **momentan nur wenige Modellkommunen**, die durch gezieltes Familienmanagement, ein dichtes Netzwerk kommunaler Akteure und Beratungsstrukturen aufbauen und das Ziel einer lebendigen Stadt verfolgen. Diese Kooperationen zwischen Schulen, Kindergärten, Unternehmen und Initiativen können jedoch auf kommunaler Ebene die Weiterentwicklung von Stadtteilen initiieren und soziale Frühwarnsysteme etablieren.



## **Beiträge:**

**Birgit Fischer**

### **Veränderung des demografischen Wandels und Zukunft des Sozialstaates**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
in Deutschland reden wir oft über Probleme, über Schwierigkeiten und Risiken, denen wir begegnen. Darum freue ich mich umso mehr, dass wir heute über Chancen reden, über Ressourcen, über Impulse, die von Nordrhein-Westfalen ausgehen können, um auch Visionen zu entwickeln und die Gesellschaft zu gestalten. Gerade, wenn wir über Fragen des demografischen Wandels reden, wird schnell klar und offensichtlich, dass die Veränderungen die Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen maßgeblich beeinflussen werden. Es wird aber zugleich auch deutlich, dass wir darüber entscheiden, welche Richtung wir dieser Veränderung geben, das heißt, wie wir unsere Gesellschaft weiter entwickeln und wie wir unsere Gesellschaft verändern.



**v.l.: Karl W. Lauterbach, Birgit Fischer, Christiane Schönefeld, Elita Wiegand Foto: FES**

Ich freue mich darüber hinaus auch, dass ich heute noch als Ministerin hier stehe, zu deren Themengebiet gerade auch dieses Thema „Veränderung des demografischen

Wandels und Zukunft des Sozialstaates“ gehört. Es ist in der offiziellen Funktion heute mein letzter Tag als Ministerin, ab morgen bin ich nur noch geschäftsführend im Amt. Ich bin mir sicher, dass wir unsere Visionen zur Zukunft der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen auch in der Oppositionsrolle vertreten und Vorhaben verfolgen werden, die unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema *Demografischer Wandel* oder wie ich es formuliere *Gesellschaft des langen Lebens* ist mittlerweile im Bewusstsein der Menschen und auch in den Diskussionen angekommen. Es ist in Wirklichkeit ja kein neues Thema. Aber welche Veränderungsprozesse in Gang gesetzt werden und dass Veränderungen nicht zu verhindern und nicht zu vermeiden, bestenfalls zu gestalten kann sind, ist tatsächlich greifbar und spürbar geworden.

Folgende Indizien zeigen dies sehr deutlich: Bei einer Umfrage sagen 87 % der Deutschen, eine alternde Gesellschaft ist ein großes und sehr ernstes Problem. Mehr als zwei Drittel meinen, die Alterung der Gesellschaft ist eine Gefährdung für den eigenen Lebensstandard. Wir erleben eine öffentliche Diskussion und Debatte, bei der immer wieder negative Assoziationen mit dem Thema demografische Veränderung verknüpft werden. Dabei sind Schlagworte zu hören wie Krieg der Generationen, Vergreisung und Rentenflut oder auch die wahrzunehmende Stimmungsmache gegen Ältere wie: die ältere Generation lebt auf Kosten der jüngeren. Es ist von den Alten als Last die Rede. Viel zu selten machen Schlagzeilen die Chancen des demografischen Wandels und dieser gesellschaftlichen Entwicklung deutlich.

Dabei übersehen wir auch, welche Ursachen der demografische Wandel eigentlich hat. Sie gründen nämlich in einer ausgesprochen positiven Entwicklung. Der Hauptgrund ist schlicht und ergreifend die gestiegene Lebenserwartung. Wenn wir einmal 200 Jahre zurückschauen - und so riesig ist ein Zeitraum von 200 Jahren auch nicht, auch wenn wir ihn nicht persönlich erleben -, kann man feststellen, dass vor 200 Jahren, nämlich um 1800 die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen in Deutschland 30 Jahre betrug. 30 Jahre, ein Lebensalter, bei dem junge Menschen heute in der Regel erst ihren beruflichen Einstieg finden, erst ihre berufliche Karriere beginnen.

Wenn man 100 Jahre betrachtet, auch dann können wir feststellen, dass sich die Lebenserwartung vor 100 Jahren oder im Vergleich zur heutigen Zeit verdoppelt hat. Also eine ausgesprochen positive Entwicklung. Jeder wünscht sich, gesund alt zu werden und ein langes Leben. Unsere Lebensverhältnisse, unsere Lebensbedingungen, aber auch Arbeitsbedingungen haben sich so verändert, dass dies auch tatsächlich möglich ist. Heute liegt die Lebenserwartung bei Männern bei 75,6 Jahren, bei Frauen bei 81,3 Jahre. Die Zeitspanne, die uns zur Verfügung steht, hat

sich in den letzten 200 Jahren verdoppelt bzw. vervierfacht und wir wissen, dass die Prognosen noch weiter gehen. Beispielsweise sagt ein Bevölkerungswissenschaftler, im Jahr 2050 werden neugeborene Mädchen im Durchschnitt 100 Jahre alt. 2050 ist ja nicht mehr so ganz weit entfernt. Diese Entwicklung können wir beobachten. Eine andere Entwicklung zeigt deutlich, dass sich nicht nur die Lebensdauer verändert hat, sondern zugleich auch die Altersstruktur in unserer Gesellschaft.

1973 betrug der Anteil der Menschen im Alter von 60 Jahren und älter noch 18,7 %, 2002 waren es fast 25 %. Wir erleben also, dass sich heute die Altersstruktur erheblich verändert, dass zukünftig in Nordrhein-Westfalen ein Drittel der Menschen älter als 60 Jahre sein werden. Das werden dann 5 Millionen Menschen von heute 18 Millionen Einwohnern sein, allerdings bei einer dann rückläufigen Einwohnerzahl, die ca. bei 16 Millionen Menschen liegen wird; also 5 Millionen Menschen von 16 Millionen, die dann älter als 60 Jahre sein werden.

Wenn wir diese Veränderungsstrukturen sehen, wird offensichtlich, dass die zentralste Frage sein wird, wie leben die Menschen in so einer veränderten Gesellschaft zukünftig zusammen, wie sieht die gesellschaftliche Entwicklung aus. Es gibt drei zentrale Fragen, die dabei im Vordergrund stehen: das ist zum einen die Frage der Integration. Damit meine ich nicht nur die Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft, sondern die soziale Integration der Menschen mit jeweils ganz unterschiedlichen Lebensbedingungen und ganz unterschiedlichen Lebensverhältnissen. Das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Menschen und Lebenssituationen, wird die größte Herausforderung der nächsten Zeit sein. Wenn wir über Migranten und Migrantinnen reden, ist es offensichtlich, dass ein anderer kultureller Hintergrund, auch eine andere Religion, hier eine entscheidende Rolle spielen. Aber auch in der einheimischen Bevölkerung haben wir eine Vielfalt von unterschiedlichen Lebenssituationen, die integriert d.h. in einer Gesellschaft zusammengeführt werden müssen.

Die zweite große Herausforderung wird die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein sowie einer neuen Ausrichtung des Blicks auf Arbeit. Es gibt eben nicht nur Erwerbsarbeit sondern beispielsweise wird das bürgerschaftliche Engagement, das Ehrenamt eine größere Rolle spielen, so dass das Verhältnis von Erwerbsarbeit, von Familienarbeit, d.h. die Arbeit, die man braucht, um sich selbst und die Familie zu umsorgen, und das bürgerschaftliche Engagement sich mit Sicherheit verändern wird. Die Frage ist, wie können wir zu einem veränderten Verhältnis dieser unterschiedlichen Arbeitsbereiche beitragen und wie kann sich der Arbeitsbegriff dabei auch insgesamt verändern.

Das Dritte, das aufgrund der großen Altersspanne, d.h. der unterschiedlichen Lebensalter in unserer Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielt, ist natürlich der Zusammenhalt der Generationen und damit das Thema *Generationengerechtigkeit*. Wenn wir über Generationen reden, reden wir in Wirklichkeit über Familie, wir reden über die ganz Kleinen, die Kinder - Familie ist da, wo Kinder sind -, wir reden über die mittlere, über die so genannte Sandwichgeneration genauso wie über die ältere Generation. In einer Gesellschaft des langen Lebens entspricht das Leben im Rentenalter, also im letzten Lebensabschnitt, z.B. der Zeitspanne der ersten 30 Jahre, bis man in den Beruf startet. Das heißt, wir haben heute eine ältere Generation, die zum ersten Mal einen eigenständigen Lebensabschnitt im Alter selbständig erlebt, weitgehend gesund und den sie eigenständig gestalten kann. Das macht das besondere der Gesellschaft des langen Lebens aus und das macht auch die besonderen Chancen des gesellschaftlichen Zusammenlebens aus, wenn es gelingt, die unterschiedlichen Generationen wirklich zusammenzuführen und wenn ein generationsübergreifendes Handeln auch tatsächlich möglich wird.

Ich möchte zu zentralen Fragen der Generationengerechtigkeit in unserer Gesellschaft einige Beispiele nennen. Beispielhaftes gibt es im Bereich der Sozialversicherung und der Gesundheit, also bei Themen, die in aktuellen Diskussionen und Debatten der vergangenen Jahre eine Rolle gespielt haben und auch zukünftig spielen werden. Die Frage ist, wie können wir gewährleisten, dass gesundheitliche Leistungen auch zukünftig der Bevölkerung zur Verfügung stehen, dass ein Zugang zu diesen gesundheitlichen Leistungen besteht. Alleine mit dem heutigen Finanzierungssystem kann es nicht funktionieren. Die Gruppe derjenigen, die über ihre Erwerbstätigkeit und die entsprechenden Abgaben allein die Gesundheitsleistungen finanzieren, wird immer kleiner werden im Vergleich zu der immer größer werdenden Gruppe, die Gesundheitsleistungen in Anspruch nimmt. Wenn wir beispielsweise die frühere Rentnergeneration betrachten, die auch über ihre Rentenbeiträge die Krankenversicherung mitfinanzieren, stellen wir fest, dass diese Generation mit ihren Beiträgen 70% der selbst verursachten Kosten finanziert hat. Heute refinanzieren sie nur noch 40% der Kosten, da die Gruppe der Leistungsempfänger dieser Altersgruppe größer geworden ist. Das heißt, hier ist ein eindeutiges Missverhältnis zu Lasten der jüngeren Generation entstanden. Man muss also zu einer anderen Finanzierung der Gesundheitsleistungen insgesamt kommen. Ich gehe darauf jetzt nicht im Detail ein, weil das gleich in der Diskussion und auch bei Karl Lauterbach noch eine Rolle spielen wird.

Das zweite große Thema im Rahmen der Sozialversicherung, bei denen dieses Missverhältnis und damit zugleich die Veränderungsnotwendigkeit deutlich werden, zeigt die Debatte um die Sicherheit der Renten. Auch hier kann man feststellen, dass

wir die Rentenfinanzierung zukunftsfest machen d.h. verändern müssen, da sonst künftig ein Erwerbstätiger einen Ruheständler finanzieren müsste. In den 70er Jahren war das Verhältnis noch 3:1 drei Erwerbstätige finanzieren einen Ruheständler. Daher wird deutlich, dass die in den vergangenen Jahren angestoßen Reformen, das Rentenniveau im Grunde nicht weiter zu erhöhen, sondern stabil zu halten und die Frage der eigenständigen Altersvorsorge und auch das Stoppen der Frühverrentung zentrale Fragen waren, die gelöst werden mussten, um im Grunde die sozialen Versicherungssysteme stabil zu halten bzw. zukunftsfest zu machen.

Bei all diesen Fragen bleibt bisher unberücksichtigt, dass es oft von der älteren zur jüngeren Generation immense materielle und auch immaterielle Transferleistungen gibt, beispielsweise über Geldleistung an jüngere Generationen aber auch z.B. durch die Betreuung der Enkel. Das gleiche gilt für das bürgerschaftliche Engagement gerade dieser Altersgruppe. Es ist eine Ressource und ein Wert für unsere Gesellschaft, die bisher zu wenig Anerkennung gefunden haben, zu wenig wertgeschätzt wird und selten positiv als Chance und Ressource gesehen wurden.

Man muss deutlich darauf verweisen, dass Generationengerechtigkeit sich nicht allein an finanziellen Lasten oder finanziellen Leistungen festmachen lässt. Es kommt vielmehr darauf an, dass Kindern auch später als Erwachsene der Einstieg in den Beruf gelingt. Es kommt darauf an, dass diejenigen, die erwerbstätig sind, auch die Chance haben, möglichst lange erwerbstätig zu sein und ihre Existenz durch eigene Arbeit bestreiten können. Entscheidend ist dabei auch ein neues Verständnis von der Gesellschaft und vom gesellschaftlichen Zusammenleben, in der Familien-, Erwerbs- und Freiwilligenarbeit, also bürgerschaftliches Engagement neu definiert aber auch neu verteilt werden muss. Es muss uns gelingen, dass die Potentiale der einzelnen Bevölkerungsgruppen auch tatsächlich zur Geltung kommen und in unserer Gesellschaft genutzt werden.

Generationengerechtigkeit bedeutet also, dass jede Generation in unserer Gesellschaft zu ihrem Recht kommen muss. Kindern und Jugendlichen eine Ausbildung zukommen zu lassen - Stichwort Bildungschancen - sie optimal zu fördern, Erwachsenen eine Existenz sichernde Tätigkeit anzubieten, Frauen und Männern zu ermöglichen, ihre eigenen Lebensentwürfe auch tatsächlich zu realisieren und eine Familiengründung auch zu unterstützen, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen und die Voraussetzung zu schaffen für ein lebensbegleitendes Lernen, für eine lebensbegleitende Weiterbildung, die hilft, Veränderungsprozesse aktiv mitzugestalten anstatt sich nur anzupassen. Die Frage der Teilhabe, der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten und damit die Frage der Bürgergesellschaft ist eine der zentralsten Herausforderungen, vor denen wir heute und in Zukunft stehen werden.

Dazu bedarf es gleichzeitig der Unterstützung und Hilfe im Sinne von Selbsthilfe und im Sinne von Unterstützung der Eigenständigkeit und der eigenen Kompetenz, um das eigene Leben in den unterschiedlichsten Lebenssituationen und Konfliktlagen selbst zu meistern und selbst in die Hand zu nehmen. Unterstützungs- und Hilfestrukturen müssen das Ziel haben, die Selbständigkeit zu stärken und dürfen nicht auf Fürsorge für den anderen beschränken. Sie müssen das Ziel der Entwicklung und Stärkung der Eigenkompetenz verfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die aufgeworfenen Fragen weisen darauf hin, dass wir eine Familienpolitik brauchen, eine familienfreundliche Gesellschaft, die alle Generationen im Blick hat, die die Chance bietet, die eigenen Lebensentwürfe auch tatsächlich leben zu können. Dies muss die Grundlage sein für die Beeinflussung der politischen Entwicklung in den unterschiedlichsten Politikbereichen. Der demografische Wandel und damit die veränderte Situation der Gesellschaft ist nichts, was man in einem Politikbereich abarbeiten und lösen kann. Es entsteht die Notwendigkeit, den Einfluss der verschiedenen Politik- und Ressortbereiche zu erkennen. So verändert der demografische Wandel die Familiensituation genauso wie die wirtschaftliche Situation, die Gesellschaft genauso wie die Stadtplanung oder die Infrastruktur in einer Stadt. Den Wandel erfolgreich zu begleiten, ist also die Zukunftsaufgabe. Dabei geht es darum, die Chancen des langen Lebens zu nutzen und den Risiken, die ein Wandel mit sich bringt, zu begegnen. Die gesamte Entwicklung ist also kein Grund um Angst vor Veränderungen zu haben, sondern es ist eine Aufforderung, sie zu gestalten.

Die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat deshalb für ihre Politik dazu ein Handlungskonzept in ihren Ressortbereichen entwickelt. Wir haben gesagt, alle Entscheidungen, die zu treffen sind, müssen zukünftig auch darauf hin abgeklopft werden, wie sie die demografische Entwicklung beeinflussen. Werden Antworten auf die zukünftigen Entwicklungen der Gesellschaft gegeben? Sind die angestrebten Lösungen und Lösungsstrategien tauglich und nachhaltig wirksam? Wir haben in den einzelnen Politikfeldern, ob es nun Wirtschaft oder Umwelt, Soziales oder Stadtplanung ist, versucht festzulegen, welches die Zukunftsaufgaben sind, die sich aus dieser Sichtweise herauskristallisieren. Welche Bedeutung hat beispielsweise die demografische Veränderung im Bereich der Wirtschaft. Die Innovationsfähigkeit, das heißt die Veränderungsfähigkeit, die Kreativität in unserer Gesellschaft, wird maßgeblich davon abhängen, ob wir in der Lage sind, aus unserem Wissen heraus über Bildung und über Erfahrung auch Kreativität zu entwickeln und ob wir Menschen die Möglichkeit geben, ihre Kreativität und damit ihre Innovationskraft auch tatsächlich einzubringen in Veränderungen und in Entwicklungen. Um nur ein Beispiel zu nennen: wir werden es uns nicht leisten können und dürfen, die Potentiale gerade der älteren Menschen heute brach liegen zu lassen und Ältere z.B. in den Ruhestand

abzuschieben. Wir müssen uns fragen, wie wir die Potentiale gerade dieser Generation auch im beruflichen und im gesellschaftlichen Bereich nutzen können. In 15 Jahren wird ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in nordrhein-westfälischen Firmen älter sein als 50 Jahre. Ihr Anteil an den Beschäftigten wird sich gegenüber heute fast verdoppeln. Betriebe müssen sich also bereits heute darauf einstellen und für geeignete Arbeitsbedingungen sorgen. Eine wechselnde Mitarbeiterschaft braucht und muss ihre Arbeitsmöglichkeiten, die Arbeitszeitgestaltung, auch die Organisation der Arbeit darauf hin ausrichten, dass sie tatsächlich das Fachwissen, das Erfahrungswissen, die Ressourcen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzt und muss zugleich Arbeitsbedingungen bieten, die dies auch wiederum ermöglichen.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird sich auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen müssen, aber auch das ist nicht per se eine negative Entwicklung. Wir brauchen, um es mal einfach zu sagen, in einer älter werdenden Gesellschaft z.B. weniger Kinderwagen aber wir brauchen mehr Produkte und Dienstleistungen für die Zielgruppe der älteren Generation. Damit ist keine Bewertung der Kinderwagen oder anderer Produkte verknüpft aber wir müssen uns auf diese Veränderung einstellen. Die Lebensphase nach der Berufstätigkeit erleben die meisten Menschen heute als eine Zeit voller Aktivitäten und voller Lebenszufriedenheit. Das ist das neue an dieser neuen älteren Generation und darum sind gerade Themen wie beispielsweise die Seniorenwirtschaft außerordentlich wichtig, die zwei Dinge gleichzeitig versucht, nämlich Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik miteinander zu verbinden.

Aus der Sozialpolitik heraus, sprich aus den Bedürfnissen der Menschen heraus zu definieren und zu fragen: wie wollen Menschen leben? - was brauchen sie dazu? - was brauchen sie dabei an Unterstützung, an Hilfestellung?, seien es Dienstleistungen oder Produkte, die ihnen ein Leben so ermöglichen, wie sie es sich wünschen und vorstellen, ist dabei der erste Schritt. Gleichzeitig erwächst daraus die Möglichkeit, neue Dienstleistungen, neue Produkte und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen, die zukunftsfest sind. Und genau das ist die Entwicklung, die ich als Sozialministerin gemeinsam mit der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen forciert habe, um beispielsweise gemeinsam mit einer Wohnungsbaugesellschaft Wohnraum umzugestalten. Wir erleben eine Wohnungsbaugesellschaft, die plötzlich mit Wohlfahrtsverbänden zusammen arbeitet, die nämlich aufgrund ihrer Erfahrungen die Interessenlage und Bedürfnisse älterer Menschen eher kennen. Hier entstehen neue Kooperationen, neue Bündnispartner, die im Grunde versuchen, neue Arbeitsfelder zu entwickeln und gleichzeitig damit auch einen neuen Input in die Sozialpolitik insgesamt geben.

Eine ähnliche Entwicklung verläuft im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Eine älter werdende Gesellschaft mit einer wachsenden Anzahl chronisch erkrankter Menschen, auch mehrfach erkrankter Patientinnen und Patienten braucht andere und braucht mehr gesundheitliche Leistungen, als eine jüngere Gesellschaft. Dies zugleich als Chance zu sehen, um die Lebensqualität im Alter zu sichern, um eben gesund alt zu werden und dabei gleichzeitig auch die Potentiale für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu sehen, hier auch neue Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sichern, ist exakt das, was wir hier in Nordrhein-Westfalen verfolgt haben in den letzten Jahren und auch weiter verfolgen werden.

Wir haben in beiden Bereichen, die ich gerade genannt habe, in der Seniorenwirtschaft ein Arbeitskräftepotential in Nordrhein-Westfalen in den nächsten 10 Jahren von 100.000 Arbeitsplätzen, im Gesundheitsbereich von ca. 200.000 Arbeitsplätzen. Das heißt, dies sind genau die Zukunftsbranchen, die abstellen auf die Lebensqualität der Menschen und gleichzeitig sichere Arbeitsplätze ermöglichen. Arbeitsplätze, die eben nicht verlagert werden können ins Ausland, sondern die hier in unserer Gesellschaft, das heißt auch hier in Nordrhein-Westfalen entstehen können und gefördert werden müssen.

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist diese Entwicklung darum von besonderer Bedeutung, weil wir vor allem im Ruhrgebiet eine Entwicklung der Gesellschaft haben, die dem demografischen Wandel bundesweit ca. um 20 Jahre voraus ist. Die Chance liegt darin, dass das, was wir hier an Know-how und Potential entwickeln gleichzeitig dem Standort Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb zu anderen Ländern in Deutschland aber auch im internationalen Vergleich nutzt. Darum haben wir sowohl im Bereich der Gesundheitswirtschaft als auch im Bereich der Seniorenwirtschaft versucht, dieses Themenfeld nicht nur in Nordrhein-Westfalen aufzugreifen, sondern auch im Rahmen einer europäischen Konferenz zu thematisieren. Wir versuchen Bündnispartner in Europa zu finden, weil nämlich alle Industrienationen ähnliche Fragestellungen haben und wir unser Know-how und unsere Ansätze weiter tragen und mit europäischen Partnern zusammen umsetzen wollen.

Ich komme zu einem weiteren Beispiel im Rahmen der demografischen Entwicklung, das unbedingt angesprochen werden muss. Wir werden nämlich nicht nur älter sondern auch weniger, weil die Geburtenrate tendenziell abnimmt. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Geburtenrate eher stabil geblieben. Sie liegt bei 1,3 Neugeborenen je Frau. Wir erleben aber, dass gerade bei uns in Deutschland Beruf und Familie nicht miteinander vereinbar sind, dass insbesondere Frauen in Führungsfunktionen eher ganz auf Kinder verzichten. Das besonders auffällige an Deutschland ist, dass wir nicht nur eine geringe Geburtenrate haben, sondern dass wir eine hohe Anzahl junger

kinderloser Paare haben. Das unterscheidet uns von anderen europäischen Ländern, bei denen auch die Geburtenrate rückläufig ist. Unsere primäre Aufgabe besteht darin, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und zu einer neuen Balance von Arbeit und Leben also zu einer neuen Work-Life-Balance zu kommen. Zu den vorrangigen Aufgaben gehören daher Ganztagsbetreuungsangebote im Kindergarten, Kindergartenplätze auch für unter Dreijährige sowie die Einrichtung von Ganztagschulen, die wir es bereits mit dem Kindergartengesetz und der offenen Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen begonnen haben. Es gehören aber auch veränderte Arbeitszeiten und eine andere Arbeitsorganisation in den Betrieben dazu, die familienfreundlicher sind. In Deutschland bestehen flexible Arbeitszeiten oft nur in klassischen Teilzeitangeboten am Vormittag oder Nachmittag anstatt kreative Formen zu entwickeln, die tatsächlich eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und dabei die unterschiedlichsten Möglichkeiten je nach Branche auch auszunutzen und auszuschöpfen.

Wir brauchen eine Situation, in der es Frauen möglich ist, ohne schlechtes Gewissen berufstätig zu sein und in der es Vätern möglich ist, ohne berufliche Stigmatisierung auch Familienaufgaben wahrzunehmen. Junge Männer und Frauen wollen heute gleichermaßen Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Wir brauchen daher auch ein neues Rollenbild für Väter und zwar weniger bei den Vätern selber, die haben es bereits, sondern in den Betrieben und in ihrem beruflichen Bereich. Sie müssen auch die Familienarbeit und Familienaufgaben als eine Aufgabe von Männern wahrnehmen und sich entsprechend darauf einstellen. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt eindeutig, dass die Wirtschaft auf Fachkräfte angewiesen ist, auf die gut ausgebildeten Männer und die gut ausgebildeten Frauen gleichermaßen. Daher gibt es ein originäres Eigeninteresse der Wirtschaft, sich mit ihren Arbeitszeiten und ihrer Arbeitsorganisation auch auf die Bedürfnislage dieser Fachkräfte einzustellen.

Wir kommen wirklich zu einer Chancenpolitik, wenn wir die Interessen der Kommunen sehen, familienfreundliche Städte und Gemeinden zu gestalten, in denen Menschen gerne mit ihren Kindern leben, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen und zugleich Fachkräfte an die eigene Kommune zu binden, die wiederum für Betriebe und Unternehmen interessant und von großer Bedeutung sind. Es gibt, eine gute Möglichkeit, Familienpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik als sich ergänzende Aufgabenbereiche zu sehen und Maßnahmen weiter zu entwickeln, um so zu einer veränderten Gesellschaftsstruktur einen aktiven Beitrag zu leisten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißt, dass man neben dem partnerschaftlich orientierten Rollenbild und der Ganztagsbetreuung in Schule und Kindergarten gleichzeitig verbesserte Unterstützungsleistungen in der Pflege braucht. Gerade in einer

älter werdenden Gesellschaft spielt dieses Thema eine maßgebliche Rolle. Wir brauchen also neue Hilfe-, Beratungs- und Unterstützungssysteme für Familien und wir brauchen auch einen noch früheren Berufseinstieg für junge Menschen und ein lebensbegleitendes Lernen. Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen damit begonnen, neben der Kinderbetreuung und Ganztagschulen auch das Abitur nach 12 Jahren einzuführen, in Universitäten Bachelor- und Masterstudiengänge einzuführen, die einen früheren Berufseinstieg ermöglichen.

All diese Einzelmaßnahmen gehören zur gesamten Facette von Antworten und Lösungen, um tatsächlich die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen und zu einer Generationengerechtigkeit zu kommen, die ein menschliches und friedfertiges Zusammenleben in unserer Gesellschaft ermöglicht.

Es gibt ein Gutachten des Familiensoziologen Professor Dr. Hans Bertram über nachhaltige Familienpolitik, das er für die Bundesfamilienministerin vorgelegt hat. Auch er kommt eindeutig zu dem Schluss, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen und Lebensentwürfe von Frauen in den unterschiedlichsten Politikbereichen berücksichtigt werden müssen, um ihnen tatsächlich gerecht zu werden und um positiv Einfluss auf demografische Entwicklungen zu nehmen. Bertram kritisiert ebenfalls die überlangen Ausbildungszeiten und die überlangen Studienzeiten, die dazu führen, dass junge Leute lange Zeit ökonomisch abhängig von ihren Eltern leben und das Zeitfenster für die Familiengründung immer stärker eingrenzt. Er bezeichnet die Lebensphase junger Familien als so genannte rush hour, in der eigene Lebensentwürfe in einem engen Zeitfenster realisiert werden müssen: die Ausbildung abschließen, eine berufliche Karriere zu beginnen, eine Familie zu gründen und sich möglichst so positionieren, dass man im Beruf ein gutes Standing hat, denn mit 40-50 Jahren bestehen kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Genau diese Situationen, müssen wir verändern. Wir müssen zu einer Entzerrung dieser Lebensphasen kommen. Dazu brauchen wir solche ineinander greifende Maßnahmen, die ich beispielhaft gerade geschildert habe.

Die Frage der Integration von Migrantinnen und Migranten spielt wiederum hierbei eine sehr zentrale Rolle. Auch hierin liegen erhebliche Chancen für die Entwicklung unserer Gesellschaft weil sie eine jüngere Altersstruktur aufweisen und weil sie Ressourcen in unsere Gesellschaft einbringen, die in einer globalisierten Welt eine entscheidende Rolle spielen. Gerade bei uns in Nordrhein-Westfalen, leben viele Menschen, die aufgrund ihres kulturellen Hintergrundes, aufgrund einer anderen Religion und aufgrund anderer Sprachkenntnisse für uns die besten Voraussetzungen und Kenntnisse bieten, um international agieren zu können und um sich in einer globalen Welt zurecht zu finden. Voraussetzung ist allerdings, dass man die Chancen der Integration auch tatsächlich nutzt, unterstützt und fördert. Dazu gehört die Sprachförderung der Kinder

genauso wie die Anerkennung der gelingenden Integration in Wirtschaft und Verwaltung. Um die Chancen dieser Entwicklung aufzuzeigen, haben wir eine Kampagne in Nordrhein-Westfalen *Chancen in Wirtschaft und Verwaltung* gestartet.

Hilfreich war darüber hinaus das Zuwanderungsgesetz. Wir haben in Deutschland zum ersten Mal Schluss gemacht mit der Fiktion, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Das war die Grundvoraussetzung, um Zuwanderung überhaupt positiv zu gestalten, zu entwickeln und weiter zu fördern. Bisher haben wir Zuwanderung immer als Problem betrachtet, das es zu lösen galt. Wir haben aber die Chancen dieser Entwicklung für unsere Gesellschaft nicht genutzt. Die Tatsache, dass gerade in Nordrhein-Westfalen viele unterschiedliche Nationalitäten leben, bietet uns vor allem die Chance, mit einer zielgerichteten Integrationspolitik auch eine Anerkennungskultur zu entwickeln und die interkulturellen Erfahrungen, die Migrantinnen und Migranten mitbringen, auch zu nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum letzten Aspekt, den ich kurz anreißen möchte, weil er maßgeblich zu den Chancen einer Gesellschaft des langen Lebens gehört. Ich meine die ältere Generation, die eine neue Ressource in unser gesellschaftliches Zusammenleben einbringt, nämlich die Bereitschaft und die Möglichkeit zum bürgerschaftlichen Engagement. Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft werden wir nur im positiven Sinne gelingend gestalten können, wenn Menschen sich einbringen, wenn sie Veränderungen selbst gestalten, wenn sie ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen; das heißt: wenn wir ein Bürgerengagement entwickeln, für Fragen, für Probleme und für notwendige Problemlösungen. Bürgerinnen und Bürger übernehmen Verantwortung für sich und für andere. Sie gestalten ihren Lebensalltag im Zusammenleben mit anderen selbst. Wir haben eine ältere Generation, die zum ersten Mal einen großen Zeitabschnitt zur Verfügung hat, der es ermöglicht, sich aktiv einzubringen. Diese Generation bringt Lebens- und Berufserfahrung ebenso mit, wie das Interesse und die Motivation, etwas Sinnvolles auch im Alter tun zu wollen, um aktiv mitzuwirken und Nützliches zu leisten. Dabei hat der Staat aber den Beitrag zu leisten, die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements zu fördern und zu unterstützen. Diese Entwicklung zu fördern, hat die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen als weiteren Themenschwerpunkt in ihrem Aufgabenspektrum wahrgenommen.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine der Perspektiven und der Zukunftsschlüssel, die helfen, eine aktive Gesellschaft zu forcieren und die notwendige Kreativität und Innovationen ermöglichen. Das Ziel dabei ist - und damit schließe ich - eine aktive Bürgergesellschaft. Im Umkehrschluss ist damit unweigerlich das Ziel bzw. die Aufgabe

verknüpft, einen starken sozialen Bürgerstaat zu entwickeln, der sich als „Dienstleistungsstaat“ für eine Bürgergesellschaft versteht.

Genau dies sind die Chancen des demografischen Wandels und die Chancen der Generationengerechtigkeit in unserer Gesellschaft, die wir herstellen und nutzen können. Nur aufgrund dieser neuen Altersstruktur und aufgrund des gesellschaftlichen Fortschritts haben wir diese Chancen der Weiterentwicklung zur Bürgergesellschaft mit Hilfe eines starken sozialen Bürgerstaates. Es liegt an uns, ob wir diese Chancen wahrnehmen, ausbauen und nutzen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Cornelia Daheim**

## **Thesen zum demografischen Wandel**

„Die Zukunft ist leider auch nicht mehr das, was sie einmal war.“

Paul Valery

1. Dominante Zukunftsängste und „grau-in-grau Szenarien“ versperren die Sicht auf Chancen, hemmen Handlungsimpulse und Umsetzungsmut



v.l.: Christiane Schönefeld, Elita Wiegand und Cornelia Daheim

Foto: FES

2. Demografischer Wandel geht Hand in Hand und steht in Wechselwirkung mit Wertewandel, Veränderung der Arbeitswelten, gesellschaftlichem Wandel von Lebensstilen und –Biografiemustern. Er ist kein Damoklesschwert und sein Verlauf sowie seine Konsequenzen sind einschätzbar, jedoch nicht per se negativ oder unbeeinflussbar.
3. Chancen des demografischen Wandels bestehen z. Z. vor allem in
  - einer neuen Reflektion des Geschlechter- wie des Generationenverhältnisses sowie der Gender-Konstellationen, z.B. in Bezug auf Familie und Arbeit – Soziale Innovation im weitesten Sinne

- neuen wirtschaftlichen Chancen (z.B. Gesundheitssektor, Dienstleistung, Bildung und Freizeit)
  - Umstrukturierung der Arbeitswelt
4. NRW steht „prototypisch“ und als „Avantgarde“ für die Mehrzahl der demografischen Entwicklungstendenzen:
- Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum
  - Suburbanisierung / Flächenfraß und Entleerung / Verödung der Innenstädte
  - Dieser Prototypenstatus bietet die Chance zur Vorreiterregion / Modellregion zu werden
  - Positive Beispiele: Initiative ARBIT, Initiative Seniorenwirtschaft etc.

Kontakt:

Cornelia Daheim, Project Director International Research

Z\_punkt GmbH The Foresight Company, Bullmannau 11, 45327 Essen

Email: [daheim@z-punkt.de](mailto:daheim@z-punkt.de) ; <http://www.z-punkt.de>

Professor Dr. Dr. Karl W. Lauterbach

## **Die Chancen des demographischen Wandels nutzen: Eine gesundheitsökonomische Perspektive des demographischen Wandels**

Alle westeuropäischen Industriestaaten verzeichnen sinkende Geburtenzahlen. Als Ursache dafür werden häufig der Aufbau eines staatlichen Alterungssicherungssystems, die gestiegenen Kosten für Kinder durch längere und teurere Ausbildungszeiten sowie die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen genannt. Trotz des scheinbaren Konsenses über die Ursachen haben sich die Geburtenzahlen in westeuropäischen Ländern mit vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen und Entwicklungsstand unterschiedlich entwickelt. Sie schwanken zwischen 1,9 Kindern pro Frau in Island und Frankreich bis zu 1,25 Kindern je Frau in Spanien und Italien. Deutschland liegt in der Geburtenzahl im unteren Drittel.



**Karl W. Lauterbach und Birgit Fischer**

**Foto: FES**

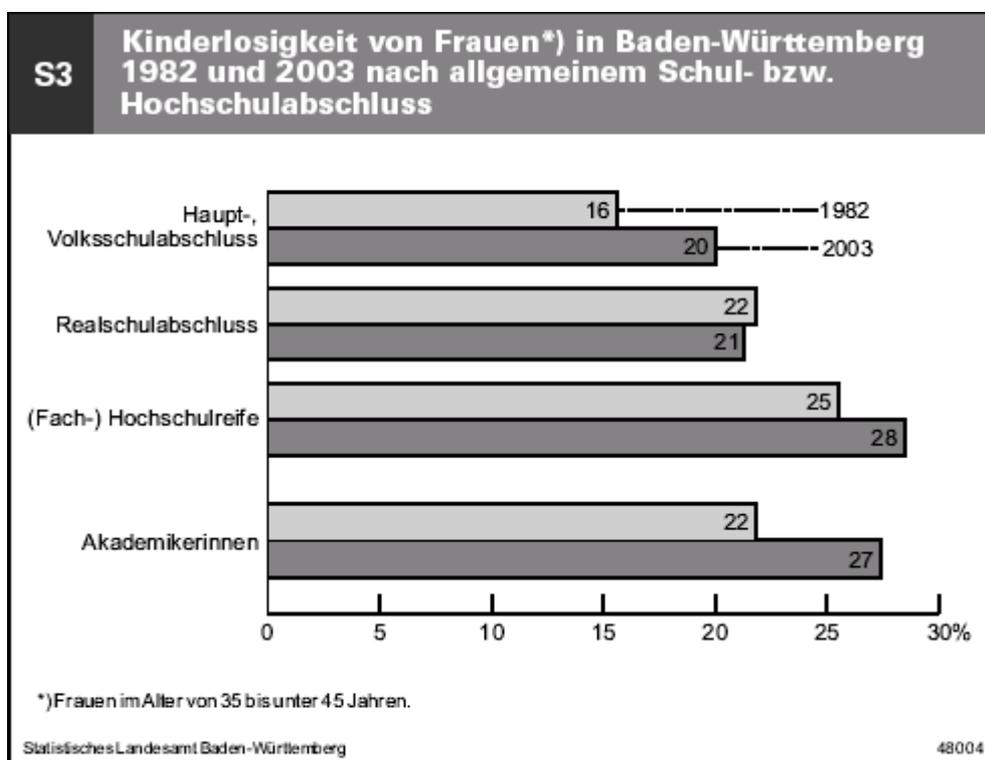
Die zu erwartenden Auswirkungen des demographischen Wandels werden aus gesellschaftlicher, medizinischer und ökonomischer Perspektive bereits breit diskutiert. Die Anpassung des Dienstleistungsmarktes an eine alternde Gesellschaft, die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, der steigende Bedarf an

pflegerischen und medizinischen Leistungen ist nicht Gegenstand dieses Referates. Der folgende Beitrag beschränkt sich auf die Ableitung gesundheitsökonomischer bzw. gesundheitspolitischer Handlungsempfehlungen als Antwort auf den demographischen Wandel.

### These 1: Höhere Qualifikation von Frauen bedeutet nicht automatisch weniger Kinder

Für den starken Geburtenrückgang in Deutschland wird häufig ein sog. „Gebärstreik“ der Akademikerinnen verantwortlich gemacht. Tatsächlich weisen Akademikerinnen eine höhere Kinderlosigkeit auf als Nicht-Akademikerinnen (Abbildung 1).

Abbildung 1: Kinderlosigkeit bei Frauen in Baden-Württemberg 1982 und 2003



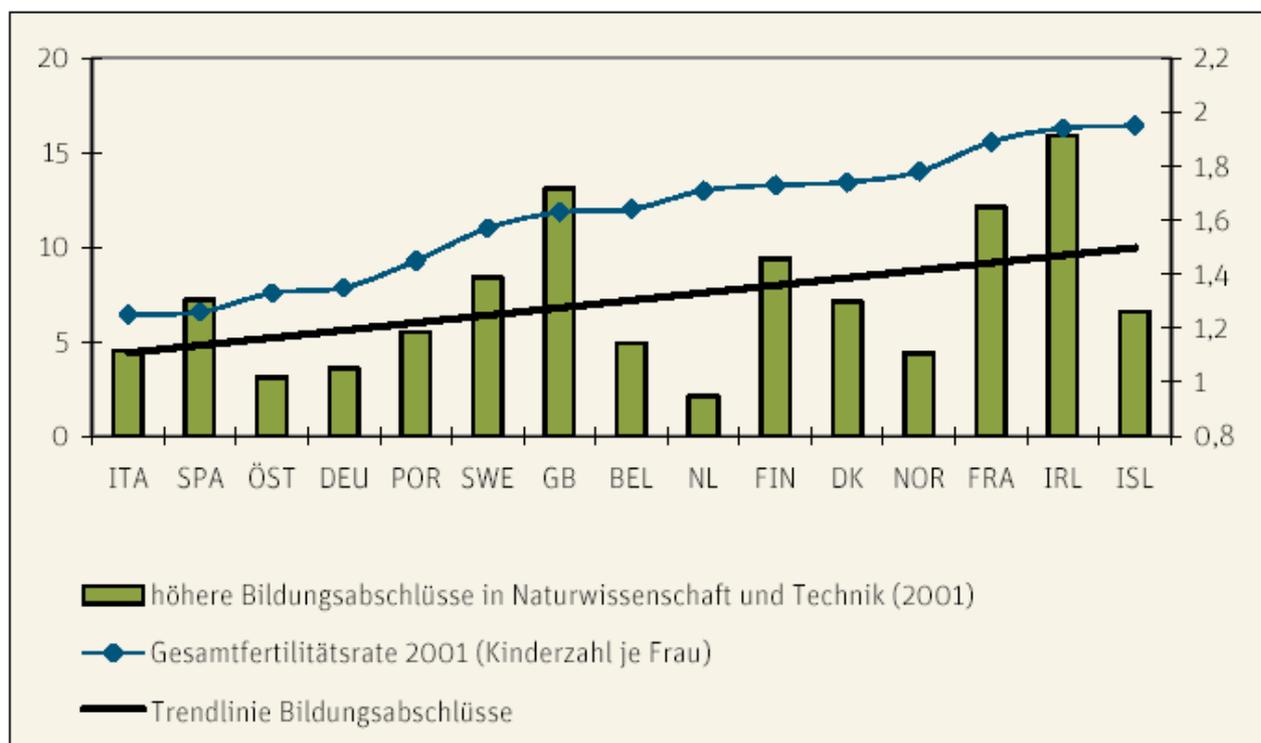
Quelle: [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag04\\_10\\_01.pdf](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag04_10_01.pdf) (June 29, 2005)

Neuere Studien geben jedoch Hinweise darauf, dass nicht die Emanzipation von Frauen mit höherer Qualifikation per se mit niedrigen Geburtenraten korreliert, sondern die Konstellation Emanzipation von Frauen in einem Gesellschaftssystem, das in einem traditionellen Wertesystem verharrt. So ziehen sich beispielsweise in keinem anderen westeuropäischen Land so viele Mütter nach Ankunft des ersten oder zweiten Kindes aus dem Erwerbsleben zurück wie in Deutschland. Je stärker die Gleichberechtigung ausgeprägt ist, um so höher ist die zu erwartende Kinderzahl je Frau. Dies zeigt sich beispielsweise an dem Anteil der 20- bis 29-jährigen Frauen, die in traditionellen

Männerdomänen tätig sind, wie dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Länder mit einem hohen Prozentsatz von Frauen in diesem Bereich wie z.B. Schweden, haben tendenziell höhere Geburtenraten als Länder mit einem niedrigen Prozentsatz von Frauen mit Abschlüssen in diesem Bereich (Abbildung 2)

Eng korreliert mit niedrigen Geburtenraten, wie sie z.B. in Italien und Spanien zu finden sind, sind eine geringe Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-jährigen Frauen unabhängig von der sozialen Schicht sowie eine hohe Arbeitslosigkeit von Frauen. Frauenarbeitslosigkeit und Frauenerwerbsquote können als Indikatoren für die Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern gesehen werden. Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht nur bei Frauen, sondern auch bei Männern ein wichtiger Risikofaktor für Kinderlosigkeit. So haben Männer, die Arbeitslosigkeit insbesondere in jungen Jahren erlebt haben verbunden mit einer niedrigen beruflichen Qualifikation ein hohes Risiko kinderlos zu bleiben.

Abbildung 2: Korrelation von Bildungsabschlüssen von Frauen in traditionellen Männerdomänen und Fertilität je Frau

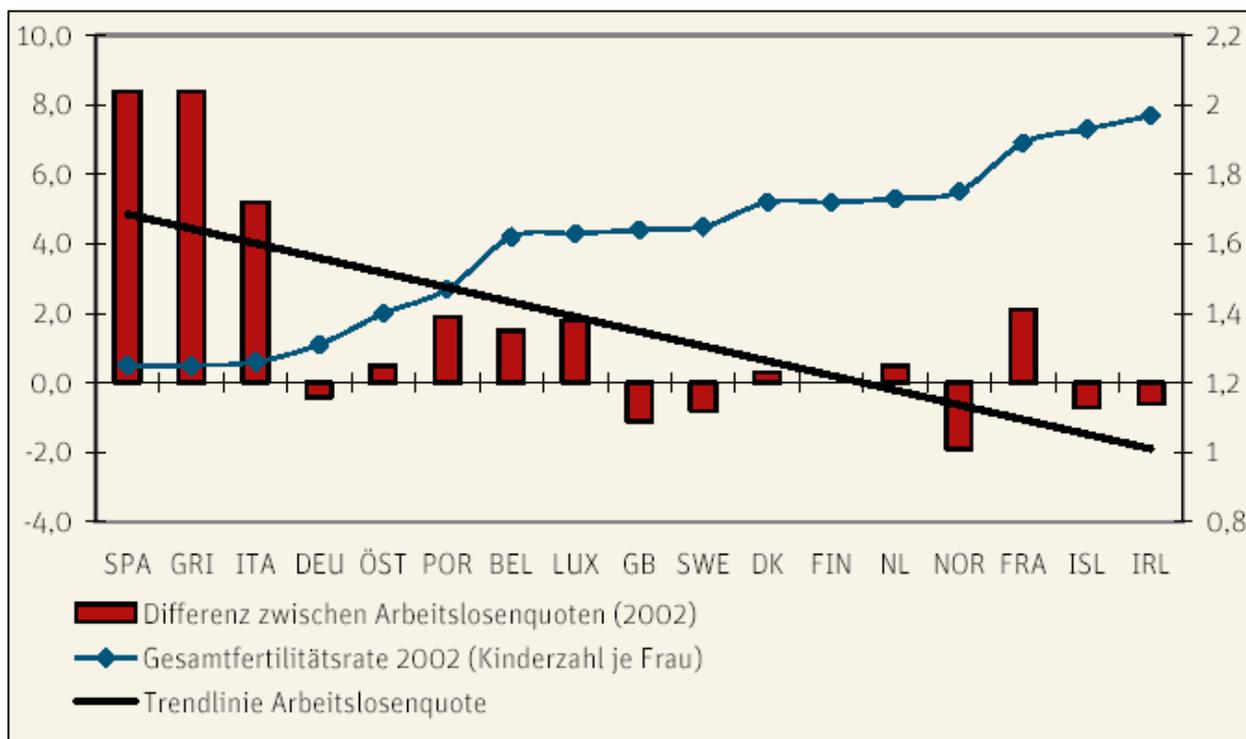


Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

## These 2: Bildung und Arbeitslosigkeit sind die zentralen Herausforderungen für eine zukunftsorientierte Familienpolitik

Verallgemeinernd gilt, je höher die Erwerbsbeteiligung von Frauen in einer Gesellschaft ist, desto höher ist die Fertilität (Abbildung 3)

Abbildung 3: Erwerbsbeteiligung von Frauen und Gesamtfertilität in Westeuropa



Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Deutschland bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme, was darauf schließen lässt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland besonders schwierig ist, bzw. dass die Rahmenbedingungen in Deutschland so gesetzt sind, dass sie bei der Geburt eines Kindes den Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben an Stelle der Vereinbarkeit von Familie und Beruf begünstigen. Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen führt jedoch nicht nur zu sinkenden Kinderzahlen sondern begünstigt auch Armut. Kinder alleinerziehender Mütter, die häufig auf Grund nicht ausreichender Betreuungssituationen ihren Beruf nicht oder nur teilweise ausüben können, sind besonders häufig von Armut betroffen. Da die Bildungsaussichten von Kindern in Deutschland stärker als in anderen OECD Ländern von Einkommen und Bildung der Eltern abhängen, haben Kinder aus armen oder arbeitslosen Familien eingeschränkte Bildungschancen. Dies trifft auch für Kinder aus Migrantenfamilien zu. Neben Kindern aus einkommensärmeren Schichten haben auch Migrantenkinder eine wesentlich eingeschränkte Chance ihr volles Lern- und Ausbildungspotenzial zu realisieren und an der Gesellschaft teilzuhaben. Die daraus resultierende berufliche Perspektive mit ggf. Jugendarbeitslosigkeit von Männern sowie einer höheren Arbeitslosigkeit von Frauen sind wiederum wichtige Risikofaktoren für spätere Kinderlosigkeit bzw. Kinderarmut.

### **These 3: Die Verknüpfung von Bildungs- und Gesundheitspolitik sollte Grundlage einer zukunftsorientierten Familienpolitik sein**

Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung gefährden die sozialen Sicherungssysteme nicht nur aufgrund ihrer Umlagefinanzierung sondern auch durch eine steigende Krankheitslast. Armut und Arbeitslosigkeit sind die wichtigsten sozialen Risikofaktoren für die Entwicklung chronischer Krankheiten und das Betroffensein von Unfällen. Krankheiten werden nicht nur genetisch, sondern auch sozial vererbt. Gesundheitliches Risikoverhalten wie Rauchen oder Übergewicht korreliert mit Armut, Arbeitslosigkeit und Bildungsgrad. Die daraus resultierende höhere Morbiditätslast niedriger sozialer Schichten ist ihrerseits ein wichtiger Risikofaktor für Arbeitslosigkeit und Armut, was in der Folge wiederum zu einem niedrigeren Kinderwunsch bzw. zu Kinderarmut mit eingeschränkten Chancen auf soziale Teilhabe dieser Kinder bedingt.

Gesundheitsspezifische Einstellungen und gesundheitliches Risikoverhalten wird im Vorschulalter geprägt. Die soziale Schicht ist einer der wichtigsten Determinanten für die spätere Ausprägung von Risikoverhalten und Einstellungen zur eigenen Gesundheit. Eine Durchbrechung dieses Kreislaufs erfordert daher die Bekämpfung gesundheitlicher Risikofaktoren in Vorschule und Schule durch settingbezogene Präventionsmaßnahmen.

#### **Fazit**

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Verknüpfung von Gesundheits- und Bildungspolitik als zentrales Element einer zukunftsorientierten Familienpolitik sehr viel bedeutsamer für die Entwicklung der Geburtenquote ist, als allgemein dargestellt wird. Vereinfacht gesprochen sind ca. bis zu 30% eines Jahrgangs bildungsarm und bis zu 40% aller Kinder mit Migrantenhintergrund machen keinen Schulabschluss. Um die Spirale aus niedriger Bildung, hoher Morbidität, Arbeitslosigkeit und Armut zu durchbrechen, ist Chancengleichheit beim Zugang zu einem qualitativ hochwertiges Bildungssystem entscheidend. Hier liegt die Chance die Herausforderung durch den demographischen Wandel zu meistern, indem ein Bildungssystem aufgebaut wird, das ähnlich wie in den skandinavischen Ländern die Abhängigkeit von erreichtem Bildungsabschluss und Elternhaus entkoppelt und eine frühzeitige schichtunabhängige Vermittlung von Gesundheitserziehung gewährleistet. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demographischen und wirtschaftlichen Situation können wir es uns nicht länger leisten, das Bildungs- und Gesundheitspotenzial eines großen Teils unserer Kinder nicht auszuschöpfen.



## EINLADUNG UND PROGRAMM

**NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen**

*Schwerpunkt: Kinder sind Zukunft! Nachhaltige Familienpolitik in Zeiten  
des demografischen Wandels*

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Reihe Impulse aus NRW möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung engagierte Bürgerinnen und Bürger, politische Akteure, Vertreter/innen von Verbänden und Initiativen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Medien zur Diskussion über die Chancen des demografischen Wandels in NRW einladen.

**Schwerpunkt: Kinder sind Zukunft! Nachhaltige Familienpolitik in Zeiten  
des demografischen Wandels**

**Donnerstag, 08. September 2005, um 17.00 Uhr  
Ratssaal der Stadt Mettmann  
Neanderstr. 85, 40822 Mettmann**

Die Gesprächspartner auf dem Podium sind:

Herr **Stefan Freitag**, Bürgermeister der Stadt Velbert, Preisträger zum Audit „Beruf und Familie“  
Frau **Kerstin Griese**, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend im Deutschen Bundestag

Frau **Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe**, Leitung des Lehrstuhls Wirtschaftslehre des Privat-  
haushalts und Familienwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen

Moderation: **Karin Esch**, Institut für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen

Wir würden uns freuen, Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen und bitten Sie, die  
ausgefüllte Anmeldung bis zum **05.09.2005** zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Wilke

Abt. Gesellschaftspolitische Information  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



#### **IV. Kinder sind Zukunft! Nachhaltige Familienpolitik in Zeiten des demografischen Wandels**

---

Veranstaltungsimpressionen

Mettmann, 8. September 2005

Konzepte für eine nachhaltige Familienpolitik standen im Mittelpunkt eines weiteren Fachforums der FES-Veranstaltungsreihe „NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen“. Vor einem interessierten Fachpublikum aus der Region Mettmann diskutierten am 8. September 2005 im Ratsaal der Stadt Experten zum Thema „Kinder sind Zukunft! Nachhaltige Familienpolitik in Zeiten des demografischen Wandels“. Mettmann gehört zu einem der Umlandkreise, der unter anderem durch vielfältige Freizeitangebote im Niederbergischen Land Familien anzieht. Ein nach aktuellen, ökologischen Gesichtspunkten konzipiertes Neubaugebiet in Mettmann-West in Nachbarschaft zum Innovationspark Mettmann und auch das familiäre Mettmann-Süd machen das Wohnen und Arbeiten in diesem Gebiet für viele Menschen reizvoll. Im Fokus der Veranstaltung stand dieses Mal die konkrete Ausgestaltung von Familienpolitik: Wie werden Städte und Kommunen wieder familienfreundlich? Welche Ansätze und Bestpractice-Beispiele existieren, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen?



**v.l.: Stefan Freitag, Kerstin Griese und Karin Esch**

**Foto: FES**

In ihrem Eröffnungsvortrag stellte die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag, **Kerstin Griese**, Elemente einer nachhaltigen Familienpolitik vor. Dabei unterstrich sie zunächst den bereits eingeleiteten politischen Paradigmenwechsel, der über die materiellen Leistungen für Familien hinaus einen besseren und qualitätsorientierten Ausbau der Infrastruktur anstrebt: Der Schwerpunkt liegt auf einer deutlichen **Verbesserung der Kinderbetreuung**, die eine gute Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder ermöglicht. Kerstin Griese unterstützt einen dezentralen Ansatz, der zum Beispiel in Form **lokaler Bündnisse für Familie** die Zusammenarbeit kommunaler Akteure wie Unternehmen, Kindergärten, Wohlfahrtsverbände, IHK und anderen fördert: Die lokalen Bündnispartner setzen sich für konkrete Verbesserungen von Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden ein, denn Familienfreundlichkeit stoppt Abwanderung junger, kaufkräftiger Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und sie erhöht die Attraktivität einer Kommune als Wirtschaftsstandort.

Weitere Kernpunkte einer nachhaltigen Familienpolitik sind zum einen der Ausbau der Kinderbetreuung bis 2010 verbunden mit einem Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr, dann die schrittweise Umsetzung der Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten und schließlich die Umwandlung des bisherigen Erziehungsgeldes in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Lohnersatzfunktion. Daneben soll die Einführung von sogenannten **Eltern-Kind-Zentren** dazu beitragen, Eltern bei der Erziehungsaufgabe zu unterstützen. In Großbritannien existiert dieses Modell des sogenannten Early Excellence Centre bereits. In diesen Zentren werden Familienberatungen, und konkrete Hilfen wie Erziehungsberatung, Sprachkurse für Eltern, Gesundheitsberatung, Kochkurse und Arbeitsvermittlung angeboten. **Empowerment** ist das Ziel dieser Konzepte, genauso wie die Verbesserung der dramatisch schlechten Gesundheitssituation in vielen marginalisierten Stadtteilen. Es wird künftig auf eine zweite Bildungsexpansion ankommen, einen neuen Aufbruch, der gleiche Startchancen für alle Kinder bereithält.

Der Bürgermeister der Stadt Velbert, **Stefan Freitag**, präsentierte konkrete Maßnahmen zur Förderung einer familienbewussten Personalpolitik auf kommunaler Ebene. Die Stadtverwaltung **Velbert hat sich 2003 als erste Kommune in NRW dem Zertifizierungsprozess des Audits Beruf & Familie** gestellt, das Grundzertifikat erhalten und mittlerweile die Reauditierungsphase erreicht. Ziel war es, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass „**familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien**“ geschaffen werden. Bürgermeister Freitag skizzierte die organisatorische Veränderungen, die in der Stadtverwaltung Velbert vorgenommen wurden: Betreuungsmöglichkeiten, Betriebskindergärten bzw. Belegplätze wurden vernetzt, offene Ganztagschulen und die Betreuung von Kindern nach der Schule eingerichtet. Auf Seiten der Arbeitgeber konnte Qualifizierung, Betreuung und

Information während der Elternzeit verbessert, flexible Arbeitszeiten durch eine Gleitzeit zwischen 6 und 20 Uhr eingerichtet werden. Weitere Elemente sind die Einführung von Telearbeit, die Qualifizierung von Führungskräften auch im Hinblick auf Sozialkompetenzen und die Initiierung von familienfreundlichen Qualifizierungsmöglichkeiten. Oftmals können durch geringe organisatorische Veränderungen große Wirkungen erzielt werden. Schließlich wurde in Velbert verstärkt bei Unternehmen und anderen lokalen Akteuren für ein familienfreundliches Engagement und lokale Bündnisse für Familien geworben und an einem familienfreundlichen Image gearbeitet. Ein konkretes Ergebnis dieser Kooperation ist ein so genannter Familiengutschein, der für vielfältige Kurse an der Volkshochschule eingelöst werden kann. Das Stadtoberhaupt konstatierte, dass mittlerweile ein Umdenken bei vielen Akteuren erkennbar sei, dieser Prozess jedoch weitergeführt werden müsse, da die Vereinbarkeit von Beruf, Partner und Kindern noch immer viel zu oft an unzulänglichen Rahmenbedingungen scheitert.

Professorin Dr. **Uta Meier-Gräwe**, Leiterin des Lehrstuhls Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen, wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass inzwischen der Anteil der westdeutschen Frauen, die zeitlebens ohne Kind(er) bleiben, im europäischen Vergleich am höchsten ist. Dabei gilt: Je besser die Frauen qualifiziert sind, desto öfter trifft das zu – nämlich bei ca. 40%, Tendenz steigend. Aktuelle Trends zeigen eine Zunahme der Kinderlosigkeit, aber auch eine Entwicklung hin zur Zwei-Kind-Familie. Gleichzeitig ist eine zunehmende Polarisierung der Lebenschancen von Kindern zu beobachten: Auf der einen Seite eine geringe Zahl sehr privilegierter Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern mit ausgezeichneten Entwicklungschancen und auf der anderen Seite eine steigende Zahl von Kindern mit eingeschränkter Entfaltungsmöglichkeit, deren Eltern keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Betreuung und Bildung von klein auf sind daher der Schlüssel, um Kindern aus allen sozio-ökonomischen Milieus annähernd gleiche Startbedingungen ins Berufsleben zu verschaffen. Die Ganztagsbetreuung sollte dabei verstärkt Alltagskompetenzen fördern, wie zum Beispiel durch ein gemeinsam zubereitetes Mittagsessen. Der Tatbestand, dass heute bereits zwischen 7 und 10 % der Kinder adipös (fettleibig) und weitere 25 bis 30 % übergewichtig sind, zeigt den Ernst der Lage hinreichend an. Der **Ausbau einer vitalen familienergänzenden Infrastruktur hätte somit gleich drei positive Wirkungen**: Erstens die Ermutigung an AkademikerInnen zum Leben mit Kindern, zweitens eine systematische Armutsprävention für Kinder aus materiell benachteiligten Familien und drittens neue Beschäftigungschancen in den Kommunen.



## Beiträge:

Kerstin Griese

### **Für eine nachhaltige Familienpolitik**

Der demografische Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen sind Herausforderung und Chance, die Zukunft nachhaltig zu gestalten. Wenn alle Generationen sich in der Verantwortung fühlen, können Innovationsfähigkeit, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleistet werden. Mit einer nachhaltigen Familienpolitik und einer Politik des aktiven Alterns können wir dem demographischen Umbruch mittel- und langfristig begegnen und das Miteinander der Generationen erhalten und stärken.



**Kerstin Griese**

**Foto: FES**

Wir wollen, dass Deutschland eines der kinder- und familienfreundlichsten Länder Europas wird. Gute Kinderbetreuung, Zeit für Kinder und Familie, effiziente Geldleistungen für Familien, Unterstützung der Kinderwünsche der Mehrheit junger Menschen – das ist sozialdemokratische Familienpolitik.

Deshalb

- werden wir die Kinderbetreuung bis 2010 zu einem Rechtsanspruch ab dem zweiten Lebensjahr ausbauen,
- werden wir zusammen mit Ländern und Gemeinden schrittweise die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten umsetzen,
- werden wir das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Lohnersatzfunktion umwandeln. Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können,
- treten wir für die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren ein, um Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu helfen und Kinder früh zu fördern,
- bleibt es unser Ziel, Leistungen für Familien in einer Familienkasse zu bündeln. Wir wollen Familien helfen, Armutsrisiken zu vermeiden insbesondere den Geringverdienenden und Alleinerziehenden. Der Kinderzuschlag soll fortentwickelt werden,
- werden wir die erfolgreiche Allianz für die Familie fortsetzen.

## **Kinder sind Zukunft! – Was wir erreicht haben**

Die SPD hat in der Familienpolitik einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Weg von der Diskussion, die sich in der Forderung nach mehr materiellen Leistungen und höherem Kindergeld erschöpft, hin zur Priorität für die Verbesserung der Infrastruktur für Familien. Der Schwerpunkt liegt auf einer deutlichen Verbesserung der Kinderbetreuung, die eine gute Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder ermöglicht.

### **1. Geld: Finanzielle Leistungen**

Deutschland liegt bei der materiellen Familienförderung im EU-Vergleich im oberen Drittel. Wir haben das Kindergeld dreimal erhöht. In der Familienförderung hat die Bundesregierung neue Akzente gesetzt und die Familienförderung zielgenauer ausgestaltet. Mit der Einführung eines verfassungsfesten Entlastungsbetrages für Alleinerziehende in der Einkommensteuer sowie mit der Einführung des Kinderzuschlags als neue Geldleistung für Familien mit niedrigem Einkommen unterstützen wir die Familien, die unsere besondere Förderung brauchen.

Für Familien mit geringem Einkommen wurde mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005 ein Kinderzuschlag von bis zu monatlich 140 Euro für jedes Kind eingeführt. Denn Familien sollen nicht wegen ihrer Kinder auf Arbeitslosengeld II angewiesen sein. Der Kinderzuschlag wird denjenigen Eltern gezahlt, die zwar mit eigenem Einkommen ihren eigenen Bedarf

abdecken, jedoch ohne den Kinderzuschlag wegen des Bedarfs der Kinder Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten (bislang: ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, „Sozialhilfe“).

## **2. Infrastruktur: Frühe Förderung, gute Betreuung, Ganztagschulen**

Mit der Schwerpunktsetzung auf den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote insbesondere für die unter Dreijährigen und Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt wird die SPD den tatsächlichen Anforderungen einer modernen Familienpolitik gerecht.

Schon mit dem Vier-Milliarden-Euro-Programm zum Ausbau von Ganztagschulen ist ein wichtiger Schritt für den Ausbau von Ganztagsangeboten gemacht worden.

In Deutschland besteht Konsens darüber, dass wir eine bessere Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder brauchen. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Kommunen und Ländern die Angebote an Kinderbetreuung auszubauen. Sie setzt dabei auf differenzierte Angebote für Kinder aller Altersgruppen in guter Qualität, zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig. Ganztagskindergärten und Kleinkindbetreuung in Krippen oder durch Tagespflegepersonen (Tagesmütter) sollen sich ergänzen. Dazu ist Anfang 2005 das Tagesbetreuungsausbaugesetz in Kraft getreten.

Die Verbesserung der Kinderbetreuung wird von allen gesellschaftlichen Kräften als ein wichtiger Bestandteil des notwendigen Innovationsschubes für unser Land gesehen. Die kommunalen Spitzenverbände, die Wohlfahrtsverbände, die großen Kirchen, die Wirtschaft und die Gewerkschaften und ein großer Teil der Bevölkerung betonen die Wichtigkeit einer bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Kinderbetreuung und unterstützen den Ausbau.

Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote gehören schon seit zwölf Jahren zu den Pflichtaufgaben der Kommunen. Um in einer überschaubaren Frist zu einer spürbaren Verbesserung für Familien mit Kindern zu kommen, stellt der Bund die Finanzierungsgrundlagen für diesen Ausbauschritt bereit (1,5 Mrd. pro Jahr aus den Einsparungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) und wird damit seiner Verantwortung für dieses politische Vorhaben gerecht. Diese Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung sind verbindlich zugesichert.

## **3. Zeit: Allianz für die Familie und lokale Bündnisse**

Unter dem Dach der „Allianz für die Familie“ hat die Bundesregierung mittelfristig angelegte Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt.

Starke Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Politik setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine Unternehmenskultur und Arbeitswelt ein, die für alle Beteiligten Gewinn bringt.

Die „Allianz für die Familie“ basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft eine höhere Geburtenrate braucht, unsere Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte und die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen ist und unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen. Die „Allianz für die Familie“ bietet eine Plattform, um Informationen zu verbreiten, tragfeste Argumente zu vermitteln und neue Akteure zu gewinnen. Die Partner haben vereinbart, sich für eine familienfreundliche Arbeitswelt und Unternehmenskultur einzusetzen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Handlungsfelder Unternehmenskultur, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Personalentwicklung und familienunterstützende Dienstleistungen.

Die Umsetzung hin zu mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft erfolgt in erster Linie vor Ort. Daher hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kommunen und Verbänden sowie in Kooperation mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung im Januar 2004 die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Die lokalen Bündnispartner setzen sich für konkrete Verbesserungen von Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden ein, denn Familienfreundlichkeit stoppt Abwanderung junger, kaufkräftiger Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und sie erhöht die Attraktivität einer Kommune als Wirtschaftsstandort. In der groß angelegten Initiative engagieren sich Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, Kommunen, Kammern, Verbänden, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden.

### **Auf die Kleinsten kommt es an**

Von Kerstin Griese und Harald Schrapers

Die erste Bildungsexpansion in der Bundesrepublik ist stecken geblieben. Die Folgen: Verelendung, Werteverfall und Chancenlosigkeit für die Kinder ganzer Stadteile. Weshalb wir einen zweiten Bildungsaufbruch brauchen.

In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Das behauptete in einer Schlagzeile die *Bild am Sonntag* und berief sich dabei auf das Zitat eines FDP-Politikers. Die sozial Schwachen hätten zu viele Kinder, und in Akademikerhaushalten gebe es zu wenig Nachwuchs, suggerierte der Bericht. Die zweite These ist sicherlich richtig, die erste hingegen eine unverschämte Anmaßung.

Dass in bildungsfernen Schichten mehr Kinder geboren werden als in bildungsnahen Schichten macht sich nicht zuletzt in der Pisa-Studie bemerkbar. Nicht ohne Grund spricht Renate Schmidt von einer drohenden „Bildungskatastrophe“. Auch der FDP-Mann Daniel Bahr weiß, dass bei uns der Bildungsabschluss eines Kindes stark von der sozialen Stellung der Eltern abhängt. „Wir brauchen mehr Kinder von Frauen mit Hochschulabschluss als von jenen mit Hauptschulabschluss“, lautet seine zynische Schlussfolgerung.

Der Schulerfolg eines Kindes hängt nirgends so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Das ist ein Skandal. Dass ein Liberaler dies so hinnimmt, überrascht diejenigen nicht, die die FDP kennen. Wer dagegen die philosophischen Grundlagen des Liberalismus kennt, ist verwundert. Aber Verwunderung hilft nichts. Und der Wille allein, die soziale Mobilität zeigt sich zunehmende Ratlosigkeit.

Die Herstellung von sozialer Mobilität war ein Markenzeichen der Sozialdemokratie (und einer sozialliberal eingestellten Freidemokratie) der siebziger Jahre. Die Bildungsexpansion war ein Erfolgsmodell. In sehr vielen Familien machte seinerzeit erstmals ein Kind das Abitur. Breite Schichten der Arbeiterklasse, denen die Bildungsmöglichkeiten zuvor verwehrt wurden, hatten zum ersten Mal die Chance zum sozialen Aufstieg. Die SPD war die Partei der Schwachen, deren bildungsbeflissene Teile die Möglichkeiten durch die Bildungsreform, wie Franz Walter schreibt, „beherzt und prompt“ ergriffen. Die bildungsfernen, oft ungelerten Arbeiter hingegen seien nie das „wirkliche und aktive Klientel“ der SPD gewesen. Und die sind zurückgeblieben. Die SPD war eben nie die Partei der Schwachen, sondern die Vertreterin der „starken Teile der Schwachen“, präzisierte Walter in der *Berliner Republik*.

## **Massenarbeitslosigkeit und Privatfernsehen**

Für den durch die Bildungsreform abgehängten Teil der Bevölkerung hat sich die Situation seit den siebziger Jahren zusätzlich verschärft. Massenarbeitslosigkeit und vererbte Sozialhilfekarrieren gab es damals noch nicht. Und auch kulturell hat sich viel verändert – das Privatfernsehen mit seinen unendlich vielen Kanälen ist der wichtigste Ausdruck dieses Wandels.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Nicht die Bildungsreform war der Fehler, sondern die Tatsache, dass sie stecken geblieben ist. Selbst von den sozialen Brennpunkten der Großstädte sind Gymnasien oder Gesamtschulen, in denen man Abitur machen kann, räumlich problemlos erreichbar. Doch die meisten kommen dort trotzdem nicht an.

In den siebziger Jahren haben vor allem die Mütter, deren Bildungschancen besonders eingeschränkt waren, den sozialen Aufstieg ihrer Kinder organisiert. Ihnen war die Rolle der

nachmittäglichen Hausaufgabenbetreuerin und punktuellen Nachhilfelehrerin zugewiesen. Und wo das nicht ging, gab es immerhin einige Gesamtschulen, die an drei Tagen in der Woche Nachmittagsunterricht anboten.

### **Caritas und Paternalismus**

Die damalige Bildungsexpansion hat die von der Sozialdemokratie vertretene Arbeiterklasse noch selbst getragen. Dass wir eine neue Phase der Expansion brauchen, liegt auf der Hand. Doch wer ist dabei der Akteur? In den marginalisierten Stadtteilen gibt es immer weniger SPD-Wähler. Selbstorganisation findet dort kaum statt. Damit hat jeder Eingriff von außen immer auch etwas Karitatives und kann leicht ins Paternalistische abrutschen: Schick dein Kind mit einem Frühstück in die Schule! Kümmere dich um seine Hausaufgaben! Und lies ihm ein Buch vor, statt vor dem Fernseher zu hocken!

Wollen wir das? Die britische Labour Party zeigt gelegentlich diese Anflüge moralischer Rigorosität, die mit einer gewissen Illiberalität einhergehen. Dies ist mit den Traditionen der deutschen Sozialdemokratie nicht vereinbar. Trotzdem sollten wir einen klaren Standpunkt beziehen und Werte setzen, gerade dann, wenn es um Kinder geht.

Eine kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen, in der die Kinder wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden, ist eine zentrale Aufgabe für die Sozialdemokratie – und nicht nur für sie. Wenn wir die jetzige Situation fortschreiben und einen großen Teil von Kindern in sozial benachteiligten Stadtteilen aufwachsen lassen, wird das die Demokratie gefährden. Bereits heute besteht für Kinder und Jugendliche ganzer Stadtteile die Realität in Aussichtslosigkeit, Sozialhilfefamilie, Schulversagen, Werteverfall, Rechtsextremismus und Kriminalität – im Osten wie im Westen. Sie haben dort geringere Bildungschancen und einen schlechteren Gesundheitszustand als in anderen Wohngebieten. Damit geht eine niedrigere Lebenserwartung einher.

Wir brauchen einen *neuen* Aufbruch, eine *zweite* Bildungsexpansion. In den siebziger Jahren weitete sich das Bildungssystem nach oben aus, der Bildungsaufbruch setzte in der zweiten Hälfte der Schullaufbahn an. Gesamtschulen wurden geschaffen und Gymnasien geöffnet. Heute brauchen wir eine wirklich grundlegende Bildungsexpansion von unten und nach vorne – nämlich im Elementarbereich, beim vorschulischen Lernen. Denn wer ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Schule kommt – und dazu gehören immer mehr Kinder auch dann, wenn sie nicht aus Einwandererfamilien stammen – der macht bald schon seine erste „Sitzenbleiber“-Erfahrung. Für diese Kinder stellt sich die Frage nach dem Abitur überhaupt nicht. Ihnen fehlen die Startchancen, die ihnen vom Elternhaus nicht in dem Maße mitgegeben wurden, wie es das deutsche Bildungssystem erforderlich macht.

## Der Kindergarten als Elterntreffpunkt

Bildung von Anfang an – das ist deshalb der entscheidende Punkt. Der Bund hat durch das Gesetz über die Ausweitung der Betreuung von Unter-Dreijährigen einen Anstoß gegeben. Und die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen hat jetzt einen bemerkenswerten Schritt getan: Demnächst sollen schon Zweijährige einen Kindergartenplatz bekommen, und das letzte Kindergartenjahr wird kostenfrei. Bei den Fünfjährigen soll dann, wenn nötig, auch eine spezielle Sprachförderung greifen.

Zu hoffen ist, dass mit der Aufwertung des letzten Kindergartenjahres für die Eltern nicht die Jahre davor an Bedeutung verlieren. Schon heute ist zu beobachten, dass in manchen Stadtteilen Kinder nur ein Jahr lang eine Kindertageseinrichtung besuchen. Und dies sind gerade diejenigen Kinder, die aufgrund ihres Sprachstandes sehr viel langfristiger und mit mehr Zeit gefördert werden müssten. Hier sind Ganztagsangebote sehr dringend erforderlich, weil diesen Kindern im Elternhaus die notwendigen Anregungen nicht gegeben werden.

Einen neuen Schritt, die Eltern mit einzubeziehen, gehen die Briten mit ihrem Modell des *Early Excellence Centre*. Das sind frühpädagogische Einrichtungen, „eine Mischung aus Luxuskindergarten für sozial Benachteiligte und Elterntreffpunkt“, wie die *Zeit* geschrieben hat. Die Blair-Regierung will mit diesen Zentren – nicht ohne Erfolg – jedem Kind einen *Sure Start* ins Leben ermöglichen. Hier geht es um Bildung für die Kleinsten – nicht nur durch Sprachförderung, sondern auch durch musikalische, künstlerische, mathematische und naturwissenschaftliche Lernangebote. Hier hat niemand Angst vor vorschulischen Rechen-, Schreib- oder Leseversuchen der Kinder, denn diese lernen spielerisch und sind neugierig auf Bildungsinhalte. In Deutschland dagegen trifft man nicht selten noch auf eine Kultur des Überbehütens und die Angst vor „Überforderung“.

Das Entscheidende an den *Early Excellence Centres*, die zumeist in sozialen Brennpunkten entstanden sind, ist die Einbeziehung der Eltern. Die Erzieherinnen und Erzieher besuchen die Eltern zu Hause und machen sich dort ein Bild über den Entwicklungsstand des Kindes. In den Zentren selbst werden Familienberatungen und konkrete Hilfen angeboten. Erziehungsberatung und Sprachkurse für Eltern, Gesundheitsberatung, Kochkurse und Arbeitsvermittlung – was zuvor an unterschiedlichen Orten angeboten wurde und die wirklich Betroffenen nicht so recht erreichte, ist hier gebündelt untergebracht. Langfristig sollen diese Kinder- und Familienzentren so ausgebaut werden, dass die Kinder vom Säuglingsalter bis zum zehnten Lebensjahr begleitet werden: *Wrap around care* nennt das die britische Regierung.

*Empowerment* ist das Ziel dieser Konzepte, genauso wie die Verbesserung der dramatisch schlechten Gesundheitssituation in vielen marginalisierten Stadtteilen. Dabei kommt man den Eltern nicht mit dem erhobenen Zeigefinger. Sie werden in ihrer Rolle ernst genommen, als Fachleute in Fragen ihres Kindes anerkannt. Sie werden dazu gedrängt, diese Rolle auszufüllen, indem sie die notwendigen Hilfestellungen erhalten. Ganztagsbetreuung kann die Eltern nur in Notfällen (die es aber auch oft genug gibt) aus der Erziehungsarbeit entlassen. Umgekehrt: Durch eine intensive und individuelle Elternarbeit in den Kindertageseinrichtungen müssen die Eltern fit für ihre Rolle gemacht werden.

### **Die Erzieherinnen müssen fit gemacht werden**

Zuvor aber müssen die Erzieherinnen fit gemacht werden. Einige sind es bereits, aber grundsätzlich leiden wir in Deutschland darunter, dass bei uns die Erzieherinnenausbildung nicht auf Hochschulniveau stattfindet. Die Idee, man benötige für Kleinkinder eine geringere pädagogische Qualifizierung als für das Unterrichten einer Realschulklasse, entbehrt jeder stichhaltigen Begründung. Früher wählten noch Jugendliche mit gutem Schulerfolg aus Neigung und Engagement den Erzieherberuf – ungeachtet der bescheidenen Bezahlung. Das ist heute selten geworden. Am Beginn der Erzieherinnenkarriere steht inzwischen meist ein durchschnittlicher Realschulabschluss. Und es ergreifen so gut wie keine Männer diesen Beruf, was dringend geändert werden muss.

Der Übergang von der Vorschule in die Schule muss fließend sein. Lehrkräfte und Erzieherinnen müssen eng kooperieren, Sprachförderung muss früh und sehr zielgerichtet einsetzen. Schule muss kindgerecht sein. So wie Kindergärten ihre Erziehungsaufgaben um Bildungsziele ergänzen müssen, muss sich Schule neben der Bildung verstärkt um Erziehungsaufgaben kümmern. Und dafür braucht man Zeit. Da reicht es nicht, die Kinder um kurz nach halb zwölf wieder von der Schule nach Hause zu schicken – oft genug zu Fast Food, Gameboy und TV. Sogar im Kindergarten wurde ihnen mehr geboten.

### **Bildung und Erziehung gehören zusammen**

Das Vier-Milliarden-Ganztagschulprogramm des Bundes wird im größten Bundesland Nordrhein- Westfalen als „offene Ganztagsgrundschule“ verwirklicht. Alle, die schon vorher zu wissen meinten, dass dies nicht funktionieren könne, haben sich getäuscht. Die Grundschulen, die bislang mitmachen, vermelden durchgängig Erfolge. Sicherlich gibt es anfänglich Probleme, besonders weil mit den Investitionsmitteln erst die nötigen Bauten errichtet werden müssen. Doch viele Eltern und Kinder haben das Angebot bereits sehr gut angenommen.

Wir werden auch den zweiten Schritt tun müssen: Der Nachmittag muss mit dem Vormittag zu einer Einheit verbunden werden. Für die Schülerinnen und Schüler brauchen wir den stetigen Wechsel zwischen Unterricht, anderen Lernerlebnissen, Sport, Spiel und Bewegung. Dabei kann das Nachmittagspersonal, das Erzieherinnen und Sportanleiter, ehrenamtliche Eltern und andere mit einbezieht, auch vormittags eine Bereicherung sein. Genauso werden die Lehrerinnen und Lehrer die Chance ergreifen müssen, die eine ganztägige Schule bietet. Wer Bildung und Erziehung als eine Einheit sieht, muss mehr Zeit mit den Kinder verbringen, und sie auch außerhalb des Unterrichts kennen lernen – ob beim Mittagessen oder bei Freizeitaktivitäten in einer AG.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung liest sich wie ein dringender Appell für eine zweite Bildungsreform. Armut und Reichtum klaffen in unserer Gesellschaft immer weiter auseinander. Das ist ohne Zweifel auch ein Verteilungsproblem – aber eher bei den Reichen als bei den Armen. Denn deren Armut geht über materielle Not weit hinaus: fehlende Schulbildung und Gesundheit, Suchtmittel, Erwerbslosigkeit – den Ausbruch aus diesem Milieu können finanzielle Zuweisungen an den Einzelnen meist nicht bewirken. Vielmehr ist Bildung der Schlüssel. Deshalb ist die zweite Bildungsreform das zentrale Projekt für die Zukunft unserer Gesellschaft: die notwendige Bildungsexpansion „nach unten“.

Wichtig ist, dass diese Bildungsexpansion kein Projekt für die Unterschichten ist, bei denen Sozialarbeiter und Lehrer in den benachteiligten Stadtteilen für Wertevermittlung und Moral sorgen sollen. Es geht tatsächlich um die Gesellschaft insgesamt, deren enormer Wandel in den achtziger und neunziger Jahren verschlafen wurde. Andere Länder hatten damals schon längst erkannt, dass die Gesellschaft ihrer Mitverantwortung an der Erziehung, Förderung und Betreuung bereits der Kleinkinder gerecht werden muss.

### **Mehr Kinder durch schlechte Betreuung?**

Bei der *direkten* finanziellen Förderung von Kindern liegt Deutschland EU-weit an der Spitze. Bei der Möglichkeit dagegen, Kinder und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren, liegen wir weit hinten. Die Geburtenrate ist in Europa dort am höchsten, wo die Frauenerwerbsquote hoch und die Kinderbetreuung gut geregelt ist. Der von der Prognos AG im Auftrag des Familienministeriums erarbeitete „Familienatlas“ stellt fest, dass in Deutschland die Kinderzahlen dort hoch sind, wo niedrige Arbeitslosigkeit, geringe Kriminalität und eine vergleichsweise schlechte Kinderbetreuung aufeinander treffen. „Der Mut zum Kind ist größer, wo traditionelle Familienstrukturen und eine geringe Frauenerwerbsquote zusammenkommen“, stellte Tissy Bruns ernüchtert im *Tagesspiegel* fest.

Auch eine Forsa-Erhebung im Auftrag der Zeitschrift *Eltern* ergab, dass fehlende Kinderbetreuung nur als nachrangige Ursache für Kinderlosigkeit empfunden wird. Stattdessen sagten 44 Prozent der befragten Kinderlosen, der passende Partner fehle. Gleichzeitig wird klar, dass ökonomische Fragen und die Sorge um den Arbeitsplatz vordringliche Gründe sind, auf Kinder zu verzichten. Der Staat kann aber nicht unbefristete Arbeitsplätze für alle schaffen. Deshalb ist es umso mehr seine Aufgabe, wenigstens für eine tragfähige Kinderbetreuung zu sorgen. Auf diese Weise können die Eltern ihre ökonomische Situation selbst in die Hand nehmen.

### **Mehr Geld für Bildung und Betreuung**

Bleibt die Frage, wie wir die kinderfreundliche Gesellschaft finanzieren. Oftmals schlagen selbst seriöse Presseorgane und Politikern vor, dies sollten die wohlhabenden Eltern tun, indem sie auf ihr Kindergeld verzichten. Ein seltsamer Vorschlag: Die „Besserverdienenden“ bekommen ja gar kein Kindergeld im engeren Sinne, sondern sie haben einen verfassungsrechtlich garantierten Kinderfreibetrag, der für eine deutlich höhere Steuerersparnis sorgt. Wir werden daher nicht darum herumkommen, tatsächlich mehr Geld für Bildung und Betreuung auszugeben. Eine höhere Erbschaftssteuer wäre ein gutes Finanzierungsmittel, das dann sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben für mehr Gerechtigkeit sorgen würde.

Recht hat der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler: „Eigentlich können wir es uns finanziell nicht erlauben, aber wir können uns auch nicht erlauben, es nicht zu machen“, sagt er in Hinblick auf das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr, das es in seinem Bundesland ab 2006 geben wird. Vermutlich weiß er, dass die Folgekosten eines Auseinanderbrechens unserer Gesellschaft – nämlich in einen von Armut und fehlenden Bildungschancen geprägten Teil, und einen komfortabel lebenden, oftmals kinderlosen Teil – weitaus höher wären.

## **Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Audit**

Die Stadtverwaltung Velbert hat sich im Jahre 2003 als erste Kommune in NRW dem Zertifizierungsprozess des Audits Beruf & Familie gestellt. Das Audit ist ein europaweit geschütztes Zertifikat und lehnt an den US-amerikanischen „family-friendly-index“. Es wurde im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung weiterentwickelt und in Deutschland initiiert. Das Audit Beruf & Familie ist ein zentrales Instrument zur Förderung einer familienbewussten Personalpolitik.

Diese verbessert nachweislich die Motivation der Beschäftigten, senkt die Kranken- und Fluktuationsraten und verbessert das Unternehmens-Image. Maßnahmen der Personalentwicklung tragen dazu bei, dass die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens, einer Kommune oder anderen Institutionen entsprechend den sich ständig ändernden Anforderungen gewährleistet bleibt, aber auch die familiäre Situation und die privaten Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt.

Familienbedingte Beurlaubungen, wie Erziehungsurlaub / Elternzeit behindern das berufliche Fortkommen i.d.R. von Frauen, da meist ein zeitweiser Ausstieg aus dem Beruf und dann die Rückkehr mit einer Doppelbelastung Familie und Beruf erfolgt. Die Beurlaubungsphase bringt (abhängig von der Länge der Freistellung) erhebliche Wissensdefizite hinsichtlich des Arbeitsplatzes und -umfeldes mit sich. Will eine Frau ins Berufsleben zurückkehren – sei es in Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung – muss sie sich zum Teil mit erheblich fortgeschrittenen Techniken vertraut machen und entstandene Wissenslücken füllen. Nachweislich beenden heute Frauen ihre Beurlaubungen früher als in den vergangenen Jahren. Das mag zum einen mit der wirtschaftlichen Situation (Familieneinkommen) als auch mit gesellschaftlicher Stellung der Frau zum Beruf zu tun haben. Frauen sind heute besser qualifiziert, besser ausgebildet und haben zum Teil Führungspositionen. Sie entscheiden sich später für eine Elternzeit und wollen zum großen Teil die Position so schnell wie möglich wieder einnehmen. Der Arbeitgeber zieht daraus den Vorteil, dass er dieses qualifizierte Potential nicht verliert und durch zusätzliche Kosten eine Nachfolge finanzieren muss.

Auch die Stadtverwaltung Velbert hat die Vorteile einer familienbewussten Personalpolitik erkannt und sich dieser Aufgabe gestellt. Wichtig ist, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass „familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien“ geschaffen werden. Wirtschaftlichkeit und eine familienbewusste Personalpolitik müssen keine Gegensätze darstellen. Oftmals können durch geringe

organisatorische Veränderungen große Wirkungen erzielt werden. Beispiele, die auch bei der Stadtverwaltung Velbert umgesetzt wurden sind folgende:

#### Kinderbetreuung

- Vernetzung der Betreuungsmöglichkeiten. Möglichkeiten (z.B. Tagesmütter, Betreuung von unter 3-jährigen) müssen bekannt sein
- Betriebskindergärten bzw. Belegplätze in einem solchen
- offene Ganztagschulen / betreute Grundschule / Betreuung von Kindern nach der Schule

#### Wiedereinstieg

- Möglichkeiten schaffen zur Qualifizierung von Frauen während und nach der Elternzeit
- Betreuung und Information durch den Arbeitgeber während der Elternzeit
- personalpolitische Personalplanung / wer kommt wann zurück

#### Flexible Arbeitszeitmodelle

- Einführung von Telearbeit
- flexiblere Arbeitszeiten / Gleitzeit (6 – 20 Uhr bei der Stadtverwaltung Velbert)
- Förderung von aktiver Elternzeit (auch für Väter)

#### Führungskräfte / Geschäftsleitung

- Qualifizierung von Führungskräften (auch im Hinblick auf Sozialkompetenzen)
- Initiierung von familienfreundlichen Qualifizierungsmöglichkeiten (z.B. halbtags)
- Familienfreundliches Engagement (z.B. Lokale Bündnisse für Familien)



# Audit Beruf & Familie

## Was ist das Audit ?



**Europaweit markenrechtlich  
geschütztes Zertifikat für eine  
familienbewusste Personalpolitik  
eines Unternehmens**



**Anerkanntes Managementinstrument  
zur kontinuierlichen Verbesserung  
einer innovativen Personalpolitik**



**Grundidee „family-friendly-index (USA)**



**Entwicklung eines Kriterienkatalogs im  
Auftrag der Gemeinnützigen HERTIE-Stiftung**

# Familienorientierung und Wirtschaftlichkeit sind keine Gegensätze

## Nutzen des Audits



### Personalpolitisches Controllinginstrument

(systematisiert u. gewichtet das bisherige Maßnahmenangebot und liefert Grundlagen für die weitere Personal- und Organisationsentwicklung)



### Hilfestellungen zur Motivations- und Leistungssteigerung

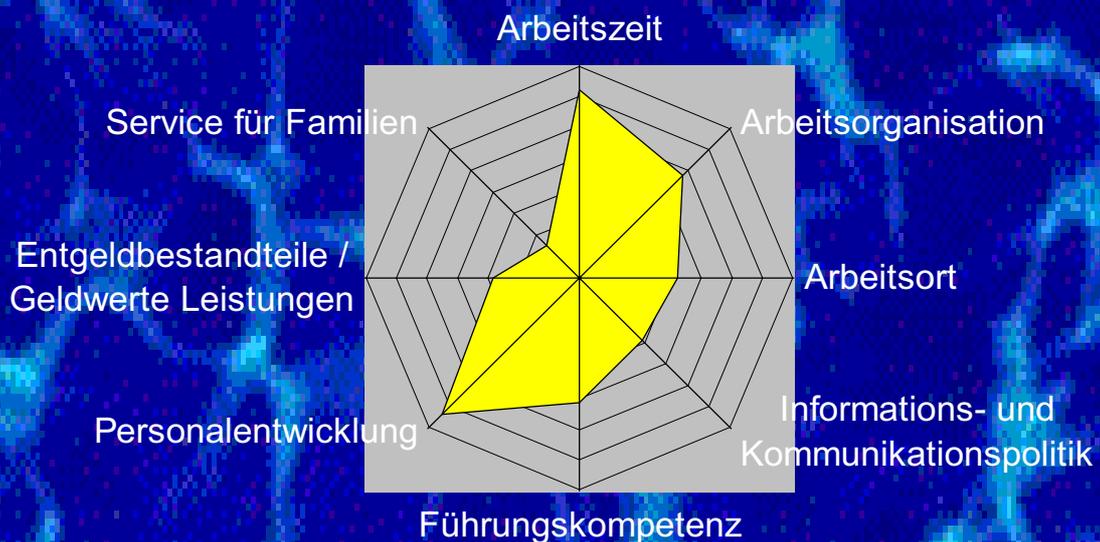
(Senkung der Fluktuations- u. Krankheitsrate, sichert Qualifikationserhalt, Verbesserung des Unternehmens-Images)

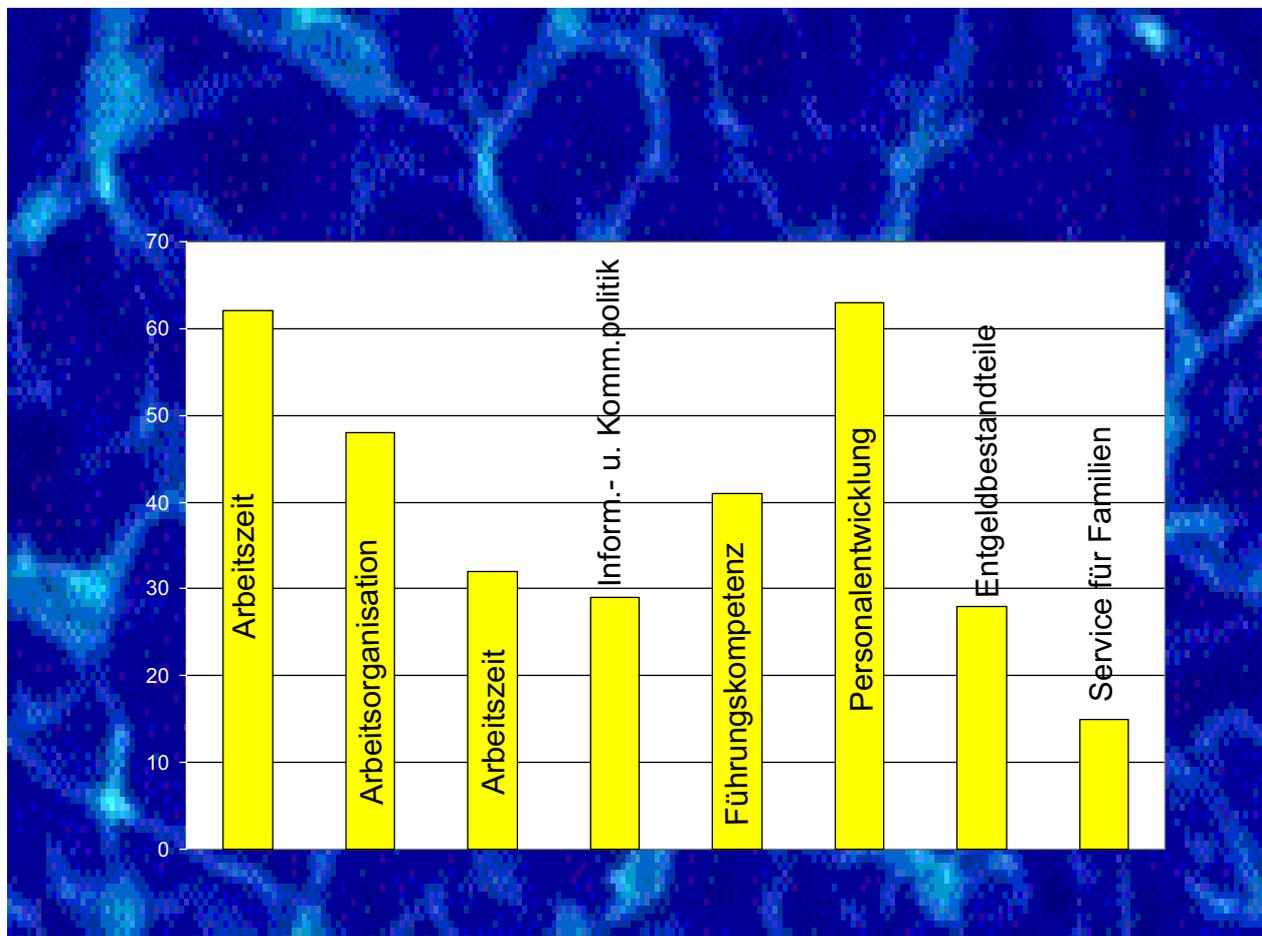


# Handlungsfelder

- ➔ **Arbeitszeit**
- ➔ **Arbeitsorganisation**
- ➔ **Arbeitsort**
- ➔ **Informations- u. Kommunikationspolitik**
- ➔ **Führungskompetenz**
- ➔ **Personalentwicklung**
- ➔ **Entgeltbestandteile / geldwerte Leistungen**
- ➔ **Service für Familien**

## Auswertung Handlungsfelder "Status-quo-Analyse"





## Definierte Ziele und weitere Maßnahmen

### ➔ **Arbeitszeit**

- Überprüfung der vorhandenen Arbeitszeitmodelle
- Optimierung der Zeiterfassung

### ➔ **Arbeitsabläufe u. -inhalte**

- Stärkere Beteiligung der Beschäftigen bei Entscheidungsprozessen

### ➔ **Arbeitsort**

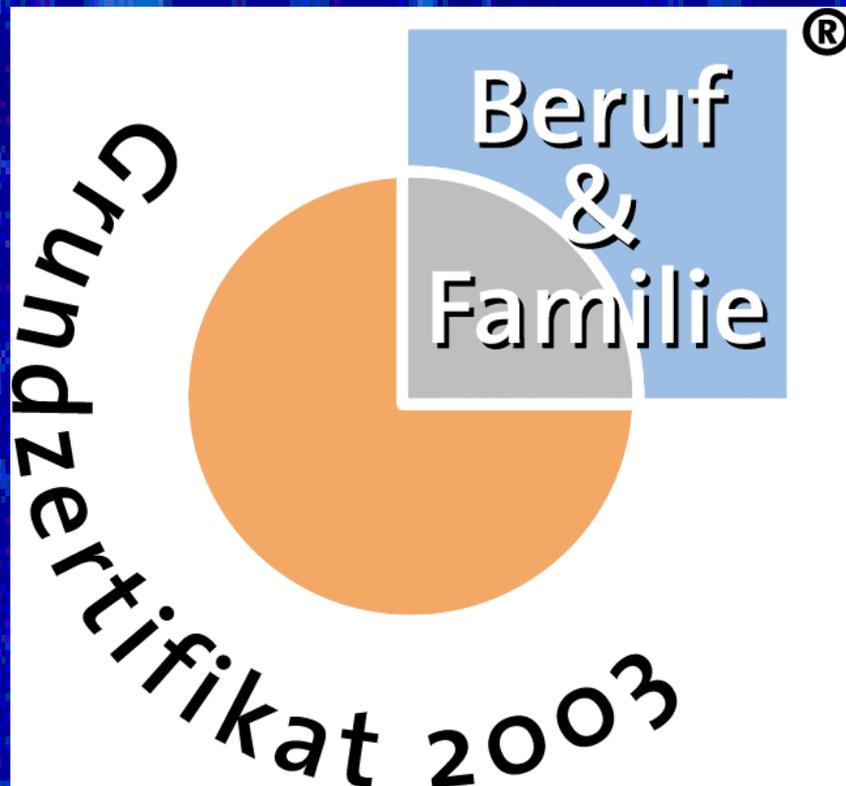
- Prüfung mobiler Arbeitsort

### ➔ **Informations- und Kommunikationspolitik**

- Optimierung der innerbetrieblichen Informations- und Kommunikationspolitik

### ➔ **Führungskompetenz**

- Weiterentwicklung der Führungskompetenz



## Reauditierung: 2006

### Beispiele für bisher umgesetzte Maßnahmen:

- Neue Arbeitszeitflexibilisierung seit 01.05.04 (Arbeitszeitrahmen zwischen 6 und 20 Uhr)
- Einführung des Vorschlagswesens zum 01.01.04
- Ausbau von Telearbeitsplätzen und Ausstattung mit Notebooks
- Bessere Vernetzung mit Außenstellen (z.B. PC mit Intranetzugang im Bereich der Kantine der Technischen Betriebe Velbert)
- Regelmäßige Informationsweitergabe auf allen Führungsebenen
- Besetzung von Führungspositionen zunächst für 2 Jahre auf Probe
- Beurteilung von Führungskräften durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit 01.03.05
- Ausbau der Fortbildungsangebote speziell für Teilzeitkräfte (halbtätig) seit Herbst 2003
- Hinweis auf die Übernahme notwendiger Kinderbetreuungskosten bei Fortbildungsveranstaltungen
- Einführung von immateriellen Leistungsanreizen seit 01.01.04



## Thesen für eine zukunftsorientierte Familienpolitik

Der gegenwärtig hohe Aufmerksamkeitswert gegenüber der Familie verdankt sich in erster Linie dem stillen, aber durchaus wirkungsmächtigen „Gebärstreik“ der Frauen in Deutschland. Sicherungssysteme drohen zu implodieren, in etlichen Regionen wird bereits deutlich, was sich in den nächsten Jahren ausweiten wird: Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen werden in Ermangelung von Nachwuchs schließen müssen; von der Wirtschaft wird bereits ein Fachkräftemangel prognostiziert. Diese Entwicklung ist eine Folge der über Jahrzehnte unterschätzten Veränderungen in der Lebenssituation von Frauen, gepaart mit einer Familienideologie, die wider besseren Wissens und im Gegensatz zu profunden Erkenntnissen aus der internationalen Forschung hartnäckig an der These festhielt, dass es für das gedeihliche Aufwachsen eines Kindes am besten sei, wenn seine eigene Mutter eine Rundum-Betreuung übernimmt, ergänzt um den Besuch eines Halbtagskindergartens.



v.l.: Kerstin Griese, Karin Esch, Uta Meier-Gräwe und Bodo Nowodworski Foto: FES

Dieser Müttermythos kollidierte mehr und mehr mit den berechtigten Ansprüchen der inzwischen am besten ausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten, ihre erworbenen schulischen und beruflichen Qualifikationen auch im Erwerbsleben umzusetzen. Die Lebensplanungen von Frauen, später Beruf, Partner und Kind(er) haben zu wollen,

scheiterten immer öfter an den unzulänglichen Rahmenbedingungen. Inzwischen ist der Anteil der westdeutschen Frauen, die zeitlebens ohne Kind(er) bleiben, im europäischen Vergleich am höchsten. Dabei gilt: Je besser die Frauen qualifiziert sind, desto öfter trifft das zu – nämlich bei ca. 40%, Tendenz steigend.

Aber nicht nur die Akademikerinnen bleiben immer häufiger kinderlos, sondern auch die sehr gut qualifizierten Männer. Das ist u.a. eine Folge der Veränderungen auf dem Beziehungs- und Heiratsmarkt: Während noch in den 1970er Jahren Männer überwiegend diejenigen waren, die über höhere schulische und berufliche Abschlüsse verfügten als ihre Partnerinnen, begegnen sich Männer und Frauen – was ihre Bildungsabschlüsse angeht – heute zunehmend „auf gleicher Augenhöhe“ (Arzt heiratet nicht mehr Krankenschwester, sondern Ärztin). Damit stellt sich die Frage, wer nach der Geburt eines Kindes beruflich zurückstecken soll und wie lange, mit einer ganz anderen Tragweite. Die wenigen „neuen Väter“, die sich an der Kinderbetreuung und bei der anfallenden Hausarbeit beteiligen (wollen), treffen in ihrem beruflichen Umfeld zusätzlich auf vielfältige mentale Vorurteile. Immer öfter wird dann die Realisierung von Kinderwünschen aufgrund der fehlenden Unterstützung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf biographisch „verschoben“ bzw. überhaupt auf die Geburt eines Kindes verzichtet. Die gesellschaftliche Tragweite dieser vermeintlich „privaten“ Entscheidungen ist gravierend: Es bleiben gerade diejenigen ohne Kinder, die von ihren Bildungsvoraussetzungen und Erwerbsperspektiven her ihren (potentiellen) und mehrheitlich gewünschten Kindern bestmögliche Bedingungen des Aufwachsens bieten könnten. Dieser Tatbestand kann auf Grund seiner schwerwiegenden Folgen für eine Gesellschaft, die im internationalen Wettbewerb keine anderen Ressourcen einbringen kann als ihr Humanvermögen – also ihr kulturelles und soziales Kapital –, gar nicht ernst genug genommen werden. Mit anderen Worten: eine Gesellschaft, der es nicht mehr gelingt, ihre Funktions- und Leistungseliten zu reproduzieren, verspielt ihre Standortvorteile und ihre Zukunft auf lange Sicht.

Aber auch mit den Kindern, die in den mittleren und unteren Bildungsgruppen nach wie vor geboren werden, geht die bundesdeutsche Gesellschaft strukturell gleichgültig um. Wenn im Jahre 2000 immerhin 43 % aller Kinder mit einer Mehrfachbenachteiligung außerhalb des Kindergartens keinerlei Frühförderung erfahren haben, so wird offensichtlich, dass es mit einer „öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern“ hier zu Lande nicht gut bestellt ist. Gerade Kinder aus Familien in armen und prekären Lebenslagen brauchen einen anregungsreichen Kinderalltag jenseits ihrer teils bedrückenden Herkunftsmilieus. Eine gute Betreuung und Bildung von Anfang an ist die einzige Möglichkeit, wie Kinder aus diesen Verhältnissen dem Teufelskreis von Armut entkommen können. Nur so werden sie sich – wie uns die Neurobiologie und die Entwicklungspsychologie lehren – gut entwickeln können, körperlich und geistig,

d. h. ihre linke und rechte Gehirnhälfte und die Wahrnehmungskanäle zwischen ihnen und damit die Voraussetzungen für die Entwicklung von Kreativität, Selbstwahrnehmung, Problemlösungs- und Sozialkompetenz. Ein soziokulturelles Existenzminimum allein ist folglich für arme Kinder und ihre Familien keinesfalls hinreichend, sondern hat zu ihrer „fürsorglichen Vernachlässigung“ (P. Nolte) beigetragen. Vielmehr sind armutspräventive Maßnahmen einer sensiblen Kinder- und Jugendarbeit von der gezielten Frühförderung über eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Kinder in der Schulzeit bis hin zu einem gelingenden Ausbildungsabschluss von Nöten. Für ihre Eltern braucht es – neben Hartz VI mit dem Ziel ihrer Reintegration in den Arbeitsmarkt – vielfältige vernetzte Formen von aufsuchender und anleitender hauswirtschaftlicher, soziopädagogischer und – psychologischer Familienhilfe und Familienbildung, um Alltagskompetenzen zu vermitteln, Familienbeziehungen zu stabilisieren oder ein „Entgleiten von Zeitstrukturen“ zu verhindern. Zusätzliche monetäre Transfers sind insbesondere für Familienhaushalte keine Lösung, die schon über mehrere Generationen in Armutslagen leben, weil sich dadurch an der Problemstruktur des Familienalltags und dem Ausgabeverhalten der Eltern schlicht nichts ändert.

Aus dem Gesagten ergeben sich vielfältige Handlungserfordernisse. Arbeitsmarktpolitische Strategien sollten betont auf den Ausbau einer familien- und personenbezogenen Dienstleistungsinfrastruktur setzen, anstatt zu meinen, hier weiter mit Ehrenamt und dem lange Jahre praktizierten „Mut zur Lücke“ fortzufahren, jüngst ergänzt um das Instrument der Ein-Euro-Jobs. Wenngleich die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft ein wichtiger Industriestandort bleiben wird, ist der Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft unverkennbar und sollte durch staatliche „Markteinführungshilfen“ offensiv und zielgerichtet begleitet werden. Dabei geht es nicht in erster Linie um unternehmensnahe computergestützte Dienstleistungen, sondern um die schrittweise Besserstellung der feminisierten Dienstleistungsberufe, um ihre höhere Wertschätzung und weitere Professionalisierung, wie es andere europäische Länder bereits seit Jahren praktizieren. Die Lebensqualität von Kindern, Familien und pflegebedürftigen Gesellschaftsmitgliedern hängt perspektivisch ganz entscheidend von einem flexiblen und vielfältigen Angebot an solchen Diensten und einer bedarfsorientierten Qualifizierung des Personals mit hoher Schnittstellenkompetenz ab. Deshalb brauchen wir dringend eine öffentliche Diskussion über die Standards in der Kinderbetreuung, der Ernährung, Bildung, Gesundheit und Pflege. Viel zu lange waren diese Tätigkeiten „unsichtbar“ in den Privatbereich verbannt und gesellschaftlich gering geschätzt. Der Ausbau einer vitalen familienergänzenden Infrastruktur hätte drei positive Wirkungen: zum einen wäre das eine wichtige Ermutigungsstrategie zum Leben mit Kindern für AkademikerInnen, zum zweiten böte sie Kindern und Eltern aus benachteiligten Familien vielfältige Unterstützung im Sinne einer systematischen

Armutsprävention und würde dadurch Folgekosten in Milliardenhöhe vermeiden. Drittens schließlich könnten auf diesem Wege in den Kommunen rationalisierungsresistente Beschäftigungschancen für unterschiedliche Qualifikations- und Berufsgruppen entstehen.

In der Bildungspolitik ist eine Abkehr von der einseitigen Fixierung auf die Vermittlung von Kompetenzen zur Vorbereitung auf das Erwerbsleben von Nöten. Beispielsweise besteht mit dem Ausbau von Ganztagschulen die Chance, Kindern und Jugendlichen an ihren Lern- und Lebensorten vielfältige Angebote zu unterbreiten, die ihre körperliche und geistige Entwicklung in jeder Hinsicht befördern, ein Lernen und Begreifen ihres Umfeldes mit allen Sinnen und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Das beginnt am Lern- und Lebensort „Schule“ mit einer ausgewogenen Pausen- und Mittagsverpflegung, die in ihrer Bedeutung der Vermittlung von notwendigen Kompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen keineswegs nachsteht. Gerade Pädagogen neigen jedoch häufig dazu, die ernährungsphysiologische Grundwahrheit zu unterschätzen, dass die Konzentrations- und Lernfähigkeit von Kindern unter anderem substantiell auch von ihrer Versorgung mit Nährstoffen und Vitaminen sowie von einer ausreichenden Flüssigkeitszufuhr abhängt. Da Kinder in ihren Herkunftsfamilien teilweise nicht mehr optimal versorgt werden und auch die notwendigen Kulturtechniken und Alltagskompetenzen häufig nicht mehr erwerben, gilt es diese Themen in den Alltag von Kindergarten und Schulen systematisch zu integrieren und Kinder auch stärker in den Prozess der Mahlzeitenvor- und -zubereitung einzubeziehen. Der Tatbestand, dass heute bereits zwischen 7 und 10 % der Kinder adipös (fettleibig) und weitere 25 bis 30 % übergewichtig sind, zeigt den Ernst der Lage hinreichend an.

Mit dem geplanten Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten ergibt sich darüber hinaus die Chance, in den konkreten Erfahrungs- und Lernzusammenhängen von Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, dass die Familienarbeit keineswegs selbstverständlich oder gar „naturegegeben“ in den Zuständigkeitsbereich von Mädchen und Frauen fällt, sondern Aufgabe beider Geschlechter ist. Bisher jedoch wird eine differenzierte Auseinandersetzung mit den tradierten Geschlechterrollenmustern in der Schule kaum geführt. Eher wird den Mädchen die Illusion vermittelt, dass ihnen später alle Chancen offen stehen, wenn sie sehr (gute) Schulabschlüsse erreichen. Demgegenüber gibt es bis heute eine Schweigespirale in Sachen Haus- und Fürsorgearbeit, für deren Übernahme Frauen nach wie vor verantwortlich gemacht werden, sobald sie sich für Kinder entscheiden. Auch die daraus folgenden negativen Konsequenzen für ihre Berufsperspektive, ihr Lebenserwerbseinkommen und ihre Alterssicherung werden nicht thematisiert. Erst im Übergang zur Elternschaft wird zudem deutlich, dass die Erwartungshaltungen beider Geschlechter an eine Partnerschaft mit

Kindern teils erheblich divergieren. Das beeinflusst die Qualität der Partnerschaft negativ: die gegenseitige Wertschätzung, gemeinsame Unternehmungen und Zärtlichkeit nehmen nach der Geburt eines Kindes ab, fast die Hälfte der Paarbeziehungen sind nach fünf Jahren auf dem Tiefpunkt angelangt. Der „Rückzug der Männer aus der Familie“ zugunsten von Erwerbsarbeit und Karriere hat aber noch einen weiteren fatalen Effekt: Als Erwachsene treffen Männer in den verschiedensten (Führungs-)Positionen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vielfach Entscheidungen, die aufgrund der ihren i.d.R. fehlenden Fürsorge- und Alltagskompetenzen (bzw. aufgrund des Mangels an Wertschätzung diesen Aufgabenbereichen gegenüber) nicht sachkundig und bedarfsgerecht ausfallen. Deshalb brauchen Jungen und junge Männer in Zukunft Erfahrung- und Lernfelder von fürsorglicher Praxis. Nur so lässt sich ein gesellschaftliches Leitbild umsetzen, das Männer und Frauen für die Erwirtschaftung ihres Unterhalts durch eigene Erwerbsarbeit gleichermaßen verantwortlich macht wie für die entlang des Lebensverlaufs anfallenden Fürsorgeverpflichtungen gegenüber Kindern, kranken und pflegebedürftigen Familienmitgliedern.

Dieses „adult worker model“ braucht aber auch sozialpolitische Flankierungen. Bisher wirken sich Unterbrechungen der Erwerbsbiographie i.d.R. nachteilig für die aktuelle Lebenssituation aus, aber auch für die beruflichen Wiedereinstiegschancen und die Alterssicherung. Lücken in der Erwerbsbiographie und die Annahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen sind oft gleichbedeutend mit Lücken in der Versicherungsbiographie. Während Männer entlang ihrer Erwerbsbiographie bislang ganz überwiegend in Vollzeit arbeiten, geht der Zuwachs der Erwerbsbeteiligung von westdeutschen Frauen wesentlich auf eine Zunahme von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen mit einer Wochenarbeitszeit von weniger als 20 Stunden zurück, wohingegen der Anteil der in Vollzeit erwerbstätigen Frauen seit 1991 stagniert. Zuzüglich der familienbedingten Unterbrechungen von Erwerbsarbeit ergeben sich daraus kumulative Nachteile für die Lebenserwerbseinkommen und Berufsbiographien von Frauen. Das Leitbild der/s Erwerbstätigen, die/der im Lebensverlauf zugleich auch familiäre Fürsorgeaufgaben zu übernehmen hat, kann demnach nur dann durchgesetzt werden, wenn einerseits eine Kontinuität in der Erwerbsbiographie für beide Geschlechter angestrebt wird, andererseits aber auch eine Diskontinuität der Erwerbsverläufe lebbar wird zwecks Anpassung der Erwerbsbiographie an Unterbrechungen zum Beispiel für (Weiter)bildung und Fürsorgeverpflichtungen im Sinne von „garantierten Optionalitäten“ (U. Klammer, WSI). Das schließt die verstärkte Förderung von Übergängen aus Phasen der Familienarbeit, der (Weiter-)bildung oder der Arbeitslosigkeit in die Erwerbsarbeit und umgekehrt ein. Darüber hinaus braucht es Wiedereinstiegshilfen nach Elternzeit- und Pflegeunterbrechungen, aber auch Möglichkeiten des Wechsels zwischen Vollzeit- und Teilzeit. Außerdem steht eine

Reorganisation des Beginns und des Endes von Erwerbsbiographien an: Sowohl die Eintrittsphase in das Erwerbsleben als auch die Austrittsphase haben sich mehr und mehr zu eigenständigen Phasen entwickelt. Kürzere Schul- und Ausbildungszeiten könnten ebenso wie bessere Bedingungen der Vereinbarkeit von Ausbildung und Familiengründung zur Dekompression von Erwerbsbiographien beitragen, was angesichts der hohen Lebenserwartung und bei einer flexiblen Gestaltung der Ausstiegsphase machbar wäre. Nur so ließe sich die „Rush-Hour of Life“ schrittweise auflösen, d.h. die Konzentration von Aufgaben im mittleren Lebensalter, nämlich berufliches Engagement, Familiengründung und Fürsorgeaufgaben für Kinder bzw. pflegebedürftige Angehörige synchron bewältigen zu müssen.

## EINLADUNG UND PROGRAMM

### **NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen**

#### **Bürgerschaftliches Engagement**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Reihe Impulse aus NRW möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung engagierte Bürgerinnen und Bürger, politische Akteure, Vertreter/innen von Verbänden und Initiativen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Medien zur Diskussion über die Chancen des demografischen Wandels in NRW einladen.

#### **Bürgerschaftliches Engagement**

**Donnerstag, 20. Oktober 2005, um 18.30 Uhr**

**Schloss Broich, Rittersaal**

**45479 Mülheim an der Ruhr**

Die Gesprächspartner auf dem Podium sind:

Frau **Dagmar Mühlenfeld**, Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr

Frau **Andrea Hankeln**, Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V. (CBE), Mülheim

Herr **Norbert Krüger**, Ford Werke, Köln

Herr **Dr. Adrian Reinert**, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Herr **Thomas Niermann**, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband- Gesamtverband e.V., Berlin

Moderation: **Beate Kowollik**, freie Journalistin, WDR-Moderatorin

Wir würden uns freuen, Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen und bitten Sie, die ausgefüllte Anmeldung bis zum **15.10.2005** zurückzusenden.

Mit freundlichen Grüßen



**Petra Wilke**

Abt. Gesellschaftspolitische Information  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



## V. Bürgerschaftliches Engagement – heute und morgen

---

Veranstaltungsimpressionen

Mühlheim an der Ruhr, 20. Oktober 2005

„Ohne bürgerschaftliches Engagement kann Demokratie nicht funktionieren.“ Mühlheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld setzt auf den Gemeinsinn ihrer Bürger. Unter ihrer Leitung hat sich Mühlheim zur Modellstadt für zivilgesellschaftlichen Einsatz gewandelt. Die Stadtgesellschaft verändert sich und zunehmend brechen bewährte soziale Strukturen weg: „Schon heute sind rund 30 Prozent unserer Bürger und Bürgerinnen älter als 60 Jahre. Es fehlt der Nachwuchs.“ Auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ machte das Mühlheimer Stadtoberhaupt deutlich, dass Kommunen erfolgreich auf den demografischen Wandel reagieren können – wenn sie die Unterstützung ihrer Bürger erhalten. Das festliche Schloss Broich lieferte den Rahmen für die vierte Veranstaltung aus der Reihe „Impulse aus NRW. Die Chancen des demografischen Wandels nutzen“.



v.l.: Andrea Hankeln, Thomas Niermann, Moderatorin Beate Kowollik, Dagmar Mühlenfeld, Norbert Krüger und Adrian Reinert

Foto: FES

Zu Beginn hob Oberbürgermeisterin **Dagmar Mühlenfeld** die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements hervor: "Ehrenamtlicher Einsatz ist in unserer Gesellschaft unverzichtbar. Viele gesellschaftliche Aufgaben wären ohne diesen Einsatz nicht zu leisten." Die Mülheimer Stadtverwaltung leistet ihren eigenen, konkreten Beitrag dazu: Jeder städtische Mitarbeiter kann sich bis zu 20 Stunden im Jahr freistellen lassen, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Beispiele für dieses „**Corporate Volunteering**“ sind die Initiative für Opfer der Tschernobyl-Katastrophe oder der jährliche Aktionstag „Mülheim räumt auf!“. Auch organisatorisch greift die Stadt interessierten Helfern unter die Arme: Das 2001 gegründete und von der Stadt Mülheim finanzierte „Centrum für bürgerschaftliches Engagement“ – kurz CBE – vermittelt Freiwillige, organisiert Projektarbeit und knüpft Kontakte zu Unternehmen, die sich an Initiativen beteiligen wollen.

Die Bedeutung des CBE für Mülheim betonte anschließend auch Dr. **Adrian Reinert** von der „Stiftung Mitarbeit“. In den Niederlanden existierten Agenturen als Anlaufstellen für engagierte Bürgerinnen und Bürger bereits seit drei Jahrzehnten – mit großem Erfolg. Dass derartige Einrichtungen vonnöten sind, liegt laut Reinert vor allem daran, dass sich das Bild des gesellschaftlich Engagierten in den letzten Jahren stark verändert hat: Zum einen differenzierten sich die Interessen junger Menschen stärker aus als früher. Statt sich in einer Partei oder Kirche zu engagieren, zögen Jugendliche heute oft die Mitarbeit im Dritte-Welt-Laden, in Naturschutzgruppen oder Friedensbewegungen vor. Zum anderen wollten sich vor allem junge Menschen häufig nicht mehr langfristig an einen Verein oder eine Vereinigung binden. Sie favorisieren eher die Projektarbeit – also intensives aber zeitlich begrenztes Engagement. Neue Angebotsformen für Ehrenamtlich müssten also entwickelt werden. Als Devise gelte dabei: Je konkreter das Projekt, je näher der Bezugspunkt, desto eher seien junge Menschen bereit, sich zu engagieren. In den Kommunen sollte immer wieder die Frage gestellt werden, ob Bürgerinnen und Bürger besser beteiligt werden können. Dazu gehört auch die Anwendung neuer Formen der Einwohner(innen)beteiligung an Entscheidungen. Regelmäßige **lokale Demokratiebilanzen, wie sie in Skandinavien aufgestellt werden**, können ein wertvolles Hilfsmittel sein.

Wie Projekte in konkretes Handeln umgesetzt werden können, demonstrierte im Anschluss **Andrea Hankeln**. Sie leitet seit Oktober 2004 das Mülheimer „**Centrum für bürgerschaftliches Engagement**“. Aktuelles Beispiel für die erfolgreiche Arbeit des CBE ist ein gerade angelaufenes Projekt an verschiedenen Mülheimer Schulen. Dank des Einsatzes engagierter Bürger können die Schüler z.B. in einer Theaterwerkstatt mitarbeiten, mit Hilfe eines „Finanzführerschein“ den Umgang mit Geld erlernen oder an einem Bewerbungsseminar teilnehmen. Auch in Kooperation mit Unternehmen werden vielfältige Projekte umgesetzt: So hat zum Beispiel eine Agentur einem Altenheim ein neues Orientierungssystem konzipiert, damit sich die älteren Menschen schneller und

leichter im Gebäude zurechtfinden. Besonders freute sich Hankeln darüber, dass das CBE mittlerweile einen festen Platz im Bewusstsein der Mülheimerinnen und Mülheimer eingenommen habe und die Zusammenarbeit mit den Vereinen immer besser funktioniere.

**Thomas Niermann** vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband-Gesamtverband e.V. kritisierte, dass viele soziale Einrichtungen unter sinkenden Einnahmen und steigendem Druck auf die Mitarbeiter zu kämpfen hätten. Um dem Missbrauch Freiwilliger vorzubeugen, hat der Wohlfahrtsverband daher eine sog. **Freiwilligencharta** entworfen, die den Beteiligten faire Bedingungen zusichern solle.

Wie auch Unternehmen sich gesellschaftspolitisch engagieren können, erläuterte **Norbert Krüger** von den Kölner Ford-Werken anhand der **Corporate-Citizenship-Strategie** des Automobilkonzerns. Der Autoproduzent eröffnet jedem Mitarbeiter die Gelegenheit, sich 16 Stunden im Jahr zu engagieren. Rund ein Drittel der Beschäftigten, also fast 4.000 Mitarbeiter, machen von diesem Angebot Gebrauch. Für die Ford-Werke ein Konzept, von dem alle Seiten profitieren: Neben den sinnvollen Tätigkeiten, die freiwillig geleistet werden, erwerben die Mitarbeiter soziale Kompetenzen, die ihnen auch im Berufsleben weiterhelfen – und imagefördernd ist diese Anschubfinanzierung von Ford allemal: „Durch ihre „draußen“ gesammelten Erfahrungen kommen frischer Wind und neue Ideen in das Unternehmen.“

In der anschließenden Diskussion trat Oberbürgermeisterin Mühlenfeld der Befürchtung entgegen, die Kommune wolle sich aus der sozialpolitischen Verantwortung stellen, indem sie bürgerschaftliches Engagement fördere. Vielmehr müsse der Staat lernen, dass er nicht alle Aufgaben eigenständig erledigen könne, sondern auf die Unterstützung seiner Bürger angewiesen sei. Adrian Reinert schließlich schlug vor, ähnlich dem skandinavischen Vorbild alle zwei Jahre eine „lokale Demokratiebilanz“ zu ziehen. Mit ihrer Hilfe könnten Kommunen bestehende Defizite erkennen und angemessen reagieren. Denn – und darin waren sich alle Beteiligten einig – es sei immer besser, präventiv zu handeln und Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen, anstatt hinterher mit den sozialpolitischen Folgen zu kämpfen.



## **Beiträge:**

**Dagmar Mühlenfeld**

### **Vorfahrt für das Ehrenamt: Mülheim an der Ruhr fördert und fordert bürgerschaftliches Engagement**

Die Gesellschaft in Deutschland, aber auch unsere Stadtgesellschaft in Mülheim an der Ruhr verändert sich rasant. Die Bevölkerung wird immer älter. Schon heute sind rund 30 Prozent unserer Bürger und Bürgerinnen älter als 60 Jahre. Es fehlt der Nachwuchs. Bewährte soziale Strukturen brechen weg. Deshalb setzen wir in Mülheim an der Ruhr auf die konsequente Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.



**Dagmar Mühlenfeld und Norbert Krüger**

**Foto: FES**

In unserer Stadt gibt es bereits viele Menschen, die sich in Vereinen, Verbänden oder Kirchen ehrenamtlich engagieren. Sie gilt es in ihrer Arbeit zu bestätigen und mit einer neuen Anerkennungskultur zu stärken. Wir wissen aber auch, dass es noch viele Bürger und Bürgerinnen gibt, die sich gerne ehrenamtlich engagieren wollen, die aber nicht genau wissen, wie dies aussehen könnte. Für diese „schlummernden Potenziale“ haben wir eine Anlaufstelle geschaffen: das CBE (Centrum für Bürgerschaftliches

Engagement). Hier wird jeder Einzelne, werden aber auch Unternehmen beraten. Die individuellen Fähigkeiten und Wünsche werden ermittelt; die Ehrenamtlichen werden im CBE für ihre Aufgaben qualifiziert und anschließend an gemeinnützige Partner vermittelt. Gleichzeitig entwickelt das CBE eigene Projekte, die sich aus dem Bedarf in unserer Stadt ergeben. So können Angebot und Nachfrage immer häufiger befriedigt werden.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat sich dafür entschieden, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, aber auch einzufordern. Das bedeutet für uns als Kommune, dass wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen müssen, damit sich dieses Engagement wirklich entfalten kann. Dies setzt voraus, dass wir uns als „Ermöglichungsverwaltung“ verstehen. Diesen Bewusstseinswandel gilt es, in alle Bereiche der Verwaltung zu tragen und dort umzusetzen. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung müssen zudem erkennen und zulassen, dass die Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen mehr ist als die Beteiligung im Rahmen von formalen Verfahren. Das kann auch bedeuten, Entscheidungskompetenz zu teilen oder abzugeben. Das heißt aber gerade auch, in Zeiten leerer Kassen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung zu stellen. Die „geldwerten Effekte“ werden die eingesetzten Mittel um ein Vielfaches übersteigen.

Bürgerschaftliches Engagement ist aber nicht nur ein Thema für Politik und Verwaltung. Wir brauchen starke Partner, wenn wir erfolgreich sein wollen. Die Unternehmen werden eine immer wichtige Rolle bei der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung spielen. Schon jetzt ist in unserer Stadt spürbar, dass sich viele Unternehmen dessen bewusst sind und sich dieser Herausforderung stellen. Ob finanzielle Unterstützung oder der persönliche Einsatz von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen vor Ort: Mülheimer Unternehmen haben schon viel bewegt. Wenn wir dies von privaten Unternehmen fordern, so müssen wir als Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. „Corporate Volunerring“ ist denn auch für uns kein Lippenbekenntnis: Seit diesem Jahr stellen wir Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bis zu 20 Stunden im Jahr vom Dienst frei, wenn sie sich in ehrenamtlichen Projekten engagieren wollen. Und wir treten gemeinsam in ausgewählten Projekten an, um uns für andere zu engagieren.

Wichtige Partner bei der Umsetzung von Projekten und zugleich Empfänger von Hilfsleistungen sind die Trägerorganisationen und Verbände. Häufig geht gerade diese Gruppe jedoch noch zu defensiv mit den sich erschließenden Möglichkeiten um. Der Aufwand, solche Projekte umzusetzen, scheint vielen zu hoch. Diese Ängste müssen wir abbauen helfen. Wir müssen die Chancen und langfristigen Effekte von

Partnerschaften mit einem Unternehmen herausstellen. Dann werden wir alle noch stärker vom bürgerschaftlichen Engagement profitieren.

Trotz aller Euphorie: Es muss uns aber auch klar sein, dass bürgerschaftliches Engagement die Aufgaben und Pflichten einer Kommune nicht ersetzen soll, sondern nur ergänzen kann. Wir müssen es als Chance begreifen für ein intensiveres Miteinander, für aktive Teilhabe möglichst vieler Menschen am Gestaltungsprozess der Stadt und für eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls.



Dr. Adrian Reinert

## Bürgerschaftliches Engagement - heute und morgen

### I. Zur Entwicklung des Engagements

#### **Gesellschaftliche Bedeutung ehrenamtlichen Engagements**

1. Die Demokratie kann nur lebendig werden und Gemeinsinn nur entstehen, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, in der Gesellschaft aktiv mitzuwirken und Mitverantwortung zu übernehmen. Viele Bereiche sozialer Arbeit könnten ohne dieses freiwillige Engagement nicht geleistet werden. Ähnlich sieht es im Sportwesen, bei den Jugendverbänden und nicht zuletzt auch im Natur- und Umweltschutz aus. Durch den demographischen Wandel wird sich die Notwendigkeit einer aktiven Engagementförderung noch dramatisch verstärken.



v.l.: Norbert Krüger und Adrian Reinert

Foto: FES

#### **Widersprüchliche Befunde**

2. Bei der Bewertung der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements zeigt sich indes ein widersprüchliches Bild. Es gibt eine unübersehbare Flut von Einzeluntersuchungen mit zum Teil höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Vermutlich haben wir es mit einer Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen zu tun.

### **Engagement hat sich spezialisiert und diversifiziert**

3. So ist bürgerschaftliches Engagement keineswegs generell rückläufig. Das Engagement hat sich vielmehr spezialisiert und diversifiziert. Ebenso gibt es nach wie vor deutliche regionale (vor allem auch Stadt-Land) und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art des Engagements.

### **Neue Motivationsmuster**

4. Neben die traditionellen Motive "Pflichterfüllung" und "Helfen" treten zunehmend die Motive "Gestaltungswille" und "Selbstverwirklichung". Gesellschaftliches Engagement wird nicht bloß im Sinne altruistischer Pflichterfüllung verstanden, sondern soll den persönlichen Neigungen und Interessen entsprechen. Persönlicher Bezug und Autonomie im Handlungsfeld sind wichtig. Vieles spricht dafür, daß sich diese Tendenz weiter verstärken wird.

### **Neue Engagementformen**

5. Tendenziell verlagert Engagement sich gerade in den jüngeren Jahrgängen von den klassischen Betätigungsformen in Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden zu neuen Formen der Selbstorganisation in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Betroffenenorganisationen und selbstorganisierten Projekten sowie anderen Netzwerken Gleichgesinnter.

### **Kennzeichen der neuen Engagementformen**

6. Auslösendes Moment für dieses Engagement sind vielfach persönliche Betroffenheit oder erlebte Mängel oder Mißstände. Wesentliche Merkmale dieser neuen Engagementformen sind

- a) die thematische Spezialisierung
- b) der temporäre Charakter der Engagementverpflichtung
- c) die überschaubare Gruppengröße

### **"Der Trend rennt"**

7. Die traditionellen Engagementformen sind nach wie vor zahlenmäßig dominant. Vieles spricht aber dafür, daß sich das Engagement weiter in die Richtung der neuen Engagementformen entwickeln wird, zumal diese gerade in den jüngeren Jahrgängen und gleichsam nachwachsenden Generationen stark verbreitet sind.

### **Internationalisierung von Bürgergesellschaft**

8. Zu den besonders bemerkenswerten Entwicklungen der letzten Jahre gehört die Internationalisierung der Bürgergesellschaft. Allein die Zahl internationaler NGOs wird auf über 50.000 geschätzt. Sie hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die zunehmende Internationalisierung der Bürgergesellschaft kommt aber nicht bloß in

solchen Zahlen zum Ausdruck, sondern auch in vielfältigen internationalen Aktionen und bewußtem Solidaritätshandeln im Alltag - etwa im Einsatz für politisch, rassistisch, ethnisch und sexistisch Verfolgte, für globalen Klimaschutz und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, im Verbraucherboykott gegen Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit, Umweltzerstörung usw. Hier sind Vernetzung und Kommunikation durch das Internet enorm erleichtert worden.

## **II. Veränderte Rahmenbedingungen des Engagements**

### **Erschwernisse von Engagement**

9. Bürgerschaftliches Engagement ist aber kein Selbstläufer. Bei aller Wertschätzung der neuen Formen des Engagements dürfen bestimmte gesellschaftliche Veränderungen nicht übersehen werden, die dem Engagement eher abträglich sind. Zu nennen sind z.B.:

#### **Erschwerte Solidarität**

9.1 Die Entwicklung von Solidarität wird durch Individualisierungs- und Differenzierungsprozesse erschwert. An die Stelle dauerhafter lokaler Gemeinschaft sind eine Vielzahl flüchtiger, situativer und weniger intensiver und längerfristiger Kontakte getreten. Der Lebensalltag (Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Familie, Konsum etc.) wird vielfach ortsverschieden oder zumindest ortsunabhängig in zweckspezifischen Umgebungen wahrgenommen. Andere Indikatoren sind die Zahl der Umzüge und der single-Haushalte oder die zunehmende berufliche Mobilität.

#### **Überlokale Orientierung versus Cocooning**

9.2. Die räumliche Umgebung verliert an sozialer Bedeutung. Die neuen Medien und Informationstechnologien führen einerseits zu einer überlokalen Orientierung. Andererseits erfolgt ein Rückzug in den unmittelbarsten Privatbereich (Cocooning).

#### **Ablenkungsgesellschaft**

9.3. Bürgerschaftliches Engagement steht in der Ablenkungs- oder Erlebnisgesellschaft in Konkurrenz zu extrem vielen anderen Möglichkeiten, freie Zeit zu verbringen. Kennzeichen für den veränderten Lebensstil vor allem in Teilen der nachwachsenden Generationen ist eine starke Gegenwartsbezogenheit geworden.

#### **Knappheit der „Ressource Zeit“**

9.4. Anderen Menschen wiederum fehlt für ein dauerhaftes Engagement schlichtweg die Zeit. Zwar hat die tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit während der letzten Jahrzehnte abgenommen, doch sind dafür außerberufliche Verpflichtungen und Beanspruchungen gestiegen.

## **Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen**

9.5 Dem vermehrten Partizipationsanspruch in Teilen der Bevölkerung stehen auf der anderen Seite Bevölkerungsgruppen gegenüber, die für sich keine Möglichkeiten sehen, Einfluß auf ihre Lebensbedingungen zu nehmen und sich apathisch verhalten oder sogar destruktiv reagieren.

## **Risiken für das Sozialkapital**

10. In einer zerklüfteten Gesellschaft droht die Gefahr, daß Sozialkapital verloren geht bzw. nicht neu entwickelt wird. Sozialkapital kann in Anlehnung an den amerikanischen Sozialwissenschaftler Robert D. Putnam definiert werden als die Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaftsmitglieder zur Zusammenarbeit. Sozialkapital ist eine Schlüsselressource für die Demokratie und muß kontinuierlich aktualisiert werden.

## **Bedeutung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für das Sozialkapital**

11. Bürgerschaftliche Vereine, Initiativen und Organisationen tragen ganz wesentlich zur Bildung von Sozialkapital bei und sind wichtige Lernorte. Sie schaffen Gelegenheiten für Begegnung und Kommunikation, ermöglichen soziales Lernen und die Entwicklung persönlicher Kompetenzen, vermitteln soziale Werte, machen den Zusammenhang zwischen eigenem Verhalten und seinen Auswirkungen sichtbar und fördern als situative Gemeinschaften Solidarität und das Bewußtsein, füreinander verantwortlich zu sein.

## **III. Engagement fördern - aber wie?**

### **Differenzierte Angebotsformen erforderlich**

13. Die in der Gesellschaft vorhandene Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Um sie zu aktivieren, sind vielfältige Angebotsformen notwendig, die den unterschiedlichen Motivationsmustern gerecht werden, wozu gerade auch (zeitlich) abgestufte Mitmachmöglichkeiten gehören.

### **Bewußter Umgang mit Freiwilligen**

14. Freiwillige sind eine unschätzbar wertvolle Ressource einer Organisation. Sie müssen auch als solche behandelt werden und haben ein Recht auf eine sinnvolle Aufgabenstellung, gute Information und klare Aufgabenstellung, eine Struktur, die Lernen und Wachsen fördert, Einführung und Training, Anerkennung ihrer Leistung auch bei kurzzeitigem Engagement, Möglichkeiten der Mitsprache.

### **Persönliche Ansprache**

15. Die Mehrzahl der heute Aktiven ist, wie Untersuchungen und Alltagserfahrungen zeigen, über persönliche Kontakte und persönliche Ansprache zum Engagement gekommen. Persönliche Ansprache bleibt das wichtigste Mittel, um neue Aktive zu gewinnen. Je zielgerichteter die Ansprache erfolgt, desto geringer ist das Risiko beiderseitiger Enttäuschungen.

### **Aktionen und Projekte**

16. Es ist leichter, Mitstreiter(innen) für und über konkrete Aktionen und Projekte als direkt für ein dauerhaftes Engagement zu gewinnen. Aktionen und Projekte sind zudem wichtige Ziel- und Referenzpunkte für die Arbeit einer Organisation. Gut ist es, nach ihrem Abschluss noch mal zusammenzukommen, um auszuwerten, anzuerkennen und zu feiern.

### **Engagementfördernde Infrastruktur**

17. Bürgerschaftliches Engagement braucht unbürokratische, aber kontinuierliche Unterstützung. Dazu gehört eine bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur des Helfens. Dazu gehören Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, die Interessierte beraten, ihnen praktische Hilfestellungen geben und Kontakte vermitteln. Unkosten und Aufwand müssen im Bedarfsfall unbürokratisch erstattet werden können. Zu einer engagementfördernden Infrastruktur können auch Bürgerstiftungen beitragen.

### **Prinzip der Mitverantwortlichkeit**

18. Wer von Bürgerinnen und Bürgern verantwortliches Handeln erwartet, muß ihnen in allen Bereichen auch Verantwortung und Entscheidungskompetenzen übertragen. Mitverantwortlichkeit darf nicht nur normativ vermittelt werden, sondern muß selbstverständlicher Bestandteil des Alltagslebens werden. Entsprechendes learning by doing kann nicht früh genug ansetzen (Fifty-Fifty-Schulen, Kinder- und Jugendbeteiligung).

### **Aktivierende Einwohner(innen)beteiligung**

19. Staat und Gemeinden müssen die Förderung des Bürgerengagements und der Bürger(innen)beteiligung zum Querschnittsziel in sämtlichen politischen Handlungsfeldern werden. Überall müssen die Leitfragen gestellt werden: „Können hier Bürgerinnen und Bürger besser beteiligt werden?“ Und: „Tun wir genug, um bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Mitverantwortung zu fördern?“ Dazu gehört auch die Anwendung neuer Formen der Einwohner(innen)beteiligung an Entscheidungen. Regelmäßige lokale Demokratiebilanzen können ein wertvolles Hilfsmittel sein.

## **Gesellschaftliche Zukunftsfrage: Neubewertung von Arbeit**

20. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht der billige Jakob des Wohlfahrtsstaates. Wer es auf die Funktion der Entlastung öffentlicher Haushalte reduziert, verkennt seine besondere ideelle und soziale Qualität. Gerade vor dem Hintergrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit müssen vielmehr neue Wege zur besseren Vereinbarkeit von bisher unbezahlter Arbeit und bezahlter Erwerbstätigkeit gesucht werden.

### **Literaturhinweise:**

Stiftung MITARBEIT / Paritätischer Wohlfahrtsverband NW 1997 (Hrsg.): Logbuch für Schatzsuchende. Ein Lesebuch für freiwilliges soziales Engagement, Bonn

Adrian Reinert: Bürgergesellschaft fördern und entwickeln. Handreichung zum "Wegweiser Bürgergesellschaft". 2. Auflage, Stiftung MITARBEIT Bonn 2003

"Wegweiser Bürgergesellschaft" im Internet: [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

(Dr. Adrian Reinert, Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Straße 37, D-53111 Bonn,  
Tel.: 0049-228/60424-0; Fax: 0049-228/60424-22, Mail: [reinert@mitarbeit.de](mailto:reinert@mitarbeit.de);  
Internet: [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de); [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de))

Weitere Informationen zum Projekt Demokratiebilanz im Internet: [www.buergerorientierte-kommune.de](http://www.buergerorientierte-kommune.de)

## Freiwilligencharta des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

### Definition

Freiwilliges soziales Engagement umfasst Honoratiorenehrenamt, klassisches soziales Ehrenamt aus religiöser oder humanitärer Verantwortung, bürgerschaftliches Engagement in Initiativen und Verbänden, die Mitarbeit in Selbsthilfegruppen und -organisationen sowie Misch- und Übergangsformen zwischen diesen Tätigkeiten. Das Engagement kann sowohl dauerhaft und kontinuierlich als auch kurzfristig und spontan sein; es kann berufsbegleitend, zwischen Ausbildungsabschnitten, zur Vorbereitung auf den Wiedereinstieg in das Berufsleben oder nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben stattfinden. Der Versuch, freiwilliges soziales Engagement in all seinen Facetten und der Vielfalt seiner Motive in einem einzigen Begriff abzubilden, muss scheitern. Freiwilliges soziales Engagement im Sinne dieser Charta ist als Variable zu verstehen, die Raum für die Selbstdefinition der Engagierten schaffen soll.



v.l.: Andrea Hankeln, Thomas Niermann und Moderatorin Beate Kowollik Foto: FES

### Gesellschaftliche Bedeutung von Freiwilligem Engagement

Freiwilliges Engagement ist ein wesentliches Gestaltungselement moderner gesellschaftlicher Solidarität und partizipativer Demokratie. Freiwilliges Engagement

zeugt von der Kraft und dem Willen der Menschen, ihr Lebensumfeld selbständig zu gestalten. Es wirkt ausgleichend und regulativ gegen Tendenzen zur Überbürokratisierung und Überregulierung des Wohlfahrtsstaats. In der Freiwilligkeit des Handelns finden menschenfreundliche Haltungen, Gemeinwohlorientierung, Selbst- und Fremdverantwortung ihren Ausdruck. Es hat eine besondere symbolische, ideelle und soziale Qualität. In Deutschland engagieren sich rund 22 Millionen Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahren in 35 Millionen freiwillig ausgeübten Aufgaben oder Funktionen.

### **Soziale Sicherheit**

Freiwilliges Engagement wird durch soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ermöglicht und gefördert und ermöglicht und fördert diese. Es kann und soll Erwerbsarbeit nicht ersetzen. Alle Anstrengungen zur Aufwertung freiwilligen Engagements ersetzen nicht das Bemühen, Arbeit, Einkommen und soziale Transferleistungen gerecht zu verteilen sowie Staat und Zivilgesellschaft demokratisch auszugestalten.

### **Autonomie**

Über den Grad der Erwartbarkeit, Verfügbarkeit und Zumutbarkeit ihres Engagements entscheiden die Freiwilligen selbst.

### **Bedeutung für die Freie Wohlfahrtspflege**

Freiwilliges soziales Engagement ist konstitutiv für die Freie Wohlfahrtspflege. Es ist von wesentlicher Bedeutung für deren Selbstverständnis und Profilbildung.

### **Verantwortung des PARITÄTISCHEN**

Freiwilligkeit braucht Anregung, Offenheit und Identifikation. Die Pluralität der Motive für freiwilliges soziales Engagement wird vom PARITÄTISCHEN als Wohlfahrtsverband mit seinen Handlungsprinzipien Toleranz, Offenheit und Vielfalt angesprochen. Daraus erwächst ihm zugleich eine besondere Verantwortung, Rahmenbedingungen für solches Engagement zu schaffen, die Signalwirkung über die Verbandsgrenzen hinaus haben können.

### **Anliegen der Charta**

Die Freiwilligencharta des PARITÄTISCHEN strebt verlässliche Rahmenbedingungen für die Arbeit Freiwilliger in Diensten, Einrichtungen, Initiativen und Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen an.

## **Zehn Anforderungen an Dienste und Einrichtungen im PARITÄTISCHEN, in denen sich Freiwillige engagieren**

### **1. Zusammenarbeit Freiwilliger und hauptberuflich Tätiger fördern und klären**

Im PARITÄTISCHEN wird, bei Anerkennung der jeweiligen Besonderheiten, eine Partnerschaft freiwilliger und beruflicher sozialer Arbeit angestrebt. Freiwilliges soziales Engagement besitzt eine eigenständige Qualität, die beruflicher sozialer Arbeit nicht nachgeordnet ist, sondern in wechselseitiger Ergänzung zu ihr steht und von ihr geachtet wird. Es setzt innovative Impulse, stellt Verbindungen zur Lebenswelt außerhalb der sozialen Arbeit her und Routinen in Frage, ermöglicht, entwickelt und vermittelt verschiedenste Formen von Selbsthilfe u.a.

Ein erfolgreiches Zusammenwirken von freiwilligem sozialen Engagement und hauptberuflicher Arbeit kann am ehesten Kontinuität in die authentische Zuwendung zu hilfebedürftigen Menschen gewährleisten.

### **2. Vielfalt der Motive anerkennen und entwickeln**

Die Vielfalt der Motive, sich freiwillig sozial zu engagieren, wird anerkannt: Die Bedürfnisse nach Kommunikation und Gemeinschaft, nach Sinnstiftung und Lebensgestaltung, nach gesellschaftlicher Verantwortung und Anerkennung, nach Erwerb und Erhalt von Fähigkeiten, nach der Bewältigung eigener Probleme und der Gestaltung eigener Lebenswelten. Fremd- und Selbsthilfemotive stehen gleichberechtigt neben dem Anliegen, Gemeinwohl und eigene Betroffenheit miteinander zu verbinden. Diese Vielfalt ist Ausgangspunkt für Ansprache und Werbung Freiwilliger. Lebenserfahrung, Kreativität und Qualifikation Freiwilliger brauchen Gestaltungs- und Betätigungsfelder, wobei wechselseitige Erwartungen von Freiwilligen und Trägern sozialer Angebote klar formuliert werden sollen.

### **3. Einsatzfelder für Freiwillige gestalten und anbieten**

Mitgliedsorganisationen sowie Dienste und Einrichtungen sollen gezielt nach Einsatzfeldern für Freiwillige suchen und sie öffentlich anbieten. Stellenausschreibungen für freiwilliges soziales Engagement erscheinen geeignet, Interesse zu wecken und Erwartungen zu klären

### **4. Mitwirkung ermöglichen**

Mitgliedsorganisationen sowie Dienste und Einrichtungen sollen die Freiwilligen an der Willensbildung und der fachlichen Ausgestaltung der Arbeit beteiligen.

## **5. Rahmenbedingungen verlässlich abstecken**

Vereinbarungen über Arbeitszeit, voraussichtliche Dauer, Arbeitsumfang, Arbeitsinhalt und Verantwortung sollen klare und für beide Seiten verlässliche Rahmenbedingungen für das Engagement Freiwilliger abstecken.

Auch Modalitäten über die Unterbrechung und den Ausstieg aus freiwilligem Engagement sollen frühzeitig geklärt werden.

## **6. Einführung und Fortbildung anbieten**

Mitgliedsorganisationen sowie Dienste und Einrichtungen sollen die Freiwilligen angemessen in ihr Aufgabengebiet einführen und ihnen arbeitsfeldbezogene Fortbildung zugänglich machen.

## **7. Verantwortliche für Freiwilliges Engagement benennen**

Soziale Institutionen sollen Verantwortliche für Freiwilligkeit benennen. Die Begleitung von Freiwilligen benötigt personelle und finanzielle Ressourcen.

## **8. Finanzielle Aufwendungen erstatten**

Für Aufwendungen, die Freiwilligen im Zusammenhang mit ihrer Arbeit entstehen – hierzu zählen insbesondere auch Kosten für Fortbildung – soll ein Erstattungsanspruch bestehen.

## **9. Versicherungsschutz garantieren**

Freiwillige sollen einen angemessenen Versicherungsschutz erhalten, über den sie unaufgefordert informiert werden.

## **10. Qualifizierten Nachweis ausstellen**

Auf Wunsch der Freiwilligen wird ein qualifizierter Nachweis ausgestellt, der differenzierte Aussagen zu Art, Dauer und Umfang ihres Engagements enthält.

## **Maßnahmen zur Förderung von Freiwilligem Engagement**

### **Infrastruktur**

Der PARITÄTISCHE betrachtet Beratung zum Freiwilligenmanagement als integrale Querschnittsaufgabe aller verbandlichen Ebenen. Er versteht sich zugleich als Berater, Begleiter und Unterstützer für freiwilliges soziales Engagement über Verbandsgrenzen hinaus.

Der PARITÄTISCHE fordert Länder und Kommunen auf, Förderstrategien zu entwickeln, die den Auf- und Ausbau der Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement (Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros etc.)

ermöglichen und bestehenden Informations- und Kontaktstellen eine sichere finanzielle Grundlage bieten.

Der PARITÄTISCHE will zu einer wirkungsvollen Vernetzung der um das freiwillige Engagement bemühten Einrichtungen und Dienste beitragen, so dass Ressourcen gebündelt werden und für interessierte Bürgerinnen und Bürger Transparenz entsteht.

### **Finanzielle Förderung**

Selbsthilfegruppen und –organisationen, Sozial- und Wohlfahrtsverbände benötigen von Bund, Ländern und Kommunen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen freiwilligen sozialen Engagements eine angemessene finanzielle Förderung.

### **Gesellschaftliche und gesetzliche Flankierung**

Der PARITÄTISCHE fordert für das freiwillige Engagement eine größere gesellschaftliche Anerkennung. Er tritt gegenüber Bund und Ländern dafür ein, Möglichkeiten zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu suchen und auszuschöpfen. Dazu gehört insbesondere auch die regelmäßige Überprüfung von Gesetzgebungsvorhaben und Verordnungen auf Berücksichtigung von Erfordernissen für freiwilliges soziales Engagement.

### **Zusammenarbeit mit Ausbildungsstätten und Wirtschaftsunternehmen**

Der PARITÄTISCHE sieht in freiwilligem Engagement die Chance zu sozialem Lernen und bietet Schulen, Ausbildungsstätten, Firmen und Betrieben die Kooperation für zeitlich begrenztes Engagement, Projektarbeit sowie weitere zu entwickelnde Formen Freiwilligen Engagements an.

### **Freiwilliges Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern**

Der PARITÄTISCHE bietet oder vermittelt Unternehmen mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Chance zum „Seitenwechsel“, d.h. zur Erweiterung des Erfahrungshorizontes und zur Stärkung der sozialen Kompetenz durch freiwilliges Engagement. Er bietet oder vermittelt Arbeitsfelder für den zu fördernden Einsatz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

### **Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung**

Der PARITÄTISCHE begrüßt und unterstützt die vielfältigen Forschungsprojekte zum freiwilligen Engagement. Er fordert Universitäten und Fachhochschulen auf, in sozialpädagogischen, sozialwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Studiengängen Studierende für die Zusammenarbeit mit freiwillig engagierten Menschen zu qualifizieren. Der PARITÄTISCHE bietet hierzu seine Kooperation an.

Frankfurt am Main, 13.12.2001



Norbert Krüger

## Corporate Citizenship bei der Ford-Werke GmbH

"Fester Bestandteil der Unternehmensphilosophie der Ford-Werke GmbH ist ihre Corporate Citizenship-Strategie. Die CC Strategie basiert auf der Überzeugung, als ein globales Unternehmen ganzheitlich Verantwortung zu übernehmen. Dies unterstreicht das Unternehmen durch seine Rolle als "guter Bürger", indem es der Gesellschaft etwas zurückgibt, was über Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze hinausgeht. Basis für diese Art der Unternehmensverantwortung ist das nachhaltige Wirtschaften mit den drei Säulen: Ökonomische, ökologische und soziale Verantwortung. Die Orientierung an diesen Säulen erstreckt sich auf jegliches Handeln des Unternehmens, nicht nur auf Aktivitäten für die Gesellschaft. Daher ist CC für Ford Teil ihrer grundlegenden Aktivität und damit des Wirtschaftens selbst.



Dagmar Mühlenfeld, Norbert Krüger und Adrian Reinert

Foto: FES

Die Strategie der Ford-Werke, gesellschaftlichen Verantwortung zu übernehmen, wird durch das Community Involvement-Programm umgesetzt. Ein wesentliches Element des Programms ist das Corporate Volunteering. Es ermöglicht jedem Mitarbeiter, sich pro Jahr 16 Stunden oder zwei Arbeitstage von der eigentlichen Arbeit bezahlt freistellen zu lassen, um sich freiwillig in gemeinnützigen Projekten am jeweiligen

Standort/Wohnort zu engagieren. Die Mitarbeiter können Projekte in den jeweiligen Bereichen umsetzen: Gesundheit und Soziales, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Sport, Hilfs- und Rettungsdienst sowie Umwelt und Naturschutz. Finanzielle Unterstützung ist dabei nicht vorgesehen, denn das Unternehmen hat sich bewusst, um den Charakter des Engagements als "etwas andere Spende" zu betonen, für die "Zeit- und Know-how-Spende" durch die Beschäftigten entschieden.

Ein solches öffentliches Engagement ist nur dann nachhaltig, wenn alle Beteiligten davon profitieren. Ford ist sich bewusst, dass Unternehmen nicht zuletzt auch daran gemessen werden, ob und wie sie sich für die Gesellschaft engagieren. Bürgerschaftliches Engagement kann also das Image eines Unternehmens stärken, sowohl bei den Kunden als auch bei (potentiellen) Mitarbeitern. Diese Aktivitäten fördern die Eigeninitiative, den Teamgeist und die soziale Kompetenz der Projektteilnehmer. Durch ihre "draußen" gesammelten Erfahrungen kommen frischer Wind und neue Ideen in das Unternehmen. Neben der tatkräftigen Unterstützung bringen Ford-Mitarbeiter gezielt Know-how und neue Impulse zum Kooperationspartner. Für die Mitarbeiter ihrerseits sind die Projekte eine Möglichkeit, neue Erfahrungen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen. So entsteht eine Situation, bei der es nur Gewinner gibt- und genau das macht diese Projekte für Ford so wertvoll.

Durch die "Anschubfinanzierung" der 16 bezahlten Arbeitsstunden kommt es oft zu langfristigen Bindungen zwischen den Mitarbeitern und den Einrichtungen, und dies ist auch das Ziel eines nachhaltigen Programms. Ehrenamt und Wirtschaft ist damit kein Gegensatz, sondern ein zukunftsweisendes Konzept für Unternehmen und die Gesellschaft. Es gilt die Chance, Gutes zu tun und dabei gleichzeitig zu gewinnen."

**Andrea Hankeln**

**Wer, wie, was, .....**

**warum das Centrum für bürgerschaftliches Engagement ?**

Bürgerschaftliches Engagement gewinnt in unserer Gesellschaft immer größere Bedeutung – nicht nur, aber auch aufgrund des demografischen Wandels. Wer in Mülheim bereits ehrenamtlich tätig ist oder es werden will – ob als Privatperson, als Gruppe, im Verein oder als Unternehmen – findet im Centrum für Bürgerschaftliches Engagement eine kompetente und erfahrene Anlaufstelle.

Das CBE ist als gemeinnütziger Verein organisiert. Die Finanzierung setzt sich zusammen aus einem jährlichen Zuschuss der Stadt, Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Projektmitteln.



**Andrea Hankeln und Thomas Niermann**

**Foto: FES**

Unsere Arbeit hat im Wesentlichen drei Schwerpunkte: Vermittlung von Freiwilligen, Projektentwicklung und Corporate Citizenship – was sich ins Deutsche mit „das Unternehmen als guter Bürger“ übersetzen lässt.

Wir vermitteln Privatpersonen – je nach Fähigkeiten, Wünschen und Zeitbudget – in Einsatzfelder im gemeinnützigen Bereich. Wir begleiten die Ehrenamtlichen dabei, beraten die Einrichtungen bezogen auf ihren Umgang mit den Freiwilligen und bieten Fortbildungen an. Die Frage nach sinnvoller Nutzung der „Frei“-Zeit, verbunden mit dem Wunsch nach Erfüllung, Anerkennung und Kontakten, findet bei uns ihre Antwort in einer vielfältigen Palette von Betätigungsmöglichkeiten – nicht nur im sozialen Bereich, auch Angebote im Kultur-, Natur- oder Sportbereich sind dabei.

Eine weitere Säule unserer Arbeit ist die Entwicklung von Projekten, die zur Stärkung ehrenamtlicher Strukturen in der Gesellschaft, in Vereinen, Verbänden etc. beitragen. So führen wir zum Beispiel ein Projekt an der Hauptschule Bruchstraße durch, bei dem Freiwillige mindestens ein Mal pro Woche am Nachmittag Kurse für die Schülerinnen und Schüler anbieten. Die Palette reicht dabei von Diskussionsforen zur Stärkung der Sprachkompetenz über Theaterwerkstätten bis hin zur Berufswahlorientierung. Alles, was den jungen Menschen helfen kann, ihr Leben und ihren späteren Berufsweg besser zu gestalten, kann angeboten werden.

Ein anderes Projekt möchte das (Selbst)Hilfepotenzial älterer Menschen aktivieren, Strukturen schaffen, auf die sie dabei zurückgreifen können und gleichzeitig Angebote für diese Zielgruppe machen. Denkbar ist z.B., von älteren Ehrenamtlichen geleitete Seminare anzubieten, deren Inhalte das Leben geschrieben hat. Warum sollten erfahrene Hausfrauen nach vielen Jahren „Familienbetrieb“ nicht in Hausarbeiten unerfahrenen, verwitweten Männern konkrete Hinweise zur Organisation des häuslichen Bereichs geben und somit ein Stück Lebensqualität sichern? Gemeinsam für sich und andere aktiv werden ist das Ziel.

Auch gemeinsam mit Unternehmen setzen wir Projekte um: Hier bringen sich die Unternehmen nicht unbedingt mit Geld ein, sondern sie unterstützen den gemeinnützigen Bereich mit ihrer „personellen Kraft“. So hat zum Beispiel eine Agentur einem Altenheim ein neues Orientierungssystem konzipiert, damit sich die älteren Menschen schneller und leichter im Gebäude zurechtfinden. Die Mitarbeiterinnen der Agentur haben durch ihre Unterstützungsleistung Einblick in den Alltag eines Seniorenheims gewinnen und ihre sozialen Kompetenzen erweitern können. Das Seniorenheim wird die Vorschläge kurzfristig umsetzen und hat somit im Alltag direkt vom Einsatz der Agentur profitiert. Alle Beteiligten sind auch bereit erklärt, bei Bedarf das Konzept auf andere Altenheime übertragen zu lassen.

Der RWE Rhein Ruhr AG haben wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen Vorschläge für Aktionstage in Mülheim unterbreitet. Die Bandbreite rangiert von der Organisation eines Ausfluges mit Kindern aus sozial schwachen Familien bis hin zum

Aufbau einer Fahrradwerkstatt in einer Wohnstätte für Behinderte. Für mindestens sieben Vorschläge haben sich bereits Mitarbeiter/innen der RWE Rhein Ruhr AG gefunden, erste Projekte wurden schon mit Erfolg umgesetzt.

Vieles mehr ist bei uns in Arbeit! Die Bedeutung und Rolle von Freiwilligenagenturen, bzw. von Centren wie unseren, die sich um alle Belange des bürgerschaftlichen Engagements kümmern, wird – so denke ich – mit diesem kurzen Abriss deutlich.

Wenn wir Ihr Interesse an unserer Arbeit geweckt haben, freuen wir uns, wenn Sie Kontakt zu uns aufnehmen.

Telefon 0208-970680

Weiter Infos finden Sie im Internet unter: [www.cbe-mh.de](http://www.cbe-mh.de)



## **VI. Schlussbetrachtung und Ausblick: Wir setzen die Diskussion fort!**

---

Die vier Podiumsdiskussionen haben das breite Spektrum der Fragestellungen aufgezeigt, die sich künftig aus den Folgen des demografischen Wandels ergeben werden. In Nordrhein-Westfalen werden die Herausforderungen bereits in ihren Zusammenhängen erfasst und angegangen. Eine verstärkte ressortübergreifende Zusammenarbeit durch die Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik ermöglicht zum Beispiel die Umsetzung nachhaltiger Konzepte in den Zukunftsbranchen der Senioren- und Gesundheitswirtschaft und schafft zudem neue Arbeitsplätze.

Auch in einigen Kommunen Nordrhein-Westfalens werden bereits gute Konzepte der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements umgesetzt, die als Bestpractice-Modelle für andere Kommunen dienen können, sofern sie den lokalen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst werden. Jeder einzelne Bürger ist dabei gefordert an der zukunftsfesten Kommune mitzugestalten und eigene Ideen einzubringen, denn es gibt weiterhin viel zu tun. Ob unzeitgemäße Erwartungshaltungen in Paarbeziehungen, Jugendzentrierung in Betrieben oder fehlende Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmer, in vielen Bereichen fehlt die nötige Umsetzung, obwohl geeignete Modelle existieren.

Ein erweiterter Blick ins europäische Ausland zeigt darüber hinaus, dass es an praxistauglichen Konzepten nicht mangelt. Die Eltern-Kind-Zentren in Großbritannien sind ein Beispiel für verbesserte Hilfe-, Beratungs- und Unterstützungssysteme für Familien. Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements findet man in Schweden und Finnland interessante Konzepte, um eine lebendige Demokratie vor Ort weiterzuentwickeln. Die Idee der lokalen Demokratiebilanz zielt darauf, durch regelmäßige Bürgerbefragungen, den erreichten Grad von Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung in Kommunen zu dokumentieren und zu optimieren.

In den lebhaften Diskussionen haben die Referenten wichtige Beiträge zur Bewusstseinsbildung geliefert und Lösungskonzepte präsentiert. Auch der Diskussionsbedarf des Publikums, darunter Menschen in unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Funktionen und Positionen, zeigt das ungebrochene Interesse an der Frage der demografischen Entwicklung und damit der Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft. Deshalb möchten wir die Diskussion zum demografischen Wandel mit gezielten Schwerpunktveranstaltungen zu Bildungspolitik, Wohnungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Seniorenwirtschaft im kommenden Jahr fortsetzen. Nordrhein-Westfalen hat alle Chancen zum Musterbeispiel für die Bewältigung des demografischen Wandels zu werden, von dem auch andere Regionen lernen können.



## VII. Referentenübersicht

---

(in alphabetischer Reihenfolge)

- Professor Dr. **Christoph Butterwegge**, Leiter der Abteilung Politikwissenschaft an der Universität zu Köln
- **Cornelia Daheim**, Trendbüro Z-Punkt GmbH, Essen
- **Birgit Fischer**, MdL, Staatsministerin a. D.
- **Stefan Freitag**, Bürgermeister der Stadt Velbert, Preisträger zum Audit „Beruf und Familie“
- Dr. **Monika Goldmann**, Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund
- **Kerstin Griese**, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag
- **Andrea Hankeln**, Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V. (CBE), Mülheim an der Ruhr
- Dr. **Reiner Klingholz**, Direktor des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung
- **Norbert Krüger**, Ford Werke AG, Köln
- Professor Dr. Dr. **Karl W. Lauterbach**, MdB, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie, Universität Köln
- Professorin Dr. **Uta Meier-Gräwe**, Leitung des Lehrstuhls Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen
- **Dagmar Mühlenfeld**, Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr
- **Thomas Niermann**, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband- Gesamtverband e.V., Berlin
- Dr. **Adrian Reinert**, Stiftung Mitarbeit, Bonn
- **Stefan Schneider**, Deutsche Bank Research, Frankfurt/Main
- **Christiane Schönefeld**, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Düsseldorf
- Professorin Dr. **Gesine Schwan**, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder